

Hochschule Düsseldorf
Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften

Mastarbeit im Studiengang
M.A. Empowerment Studies

**Zivilgesellschaftliches Engagement
gegen Rechtsextremismus in ländlichen Räumen**

Eine qualitative Studie zu Herausforderungen lokalen Engagements

Hanna Braun

Matrikelnummer: [REDACTED]

[REDACTED], 26. Juni 2023

Erstprüfer: Prof. Dr. Christoph Gille

Zweitprüfer: Prof. Dr. Fabian Virchow

Inhaltsverzeichnis

I	Abkürzungsverzeichnis	IV
II	Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	V
1	Einleitung.....	1
2	Theoretischer Rahmen	3
2.1	Ländliche Räume.....	4
2.1.1	Strukturelle, sozioökonomische und demografische Entwicklung	4
2.1.2	Typisierungskonzepte.....	6
2.2	Rechtsextremismus	8
2.2.1	Begriffliche Grundlagen	8
2.2.2	Zur besonderen Anfälligkeit ländlicher Räume.....	13
2.2.3	Spezifische rechtsextreme Strategien.....	15
2.3	Zivilgesellschaftliches Engagement	16
2.3.1	Grundlegendes Verständnis	17
2.3.2	Empirie zu Engagement in ländlichen Räumen.....	18
2.3.3	In der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus	19
2.3.4	Engagementförderung gegen Rechtsextremismus	22
2.4	Zwischenfazit.....	23
3	Methode	24
3.1	Begründung des Forschungsdesigns.....	25
3.2	Selbstreflexion der Forscherin	25
3.3	Forschungsethische Überlegungen	27
3.4	Erhebung per halb-strukturierter Leitfadeninterviews	29
3.4.1	Leitfadenentwicklung	29
3.4.2	Fallauswahl, Rekrutierung und Kontaktaufnahme.....	30
3.4.3	Durchführung der Interviews.....	33
3.4.4	Transkription.....	35
3.5	Auswertung mittels inhaltlich strukturierender qualitativer Inhaltsanalyse	36

4	Darstellung der Ergebnisse	38
4.1	Fallzusammenfassungen.....	38
4.2	Ländliche Räume.....	40
4.3	Rechtsextreme Akteur*innen.....	42
4.4	Engagierte und Engagement.....	44
4.5	Weitere Akteur*innen.....	56
5	Diskussion	62
5.1	Interpretation der Forschungsergebnisse.....	63
5.2	Entwicklungserfordernisse.....	72
5.3	Forschungsprozess, Studiengüte und Limitationen.....	74
6	Fazit und Ausblick	76
	Literaturverzeichnis	80
	Anhang	93
	Eidesstattliche Erklärung	

THESIS AM
FACHBEREICH SOZIAL- UND
KULTURWISSENSCHAFTEN
DER HOCHSCHULE DÜSSELDORF

I Abkürzungsverzeichnis

AAS	Amadeu Antonio Stiftung
AfD	Alternative für Deutschland
AfSS	Akademie für Sozialpädagogik und Sozialarbeit e.V.
AgAG	Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt
BBE	Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
BBSR	Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung
BdL	Bund der Deutschen Landjugend e.V.
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMI	Bundesministerium für Inneres und für Heimat
bpb	Bundeszentrale für politische Bildung
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
DSEE	Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt
GMF	Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
SOEP	Sozio-oekonomisches Panel
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands

II Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume des Thünen-Instituts	7
Abbildung 2: Kategoriensystem	37
Abbildung 3: Zusammenfassung der Herausforderungen	71
Tabelle 1: Ziele und Mittel des zivilgesellschaftlichen Engagements.....	67

THESIS AM
FACHBEREICH SOZIAL- UND
KULTURWISSENSCHAFTEN
DER HOCHSCHULE DÜSSELDORF

1 Einleitung

Zur verfassungsfeindlichen Strategie des Rechtsextremismus gehört nicht nur, Politik und Parlamente zu unterwandern. Rechtsextreme versuchen vor allem in vorpolitischen und lebensweltlichen Zusammenhängen Einfluss zu gewinnen. Zu den Arenen zählen etwa Fußball und Kampfsport, Musik, Gaming und soziale Medien, Landwirtschaft, Natur- und Umweltschutz, Schule und Soziale Arbeit.¹ Sie entwickeln eine passende Strategie für den jeweiligen Kontext und bieten einfache Antworten in einer überfordernden und vielfältigen Moderne (Bund der Deutschen Landjugend e.V. (BdL), 2017, S. 17).

„Der Kampf um Räume“ (Heitmeyer, 2021, S. 7) wird vor allem in ländlichen Räumen ausgetragen. Obwohl in Deutschland nicht von einem einheitlichen ländlichen Raum gesprochen werden kann, gibt es wiederkehrende begünstigende Faktoren: Aufgrund eines größeren Konformitätsdrucks werden Konflikte vermieden und die rechtsextreme Gesinnung von im Ort integrierten Personen wird verleugnet oder verharmlost (R. Becker & Hafenecker, 2012, S. 149 f.). Rechtsextreme fühlen sich in ländlichen Räumen unbeobachtet und betrachten diesen als Rückzugsort (Amadeu Antonio Stiftung (AAS), 2020, S. 10). Hinzu kommt, dass vor allem in strukturschwachen und überalterten Regionen menschenfeindliche Einstellungen, an denen Rechtsextreme anknüpfen können, stärker verbreitet sind (vgl. etwa Simon, 2021, S. 163 ff.).

Längst haben Rechtsextreme ihre klassischen Erkennungsmerkmale wie Glatze, Bomberjacke und Springerstiefel abgelegt und treten seriös und gutbürgerlich auf (Stimpel & Olk, 2012, S. 36 f.). Sie bringen sich in die örtliche Gemeinschaft ein, verbreiten ihre Positionen und normalisieren ihre Präsenz und Ideologie (ebd., S. 37; Klare & Sturm, 2016, S. 190 f.). Dabei bedeuten „Normalisierungsgewinne [...] die höchste Stufe rechtsextremer Geländegewinne“ (Borstel & Luzar, 2016, S. 46), denn auf diese Weise wird eine Problematisierung verhindert und langfristig demokratischer Widerstand ermüdet (Heitmeyer, 2021, S. 7; Klare & Sturm, 2016, S. 190 f.).

Angesichts der zunehmenden rechtsextremen Gewalt, die sich im Terror des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds, den Anschlägen in Halle und Hanau sowie dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke zeigt, ist die demokratische Gegenwehr dringend aufrechtzuerhalten.

¹ Siehe dazu: Amadeu Antonio Stiftung (2021); Dembowski und Scheidle (2002); Gille, Jagusch und Chehata (2022); Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (2022); Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (2018, 2019); Kulturbüro Sachsen e.V. und Courage – Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V. (2018); Langebach und Raabe (2016); Rafael (2017).

Entsprechend werden von Bund und Ländern seit den 1990er Jahren Förderprogramme zur Demokratiestärkung verabschiedet und Unterstützungsstrukturen auf lokaler Ebene aufgebaut. Während zu Beginn die pädagogische Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen im Fokus lag, werden inzwischen stärker gemeinwesenorientierte Ansätze verfolgt (Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), 2015, S. 9 f.).

Ein besonderes Augenmerk gilt dem zivilgesellschaftlichen Engagement, welches in ländlichen Räumen hinsichtlich Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention mehrere Funktionen erfüllt. Erstens wird grundsätzlich die Möglichkeit zur Mitgestaltung und Aushandlung als Schule der Demokratie angesehen, in der auf individueller Ebene Selbstwirksamkeit erfahren und demokratische Prozesse erlernt werden können (Alscher, Priller & Burkhardt, 2021, S. 402; Ebert, 2018, S. 2). Zweitens trägt die Selbstorganisation zum Erhalt ländlicher Infrastruktur bei und entzieht somit rechtsextremistischen Akteur*innen den Raum, sich mit eigenen Angeboten zu etablieren und ihre Ideologie zu verbreiten (Kleiner & Klärner, 2019, S. 10 ff.; Stimpel & Olk, 2012, S. 43). Drittens ist Rechtsextremismus kein spezifisches Phänomen bestimmter Personengruppen oder Lebensbereiche und muss insofern durch „alltägliche[s] Engagement in allen gesellschaftlichen Sphären und in jeder Phase des Lebenslaufs“ (Roth, 2010, S. 9) begegnet werden. Kleiner und Klärner (2019) fassen zusammen:

In ländlichen Räumen hat bürgerschaftliches Engagement eine lange Tradition und eine hervorgehobene Bedeutung als wichtige Stütze zur Sicherung der Daseinsvorsorge und der allgemeinen Lebensqualität [...]. Auch in der politischen Diskussion hat das bürgerschaftliche Engagement in den letzten Jahren eine enorme Aufwertung erfahren. Die Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger ist zu einem politischen Ideal geworden. (S. 10)

Im Rahmen dieser Arbeit soll der Frage nachgegangen werden: „*Welche Herausforderungen gibt es für zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus in ländlichen Räumen?*“ Ziel der Untersuchung ist es, die Besonderheiten ländlicher Räume, die rechtsextremistischen Akteur*innen sowie das zivilgesellschaftliche Engagement und dessen Herausforderungen aus Sicht der Engagierten zu beschreiben.

Lange Zeit wurden ländliche Räume politisch und wissenschaftlich wenig berücksichtigt. Untersuchungen zu Rechtsextremismus und zivilgesellschaftlichem Engagement gegen das Phänomen sowie Förderprogramme bezogen sich zunächst auf urbane Räume (BdL, 2017, S. 42). Ab den 2000er Jahren wurden schließlich Fallstudien und Regionalanalysen in ländlichen Räumen durchgeführt (vgl. etwa Buchstein & Heinrich, 2010; Hafenegger & R. Becker, 2008). Ferner wurden ländliche Räume förderpolitisch in den Fokus gestellt, etwa vom Bundesministerium für Inneres und für Heimat (BMI) seit 2010 mit dem Programm *Zusammenhalt durch Teilhabe* oder vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) seit 2015 durch das Bundesprogramm *Ländliche*

Entwicklung und regionale Wertschöpfung (BMEL, 2020, S. 11 f.; Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 2022). Aufgrund der Tätigkeit von Stiftungen, Bildungseinrichtungen und anderen Institutionen gibt es inzwischen eine Vielzahl an Publikationen, darunter vor allem Informationsmaterial, Handreichungen und Handlungsempfehlungen (vgl. etwa Akademie für Sozialpädagogik und Sozialarbeit e.V. (AfSS) & BBE, 2015). Die Perspektive der engagierten Personen kommt empirisch jedoch selten zum Tragen.

Als Methode wird die Erhebung mittels halb-strukturierter Leitfadeninterviews ausgewählt. Befragt werden sechs Personen, die sich in ländlichen Räumen in einem kollektiven Zusammenschluss gegen ein lokales rechtsextremistisches Phänomen engagieren. Zur Abgrenzung der ländlichen Räume wird die Typisierung des Thünen-Instituts herangezogen und die Fallauswahl auf als *sehr ländlich* eingeordnete Kreisregionen im Bundesgebiet beschränkt. Die erhobenen Daten werden mit der inhaltlich strukturierenden Inhaltsanalyse nach Kuckartz und Rädiker (2022) ausgewertet.

Im theoretischen Rahmen in Kapitel 2 werden zunächst die bestehenden Erkenntnisse zu ländlichen Räumen, Rechtsextremismus und zivilgesellschaftlichem Engagement zusammengetragen. Anschließend wird in Kapitel 3 die methodische Vorgehensweise dokumentiert und begründet. Kapitel 4 umfasst die systematische Darstellung der Ergebnisse, welche in Kapitel 5 vor dem Hintergrund des Forschungsstands diskutiert werden. Ferner werden hier Entwicklungserfordernisse aufgezeigt und eine kritische Reflexion des Forschungsprozess sowie der Studiengüte vorgenommen. Fazit und Ausblick in Kapitel 6 bilden den Abschluss der Arbeit.

2 Theoretischer Rahmen

In diesem Kapitel werden die theoretischen Grundlagen des Forschungsvorhabens dargelegt. Die ländlichen Räume in Abschnitt 2.1 stellen den grundlegenden Kontext der Untersuchung dar. In Abschnitt 2.2 folgen mit der Thematisierung des Rechtsextremismusbegriffs die Bestimmung relevanter Begriffe, die Skizzierung der besonderen Anfälligkeit ländlicher Räume sowie spezifischer Strategien für ländliche Räume. In Abschnitt 2.3 wird auf zivilgesellschaftliches Engagement – grundlegend, in ländlichen Räumen und gegen Rechtsextremismus – sowie dessen Förderung eingegangen. Die Zusammenfassung des Forschungsstands und die Ableitung der Forschungsfrage in Abschnitt 2.4 bilden den Abschluss des theoretischen Teils.

2.1 Ländliche Räume

Im alltäglichen Verständnis werden ländliche Räume häufig als Gegenteil des Urbanen gesehen (P. Küpper, 2020, S. 4). Einher gehen zwei gegensätzliche Sichtweisen auf Ländlichkeit: Einerseits die romantisierte Vorstellung von Natur und Idylle und andererseits eine mit Leerstand und maroden Infrastrukturen verbundene Rückständigkeit (Penke, 2012, S. 17). Diese Betrachtungsweise ist geprägt von einer deutungsmächtigen urbanen Bias, deren Fokussierung auf Defizite mit Stigmatisierung einhergeht (Ningel, 2020, S. 18, 27). Angesichts der Vielfalt ländlicher Räume greift diese Betrachtungsweise allerdings zu kurz.

In Folgenden wird in Abschnitt 2.1.1 zunächst die strukturelle, sozioökonomische und demografische Entwicklung ländlicher Räume der letzten 100 Jahre beschrieben. In Abschnitt 2.1.2 werden ferner die Konzepte des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) sowie des Thünen-Instituts für Ländliche Räume vorgestellt, die eine Abgrenzung unterschiedlicher Gebiete anhand absoluter bzw. relationaler Indikatoren ermöglichen. So wird der Begriff der Ländlichkeit im Weiteren operabel gemacht.

Dieser Abschnitt dient einer allgemeinen Begriffsannäherung. Die Besonderheiten ländlicher Räume im Zusammenhang mit Rechtsextremismus sowie zivilgesellschaftlichem Engagement werden in den jeweiligen Abschnitten gesondert betrachtet.

2.1.1 Strukturelle, sozioökonomische und demografische Entwicklung

Bis vor rund 100 Jahren konnten ländliche Räume in Deutschland als relativ homogene Gebiete verstanden werden (P. Küpper, 2020, S. 4). Gekennzeichnet wurden sie durch kleine Siedlungen inmitten land- und forstwirtschaftlich genutzter Flächen, die es ermöglichten, nahe der landwirtschaftlich geprägten Arbeit zu wohnen (Kröhnert, 2020, S. 38). Ab den 1930er Jahren sank diese Bedeutung jedoch durch die Industrialisierung der Landwirtschaft und der Herausbildung alternativer Erwerbstätigkeiten (Mose, 2018, S. 1325). In 2022 betrug der Anteil in Land- und Forstwirtschaft oder Fischerei tätigen Personen ca. 1,2 % (Statistisches Bundesamt, 2023, o. S.).

Je nach Region kam es zu unterschiedlichen sozioökonomischen Entwicklungen. Teilweise konnten vor allem mittelständische Unternehmen Einkommensalternativen außerhalb des primären Sektors schaffen (Mose, 2018, S. 1325). Gleichwohl verlagerte sich ein Teil der Erwerbstätigkeit – aber auch Bildung, Versorgung oder Freizeitaktivitäten – in urbane Räume, sodass Wohnen, Tourismus und Erholung mancherorts als einzige Funktionen verblieben (ebd., S. 1326; Kröhnert, 2020, S. 39). Gegenwärtig ermöglichen

erweiterte Infrastruktur und individuelle Mobilität in einigen Gegenden das Pendeln vom Wohnort; ballungsraumnahe oder gut angebundene Orte erfahren einen Bevölkerungszuwachs (Kröhnert, 2020, S. 46; Simon, 2021, S. 156). In anderen Regionen, die z. B. von Abbau der Infrastruktur und Unterversorgung betroffenen sind, ist Arbeitslosigkeit oder Abwanderung die Folge (ebd., S. 39 f.).

Ab der Jahrtausendwende zeigte die demografische Entwicklung der meisten ländlichen Regionen eine negative Tendenz (ebd., S. 43). Dies ist zunächst der Bildungs- und Berufswanderung junger Menschen geschuldet (Adam & Pütz, 2023, S. 4). In ostdeutschen Regionen wandern vor allem junge, gut gebildete Frauen aus, was teilweise die Entstehung männerbündischer Strukturen zur Folge hat (Rühmling, 2023, S. 13; Simon, 2021, S. 156). Einige ländliche Räume verzeichneten eine geringe Zuwanderung von Menschen aus Süd- und Osteuropa im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise nach 2008 sowie von Geflüchteten aus dem Nahen Osten ab 2014 (Kröhnert, 2020, S. 44). Die meisten Zugewanderten aus dem Ausland zieht es jedoch aufgrund bestehender Communities, besseren Beratungs- und Arbeitsmöglichkeiten und einer leichteren Integration ebenfalls in Ballungsgebiete (ebd., S. 44).

Seit einigen Jahren gibt es Anzeichen einer Suburbanisierung, wonach vor allem Familien die Großstädte verlassen (vgl. Dolls & Mehles, 2021). Dieser als *neue Landlust* bezeichnete Trend wurde durch angespannte urbane Wohnungsmärkte sowie fortschreitende Digitalisierung begünstigt und durch die Coronapandemie weiter verstärkt (Sixtus, Beck, Nice & Hinz, 2022, S. 5 f.). Zwar profitieren peripher gelegene ländlichen Räume von dieser Wanderung, es bleibt in einigen Regionen jedoch bei einem Überschuss an Sterbefällen und insgesamt beim Rückgang der Bevölkerung (ebd., S. 9 f.). Diese Gebiete liegen vor allem in Ostdeutschland, im Saarland, im östlichen Nordrhein-Westfalen, in Nordhessen und Südniedersachsen sowie Nordbayern (ebd., S. 10).

Typisch für ländliche Räume sind nach P. Küpper (2020, S. 5) nunmehr lediglich siedlungsstrukturelle Aspekte. Diese sind eine lockere Bebauung einhergehend mit geringer Bevölkerungsdichte, kleine Siedlungen und ein großer Anteil von unbesiedelten Flächen sowie die Entfernung zu Ballungsgebieten. Darüber hinaus gestalten sich ländliche Räume aus wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Perspektive aber so vielfältig, dass sich in der fachlichen Diskussion inzwischen die Verwendung des Plurals etabliert hat (ebd., S. 5). Weitestgehend gibt es zwischen den Lebensverhältnissen in Städten und ländlichen Räumen kaum Unterschiede und auch den klassischen Lebensstil auf dem Land gibt es nicht (P. Küpper, 2020, S. 5). Hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen Ländlichkeit und sozioökonomischer Lage finden sich widersprüchliche Aussagen in der Literatur. So profitieren nach Kröhnert (2020, S. 46 f.) Orte demografisch und ökonomisch umso mehr, je näher sie an urbanen, wirtschaftsstarken Zentren liegen bzw. an

diese angebunden sind. Das Thünen-Institut findet hingegen keine empirischen Belege für diese Korrelation (P. Küpper, 2016, S. 29 f.). Das Zustandekommen solch gegensätzlicher Befunde könnte in der Anwendung unterschiedlicher Typisierungsmethoden liegen, auf die nachstehend eingegangen wird.

2.1.2 Typisierungskonzepte

Die bisherigen Ausführungen zeigen, dass das Verständnis von Ländlichkeit vielfältig ist und die Übergänge fließend sind. Für die Analyse ländlicher Räume ist somit eine gebietsbezogene Kategorisierung notwendig.

Das BBSR nutzt zur Abgrenzung im Wesentlichen absolute Indikatoren. Anhand der Bevölkerungsdichte werden siedlungsstrukturelle Kreistypen in *Kreisfreie Großstadt*, *Städtische Kreise*, *Ländliche Kreise* oder *Dünn besiedelte ländliche Kreise* unterschieden (BBSR, o. J.a, o. S.). Einen erweiterten Ansatz verfolgt das Konzept der *Raumtypen 2010*, bei dem Lage und Besiedlung als Indikatoren auf dem Raster der Gemeindeverbände verknüpft werden (BBSR, o. J.b, o. S.). Die räumliche Lage wird mittels der Erreichbarkeit von Arbeits-, Ausbildungs-, Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten auf einer vierstufigen Skala zwischen *sehr zentral* und *sehr peripher* eingeordnet. Die Abgrenzung der Besiedlung erfolgt anhand der Bevölkerungsdichte und Siedlungsfläche und variiert zwischen den Größen *ländlich*, *teilweise städtisch* und *überwiegend städtisch* (ebd., o. S.; Penke, 2012, S. 18 f.).

P. Küpper (2020, S. 5) kritisiert die einseitige Berücksichtigung siedlungsstruktureller Merkmale: Die vielfältigen Bedingungen ländlicher Räume kommen nicht ausreichend zum Ausdruck und die Schwellenwerte sind zu wenig begründet, sodass sie in ihrer Aussagekraft begrenzt bleiben. Am Thünen-Institut (vgl. P. Küpper, 2016) wurde daher eine Methodik entwickelt, die einerseits das Kontinuum zwischen peripheren Räumen und Ballungszentren sowie andererseits die unterschiedlichen Lebensverhältnisse abbildet. Die Abgrenzung wird anhand von Kreisregionen vorgenommen (ebd., S. 3 f.). Darin werden kreisfreie Städte mit bis zu 100.000 Einwohner*innen subsumiert, um die inzwischen regionalisierten Lebenswelten entsprechend abzubilden. Die Typisierung dieser Regionen basiert auf den Dimensionen *Ländlichkeit* und *sozioökonomische Lage*, unter denen mehrere Indikatoren aggregiert sind. Zunächst werden mittels des Index der *Ländlichkeit* nicht-ländliche von *sehr* bzw. *eher ländlichen* Räumen unterschieden. Die Indikatoren (Siedlungsdichte, Anteil land- und forstwirtschaftlicher Flächen, Anteil Ein- und Zweifamilienhäuser, Bevölkerungspotential der Region, Erreichbarkeit großer Zentren) und deren Berechnung leiten sich aus dem fachlichen Diskurs ab (ebd., S. 4 ff.). Die Schwellenwerte orientieren sich an Brüchen in der Häufigkeitsverteilung und wurden im Peer

Review auf Plausibilität erörtert (P. Küpper, 2016, S. 10 f.). Die Dimension *sozioökonomische Lage* beschreibt die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen in der Region (ebd., S. 12). Sie besteht aus den Indikatoren Arbeitslosenquote, Brutto- und Medianeinkommen, kommunale Steuerkraft, Wanderungssaldo der 18- bis 29-jährigen, Wohnungsleerstand, Lebenserwartung der Männer und Frauen sowie die Schulabbruchquote (ebd., S. 13 ff.). Bei der Setzung des Schwellenwerts wurden hier neben Brüchen in der Häufigkeitsverteilung eine ausgewogene Verteilung der Fälle berücksichtigt (ebd., S. 19 f.). Abbildung 1 zeigt das Ergebnis der Abgrenzung und Typisierung.

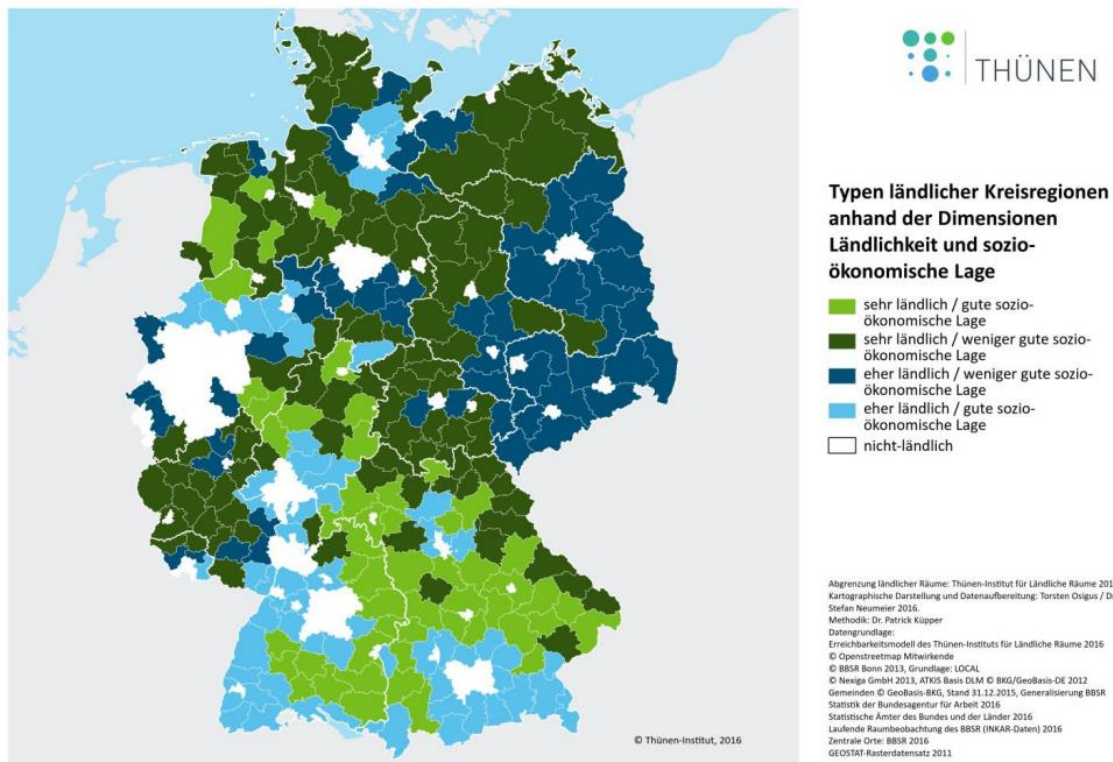


Abbildung 1: Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume des Thünen-Instituts.
 Quelle: P. Küpper, 2016, S. 26.

Es zeigt sich, dass *eher* und *sehr ländliche Räume* fast im gesamten Bundesgebiet verteilt liegen. Der Typ *sehr ländlich/weniger gute sozioökonomische Lage* ist mit einem Flächenanteil von 38 % am weitesten verbreitet (P. Küpper, 2020, S. 7). Es fällt auf, dass in Sachsen und Brandenburg ein niedriges Maß an Ländlichkeit vorliegt. Dies liegt in Sachsen am geringen Anteil an Ein- und Zweifamilienhäusern und resultiert in Brandenburg aus der Nähe zu Berlin (P. Küpper, 2016, S. 26). Hinsichtlich der sozioökonomischen Lage kommen die bekannten Gefälle zwischen Ost und West bzw. Nord und Süd zum Tragen (ebd., S. 26). Nach dieser Typisierung leben 57,2 % der Bevölkerung mit einem Flächenanteil von 91,3 % in ländlichen Räumen (ebd., S. 27).

P. Küpper (2020, S. 7) resümiert, dass es sich auch bei diesem Modell um eine vereinfachte Beschreibung der tatsächlichen Heterogenität handelt. Denn es bestehen, so P. Küpper, innerhalb der typisierten Kreisregionen zum Teil maßgebliche Unterschiede. Nichtsdestotrotz konstatiert er, dass es sich hierbei um ein brauchbares Forschungswerkzeug handelt, das über die dichotome Betrachtung von Stadt und Land oder der Bewertung singulärer Kriterien hinausgeht.

2.2 Rechtsextremismus

Die wissenschaftliche und politische Diskussion über die Begriffe, mit denen sich rechte Phänomene beschreiben und zusammenfassen lassen, ist lang und wird kontrovers geführt (vgl. Virchow & Häusler, 2022). Im Folgenden werden in Abschnitt 2.2.1 zunächst die für die Untersuchung relevanten Begriffe Rechtsextremismus, die Extremismustheorie, Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus, Völkischer Nationalismus und extreme Rechte präzisiert. Abseits organisierter Strukturen werden Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie Erkenntnisse der Einstellungsforschung beleuchtet. Schließlich wird begründet, warum Rechtsextremismus für diese Arbeit als zentraler Begriff gewählt wurde. Weiter wird in Abschnitt 2.2.2 beschrieben, unter welchen Umständen ländliche Räume besonders anfällig für rechtsextreme Einstellungsmuster sind. In Abschnitt 2.2.3 wird schließlich genauer auf die spezifischen Strategien der *Erlebniswelt Rechtsextremismus* sowie Völkischer Siedler*innen für ländliche Räumen eingegangen.

2.2.1 Begriffliche Grundlagen

In der Beschreibung rechter Einstellungen und Akteur*innen herrscht eine Vielzahl an Begrifflichkeiten vor, deren Verständnis und Gebrauch bisweilen verschwimmt oder gar konkurriert. Sie werden von unterschiedlichen Disziplinen in die Diskussion eingebracht und es erschließt sich, dass sich eine politik- oder sozialwissenschaftliche Perspektive von den Rechtsbegriffen der Verfassungsbehörden und Rechtswissenschaften unterscheidet. Einen Überblick dazu liefern die Beiträge von M. Glaser (2012), Virchow (2016) sowie Geisler, S. Braun und Gerster (2016). Wie Backes (2003) feststellt, „dürfte wohl kaum jemals ein Konsens über die einzuschlagenden begrifflichen Fixierungen und Sprachstrategien zu erzielen sein“ (S. 15). M. Glaser (2012, S. 9 ff.) zufolge braucht es nicht die Festlegung einer einheitlichen Definition, sondern vielmehr eine differenzierte Verwendung der vorhandenen Begrifflichkeiten und den dahinterstehenden Annahmen. Die nachfolgenden Ausführungen stellen daher den Versuch dar, ein geltendes

Verständnis als Ausgangspunkt für die anschließende Untersuchung zu schaffen – in dem Wissen, dass diese Überlegungen nicht von allen geteilt werden.

Zentraler Terminus dieser Arbeit ist der *Rechtsextremismus*. Dieser wird mit Jaschke (1994) verstanden als die

Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertep pluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen. (S. 31, zit. n. Virchow, 2016, S. 16 f.)

Bei dieser Definition handelt es sich um die Betrachtung von Rechtsextremismus als politische Ideologie und soziale Bewegung, wie M. Glaser (2012, S. 7) feststellt. Daneben stellt sie die amtliche Definition der Verfassungsbehörden (ebd., S. 4 f.) sowie die Arbeitsdefinition zur Messbarmachung in der Einstellungsforschung (ebd., S. 5 ff.). Als Konsens über zentrale rechtsextreme Motive gelten demnach die Vorstellung der Ungleichwertigkeit und die Ablehnung demokratischer Werte (ebd., S. 2). Verbreitet sind antisemitische, rassistische und sozialdarwinistische Einstellungen sowie die Befürwortung der Diktatur und die Banalisierung des Nationalsozialismus (Virchow, 2016, S. 17).

Der Begriff wurde 1974 vom Verfassungsschutz eingeführt und löste den bis dahin gängigen *Rechtsradikalismus* ab, welcher in der deutschsprachigen Forschung inzwischen kaum noch vorkommt (Virchow, 2016, S. 17 f.; Virchow & Häusler, 2022, S. 39). Nach diesem Verständnis stellen rechtsradikale Phänomene die demokratische Grundordnung nicht prinzipiell in Frage, sondern streben nach einer politischen Verschiebung nach rechts und entsprechender Neubewertung der Verfassung und Gesetze (Minkenberg, 1998, S. 34, zit. n. Geisler et al., 2016, S. 21). Sie werden somit als noch verfassungskonform bewertet (Virchow, 2016, S. 14).

Der Begriff des Rechtsextremismus stößt jedoch zum Teil auf Ablehnung. In der gerade beschriebenen Logik des Verfassungsschutzes ist das Merkmal der Verfassungswidrigkeit vordergründig (M. Glaser, 2012, S. 4). Unter Extremismus werden nach diesem Verständnis alle Phänomene zusammengefasst, die den Staat, die demokratische Grundordnung sowie die einhergehenden Werte und Regeln ablehnen (Virchow, 2016, S. 14). Es wird zwar anerkannt, dass sich die politischen Ziele unterscheiden können, letztendlich werden Phänomene wie Rechts- und Linksextremismus aber gleichgesetzt (vgl. etwa Jesse, 2003). Dieser Betrachtung liegt die *Extremismustheorie* zu Grunde. Sie geht davon aus, dass die demokratische Mitte an beiden politischen Rändern von den antidemokratischen Extremen klar abgrenzbar ist (Geisler et al., 2016, S. 13; Virchow & Häusler, 2022, S. 40). Bei Virchow (2016, S. 15 f.) findet sich eine Zusammenfassung

der wesentlichen Kritik. So ist die Überlegung einer gesellschaftlichen Mitte, von der keine Gefahr für Demokratie und Menschenrechte ausgeht, längst empirisch widerlegt. Auf die entsprechende Forschung wird am Ende dieses Abschnitts eingegangen. Außerdem wird kritisiert, dass die Idee einer eindeutigen Trennung zwischen extremistisch und demokratiekompatibel zu kurz gedacht ist, da sie der Unschärfe und Überlappungen der Realität nicht gerecht wird. Weiter wird M. Glaser (2012, S. 5) zitiert, die darauf hinweist, dass eine Gleichsetzung aller Arten an Extremismus deren jeweiligen Ursachen und gesellschaftliche Tragweiten außer Acht lässt. Mit dieser einschränkenden Kategorisierung entlang der Achse der Verfassungsfeindlichkeit wird die Chance vergeben, gesellschaftliche Ursachen ganzheitlich zu betrachten und zu erklären, so auch Jaschke (1991, S. 53, zit. n. Virchow, 2016, S. 16). Die verfassungsrechtliche Definition wird im wissenschaftlichen Kontext daher begrenzt verwendet (M. Glaser, 2012, S. 5). Das Verständnis der Extremismustheorie wird in dieser Arbeit gleichermaßen nicht geteilt. Dass es sich jedoch um eine gängige Denkweise handelt, zeigt etwa das ‚Handbuch Extremismusprävention‘ des Bundeskriminalamts. Enthalten sind hier zwar Ausführungen zu Rechtsextremismus, Islamismus und Linksextremismus, Extremismusprävention wird allerdings pauschal gedacht (vgl. Ben Slama & Kemmesies, 2020).

Populismus ist in Europa im Wesentlichen rechts gelagert, wobei er ebenfalls mit linken Inhalten gefüllt werden kann (Priester, 2016, S. 533). *Rechtspopulismus* entstand nach Ende des Kalten Krieges und etabliert sich insbesondere mit dem Aufkommen der Alternative für Deutschland (AfD) als Schlagwort in der Bundesrepublik (Virchow & Häusler, 2022, S. 44 f.). Teilweise wird Rechtspopulismus als vorrangig politischer Stil und spezifische Rhetorik eingeordnet (Virchow, 2016, S.19). Im Weiteren wird jedoch der Argumentation Priesters (2016, S. 533 f.) gefolgt, die darunter eine – wenngleich dünne – Ideologie versteht. Anders als der Liberalismus oder Sozialismus, so Priester weiter, vertritt der Rechtspopulismus keine Programmatik, sondern ein Deutungsschema. Dabei werden gesellschaftliche Verhältnisse unterkomplex in das ‚gute Volk‘ gegen eine ‚korrupte Elite‘ unterteilt. Nach B. Küpper, Berghan, Zick und Rump (2021, S. 45) kommen zwei Ebenen zum Tragen: Die vertikale Achse unterscheidet ‚das Volk‘ als ehrlich und hart arbeitend von ‚denen da oben‘, einem unterdrückenden, machtbesessenen ‚System‘; auf der horizontalen Achse steht ein homogenes ‚Wir‘ jeglichem ‚Anderen‘ oder ‚Fremden‘ gegenüber. In diesem Antipluralismus richtet sich Rechtspopulismus gegen Modernisierung und identitäts- oder gewohnheitsbedrohenden Wandel (ebd., S. 46; Priester, 2016, S. 534). Versprochen wird letztlich die Befreiung von der illegitimen Elite und die Herstellung der Souveränität des Volkes durch einen auserkorenen ‚Führer‘ – ohne dass Inhalte konkretisiert werden (B. Küpper, Berghan et al., 2021, S. 45 f.). Hierin besteht die Gefahr der Aushöhlung rechtstaatlicher Strukturen (Priester, 2016, S. 533).

Während Rechtsextremismus unumstritten demokratiefeindlich ist, kann diese Zuschreibung für den Rechtspopulismus nicht pauschal erfolgen. Demokratiegefährdende Momente sind etwa der Ausschluss jeglicher Andersdenkender oder als ‚fremd‘ markierter Personen, die Idee eines auserwählten Führers und die Ablehnung demokratischer Willensbildungsprozesse (B. Küpper, Berghan et al., 2021, S. 47 f.). So überschneiden sich zwar die Ideologien, jedoch ist der Rechtspopulismus weniger fundamental (Virchow, 2016, S. 19). In dieser Beweglichkeit, Dynamik und fehlenden Greifbarkeit liegt das Wesen des Rechtspopulismus. Abseits der Theorie zeigt sich dies im langwierigen Versuch der Einordnung der AfD. Derzeit wird sie vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall und ihre Jugendorganisation als „gesichert rechtsextremistisch“ geführt (Bundesamt für Verfassungsschutz, 2022, o. S., 2023, o. S.).

Für die vorliegende Arbeit von Bedeutung ist schließlich der *Völkische Nationalismus*. Aufgrund der Ungleichwertigkeitsvorstellung bzw. der Reduktion komplexer Sachverhalte auf vermeintliche Feindbilder können völkische Siedler*innen als rechtsextrem bzw. -populistisch beschrieben werden. Um jedoch deren strategische Eigenständigkeit hervorzuheben, führte das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung eine gesonderte Bezeichnung ein (vgl. Kellershohn, Haarfeldt, Lausberg, Dietzsch & Suermann, 2014). Laut AAS (2020, S. 8) handelt es sich um eine Ideologie, deren zentrale Grundannahme von einem ethnisch homogenen ‚deutschen Volk‘ und einem einheitlichen und natürlich vorhandenen ‚Willen des Volkes‘ ausgeht. Die Zugehörigkeit zu diesem Volk wird nach außen durch rassistische, antifeministische sowie ableistische und nach innen durch sozialdarwinistische sowie antifeministische Vorstellungen bestimmt (ebd., S. 8). Die ‚Volksgemeinschaft‘ wird dem Individuum gegenüber vorrangig betrachtet und unterliegt einer biologistischen und patriarchalen Hierarchie. Gleichzeitig soll es innerhalb der Gemeinschaft keine sozialen Unterschiede geben und soziale Probleme werden externen Ursachen, also dem ‚Fremden‘, zugeschrieben (ebd., S. 9). Die AAS bezeichnet den Völkischen Nationalismus als antipluralistisch, antidemokratischen und menschenrechtsfeindlich (ebd., S. 8). Interessant für die vorliegende Untersuchung ist die Strategie völkischer Siedler*innen für ländlich Räume, die in Abschnitt 2.2.3 beschrieben wird.

Es wird deutlich, dass die trennscharfe Definition rechter ideologischer Strömungen schwer möglich ist. M. Glaser (2012, S. 8) bezeichnet sie vielmehr als „sich historisch wandelnde Phänomene“, deren zahlreiche Schnittpunkte und fließende Übergänge zu einem dynamischen Geschehen führen. Dennoch wird in der fachlichen Diskussion nach subsumierenden Bezeichnungen gesucht. Mit dem Begriff der *extremen Rechten* wird das Spektrum weiter gefasst. Darunter fallen alle Phänomene „der politischen Rechten [...], die auf der Grundannahme basieren, dass soziale Hierarchien unausweichlich,

natürlich oder erstrebenswert sind“ (Virchow & Häusler, 2022, S. 40). Das Kriterium der Verfassungsfeindlichkeit hat hier weniger Gewicht.

Zick und B. Küpper (2016, S. 83) nennen zwei Merkmale, mit denen Rechtsextremismus beschrieben werden kann: Auf der einen Seite stehen die Strukturen, also Organisationen und Gruppen, in denen er sich vollzieht, auf der anderen Seite drückt es sich als Einstellungen innerhalb der Bevölkerung aus. Um dies besser systematisieren zu können, entwickelte Heitmeyer (2002) das Konzept der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* (GMF). GMF beschreibt ein Syndrom unterschiedlicher Facetten von Menschenfeindlichkeit, z. B. Rassismus, Sexismus oder Antisemitismus (Möller, 2017, S. 427). Basierend auf Vorstellungen der Ungleichwertigkeit werden Menschen anhand von Gruppen als anders oder fremd markiert (ebd., S. 428). Die GMF schlägt somit die „Brücke zwischen rechtsextremen und rechtspopulistischen Überzeugungen und Mentalitäten in der Bevölkerung“ (Zick & B. Küpper, 2016, S. 84).

Wie zuvor als Kritikpunkt zur Extremismustheorie angedeutet, handelt es sich bei rechtsextremen Einstellungen um kein randständiges Phänomen. Menschenfeindlichkeit und die Befürwortung von Autoritarismus sind in allen Teilen der Gesellschaft zu finden, wie aus unterschiedlichen Studien der *Einstellungsforschung* hervorgeht. Zu nennen sind die Mitte-Studie des Bielefelder Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (vgl. Zick & B. Küpper, 2021; bis 2011 als ‚Deutsche Zustände‘ unter Wilhelm Heitmeyer) sowie die Leipziger Autoritarismus Studie (vgl. Decker, Kiess, Heller & Brähler, 2022a). In beiden Fällen handelt es sich um bundesweite Langzeitstudien, die seit 2002 durchgeführt werden. Die aktuellen Veröffentlichungen beider Forschungsgruppen zeigen zwar einen Rückgang klar rechtsextremer und antidemokratischer Einstellungen, jedoch gibt es einen zunehmenden Anteil an „latenter Zustimmung“ (Decker, Kiess, Heller & Brähler, 2022b, S. 12) „im Graubereich zwischen klarer Ablehnung und eindeutiger Zustimmung“ (B. Küpper, Zick & Rump, 2021, S. 108). Die Werte dieser ‚teils/teils‘-Antworten liegen für Rechtsextremismus je nach abgefragter Dimension zwischen 8,8 % und 34,1 % (ebd., S. 94) bzw. 15,4 % und 26,8 % (Decker, Kiess, Heller & Schuler, 2022, S. 39). Diese fehlende Abgrenzung könnte auf die Normalisierung von Rechtsextremismus bzw. Menschenfeindlichkeit in einigen Teilen der Gesellschaft hinweisen (B. Küpper, Zick & Rump, 2021, S. 108). GMF kann entsprechend als „gesellschaftliche[r] Resonanzboden des Rechtsextremismus“ (Borstel & Luzar, 2016, S. 50) gesehen werden. Dass GMF in bestimmten ländlichen Räumen stärker verbreitet ist, ist Gegenstand im nachfolgenden Abschnitt.

Angesichts der vorherigen Ausführungen ist abschließend zu begründen, warum Rechtsextremismus als zentraler Begriff dieser Arbeit gewählt wird. Letztlich handelt es sich um eine pragmatische Entscheidung. Erstens wird die beschriebene Unschärfe

dieses Spektrums nicht durch die Wahl des einen oder anderen Begriffs behoben. Zweitens – und aus forschungspraktischer Sicht der springende Punkt – muss davon ausgegangen werden, dass außerhalb des wissenschaftlichen Diskurses ohnehin eine geringere Ausdifferenzierung herrscht. Da Rechtsextremismus trotz Unschärfe und Kritik als Sammelbegriff für entsprechende Inhalte und Erscheinungsformen im wissenschaftlichen und alltäglichen Sprachgebrauch nach Virchow und Häusler (2022, S. 39) am meisten verwendet wird, ist folglich damit zu rechnen, dass dieser im Rahmen der Rekrutierung möglicher Interviewpartner*innen die größte Teilnahmebereitschaft auslöst.

2.2.2 Zur besonderen Anfälligkeit ländlicher Räume

Wie einleitend dargestellt unterliegen rechte Diskurse einer räumlichen Dynamik. In der Rechtsextremismusforschung wurde ländlichen Räumen lange wenig Beachtung geschenkt. Dies änderte sich in den 2000er Jahren u. a. mit Veröffentlichungen von Borstel (2003), Röpke (2005), Hafenegger und R. Becker (2008), dem Sammelband von Burschel (2010) sowie Studien, vornehmlich Regionalanalysen, z. B. BdL (2009) oder Buchstein und Heinrich (2010).

In Abschnitt 2.1 wurde herausgestellt, dass sich ländliche Räume vielfältig gestalten. Sie unterscheiden sich nicht nur in ihrer geografischen und sozioökonomischen Lage, sondern auch in ihrer historischen Entwicklung und politischen Kultur. Es gibt jedoch Bedingungen, welche die Entfaltung und Verankerung von Rechtsextremismus begünstigen. Dies können etwa konservativ lokalistisch sowie traditionell rechts geprägte Regionen sein (Held et al., 2008; Simon, 2021, S. 158–162). Weitere Thesen, welche die Charakteristika ländlicher Räume betreffen, werden bei R. Becker und Hafenegger (2012, S. 149 f.) und Simon (2021, S. 163 ff.) zusammengefasst und nachfolgend ausgeführt.

In Ortschaften in sehr ländlichen Räumen leben häufig nicht mehr als 400 bis 600 Einwohner*innen (vgl. etwa BdL, 2017, S. 90). Eine solche Umgebung ist „von einem Netz sozialer und persönlicher Nahbeziehungen, von Verwandtschafts- und Nachbarschaftsbeziehungen mit den daraus hervorgehenden Vertrautheiten (‘jeder kennt jeden’) gekennzeichnet“ (Hafenegger & R. Becker, 2008, S. 42). Dies führt zu fehlender Anonymität, hoher sozialer Kontrolle und entsprechendem Konformitätsdruck (Simon, 2021, S. 163). Laut Palloks und Steil (2008, S. 39, zit. n. R. Becker & Hafenegger, 2012, S. 150) herrscht hier häufig ein lokalistisches Wertesystems, d. h. die Menschen verpflichten sich gegenüber ihren Nächsten und erfüllen eine Nahmoral. Die Sorge um die Gemeinschaft mündet in fehlender Konfliktbereitschaft (Hafenegger & R. Becker, 2008, S. 41). Diese ist insbesondere bei der Positionierung gegen Rechtsextremismus oder Menschenfeindlichkeit von Bedeutung.

Buchstein und Heinrich (2010, S. 508 ff.) differenzieren drei Konstellationen, wie Versuche rechtsextremer Einflussnahme in ländlichen Räumen verlaufen. Werden erstens rechtsextreme Aktivitäten von außen hereingetragen, fällt die Reaktion meist deutlich aus: Die „Demokraten im Ort“ positionieren sich gegen die „Rechtsextremen von außen“ (ebd., S. 509). Handelt es sich zweitens um rechtsextreme Akteur*innen, die lokal verankert sind und gewalttätig oder kriminell auftreten, sinkt die potenzielle Zustimmung und die Engagementbereitschaft erhöht sich. Die Gewalt wird daher strategisch reduziert (ebd., S. 346 f.). Wenn die Rechtsextremen jedoch drittens aus dem Ort stammen oder sich als integriert und sozial angepasst darstellen, greift die „Schweigspirale“ und ein „Mantel des Schweigens“ (ebd., S. 510) legt sich über die Vorkommnisse. Da sich Menschen in ländlichen Räumen in mehr als einer sozialen Rolle begegnen, fällt es ihnen schwer, sich gegen rechtsextreme Akteur*innen zu positionieren. Stattdessen wird deren Orientierung verharmlost (Borstel, 2003, S. 30 ff.).

Ein weiterer Grund für die Verharmlosung bis hin zur Akzeptanz rechtsextremer Aktivitäten ist die signifikant stärkere Ausprägung menschenfeindlicher Einstellungen in bestimmten Regionen (vgl. Hüpping & Reinecke, 2007). Rechtsextreme knüpfen an diese Einstellungen an und werden „als ‚normale‘, unauffällige, manchmal sogar geschätzte Bürgerinnen und Bürger gesehen und akzeptiert“ (BdL, 2009, S. 13).

In der Literatur werden verschiedene Bezeichnungen für solche Regionen genutzt, etwa „abwärtsdriftende Regionen“ (Hüpping & Reinecke, 2007, S. 95), „Entleerungsräume“ (Burschel, 2010, S. 12) oder „prekäre ländliche Räume“ (Simon, 2021, S. 156). Gemeint sind strukturschwache Regionen, die von Arbeitslosigkeit, Abwanderung (vor allem von Frauen und jungen Menschen), Überalterung und ökonomischen Krisen geprägt sind (BdL, 2017, S. 49). Dörfliche Gemeinschaftsstrukturen gehen verloren, das Lokale verliert an Bedeutung, politische Gegenkräfte schwinden (Buchstein & Heinrich, 2010, S. 37). Die Folge sind Orientierungslosigkeit und relative Deprivation (Hüpping & Reinecke, 2007, S. 95). Starke Abwanderung und weite Distanzen zwischen den Orten verstärken die Homogenität der lokalen Bevölkerung und Meinungen (Borstel, 2010, S. 87; Simon, 2021, S. 163). Verbliebene junge Menschen laufen Gefahr, sich angesichts des Anpassungsdrucks und mangelnder alternativer Freizeitmöglichkeiten rechtsextremen Jugendcliquen oder Meinungsführer*innen anzuschließen (Buchstein & Heinrich, 2010, S. 36 f.).

Wo sich ein solches Maß an Normalisierung verzeichnen lässt, sprechen Borstel und Luzar (2016, S. 46) von „rechtsextremen Modellregionen“. Diese liegen häufig in ländlichen Räumen Ostdeutschlands. Borstel und Luzar begründen dies mit der unzureichenden sozialen und ökonomischen Integration nach der Wiedervereinigung. Stellten die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften nicht nur den wirtschaftlichen,

sondern auch sozialen Mittelpunkt eines Ortes dar, fand nach deren Abwicklung eine technische Weiterentwicklung und Abkopplung vom lokalen ökonomischen Kreislauf statt. In der Folge ging jegliche Anbindung, auch über Arbeitsplätze, verloren (Borstel & Luzar, 2016, S. 47). Die Einführung der Demokratie, die in der Bundesrepublik Deutschland mit einem wirtschaftlichen Aufschwung einher ging, glich in den ostdeutschen Bundesländern vielmehr einem „sozialen und ökonomischen Kahlschlag“ (ebd., S. 47). Die neuen Umstände wurden als Existenzbedrohung und Entwertung der eigenen Biografie erlebt (Buchstein & Heinrich, 2010, S. 511). So entstehende Zweifel, Ungeduld und Unzufriedenheit können zu einer sogenannten ‚democracy fatigue‘, also einer Ermüdung und Desinteresse an der Demokratie, führen und die Verankerung von Rechtsextremismus weiter begünstigen (Simon, 2021, S. 172).

Im nächsten Abschnitt werden Strategien vorgestellt, mit denen rechtsextreme Akteur*innen die aufgeführten Leerstellen zu füllen versuchen.

2.2.3 Spezifische rechtsextreme Strategien

Ländliche Räume stellen ein wichtiges strategisches Handlungsfeld für Rechtsextreme dar. Angesichts reduzierter Infrastrukturen, fehlender Angebote der Daseinsvorsorge und geringer kommunaler Gegenmacht präsentieren sich Rechtsextreme als „Kümmerer“ (Buchstein & Heinrich, 2010, S. 510). Die Voraussetzungen dafür stehen gut, denn

in den strukturschwachen Regionen stehen nicht nur ausreichend Häuser zur Verfügung, sondern es bieten sich auch beste Möglichkeiten, in Schulen, Kindergärten und Vereinen Ehrenämter zu besetzen und in die Gesellschaft vor Ort hineinzuwirken. (Röpke & Speit, 2019, S. 134)

Junge Menschen stellen für die Strategie der *Erlebniswelt Rechtsextremismus* die wichtigste Zielgruppe dar (S. Glaser & Pfeiffer, 2017, S. 13 ff.). Mit Events – Musikkultur und exklusiv wirkende Konzerte, Flashmobs oder Partys – bieten sie Unterhaltungs- und Freizeitangebote. Der Protesthabitus, das Angebot eines Leitbildes für Männlichkeit sowie die Verwendung von Symbolen, Codes und rechtsextremer Lifestyleprodukte spricht die Orientierungssuche junger Menschen an. Im Gruppengeschehen und gemeinsam erlebten Gewalt- und Rauscherfahrungen vermitteln sie ein Gefühl der Zugehörigkeit (S. Glaser & Pfeiffer, 2017, S. 14; BdL, 2017, S. 50; R. Becker & Hafener, 2012, S. 151). Inzwischen spielen das Internet und soziale Medien eine wichtige Rolle, in denen sich rechtsextreme Akteur*innen nicht zuletzt jungen Menschen interaktiv präsentieren (vgl. AAS, 2021). Um an Diskurse der demokratischen Mitte, z. B. Flucht und Migration, anschließen zu können, sind die rechtsextremen Inhalte zunächst hintergründig. Zwar wird an die vorhandenen menschenfeindlichen Einstellungen der Erwachsenen

angeknüpft, bestimmt wird die *Erlebniswelt Rechtsextremismus* jedoch durch das Angebot von Erfahrung und Emotionen (Grumke, 2017, S. 44 ff.)

In strukturschwachen Regionen adressieren Rechtsextreme nicht nur junge Menschen. Sie nehmen gezielt vermeintlich brachliegende Räume in den Fokus, um diese – in ihrem Sinne – wiederzubeleben und zu füllen. Dazu gehören vor allem die völkisch-nationalistischen Siedler*innen. Deren Strategie wird u. a. von Röpke und Speit (2019) sowie in Publikationen der AAS (2020) und Mobilen Beratung (2020, mit Blick auf das Land Niedersachsen) umfassend dargestellt. Völkische Siedler*innen gehen explizit in ländliche Räume, um dort die überschaubaren bestehenden Strukturen zu beeinflussen und eigene Netzwerke zu etablieren (AAS, 2020, S. 6). Sie treten freundlich und hilfsbereit auf, engagieren sich im Ort und in den Bildungseinrichtungen der Kinder (ebd., S. 7). Häufig sind die Familien kinderreich, Frauen erfüllen ihre vermeintlich natürliche Rolle als Mutter und die Erziehung entspricht einer frühen ideologischen Indoktrination (ebd., S. 7). Mit der Familie als Ausgangspunkt soll die Idealvorstellung einer naturverbundenen ‚Volksgemeinschaft‘ praktisch umgesetzt werden (Röpke & Speit, 2019, S. 7, 16). Die Vernetzung und Reichweite wird durch überregional besuchte Brauchtumsfeiern und den sukzessive Zuzug weiterer Familien in denselben Ort verstärkt (ebd., S. 154; AAS, 2020, S. 10 f.). Sie pflegen Kontakte zu anderen rechtsextremen Akteur*innen, werden von diesen unterstützt und stellen wiederum ihre Häuser als Veranstaltungsort zur Verfügung (ebd., S. 15; Schulz, 2020, S. 10). Völkische Siedler*innen nutzen demnach ländliche Räume als Rückzugsorte und wännen sich im vorpolitischen Raum abseits staatlicher Kontrolle (AAS, 2020, S. 10). Da sie bewusst vertrauenswürdig auftreten und nicht in einer klassischen Vorstellung rechtsextrem erscheinen, wird ihre Ideologie erst nach einiger Zeit offenkundig (ebd., S. 6, 11). Widerspruch ist notwendig, um der Normalisierung dieser Ideologie vorzubeugen (ebd., S. 9).

Eine explizite Darstellung rechtsextremer Ausprägung in ländlichen Räumen findet sich, nach Bundesländern geordnet, im Band der BdL (2017, S. 75 ff.) sowie in Publikationen der professionellen Unterstützungsstrukturen (vgl. etwa Mobiles Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus - für demokratische Kultur in Hessen, 2022).

2.3 Zivilgesellschaftliches Engagement

In diesem Abschnitt werden die theoretischen Grundlagen für die Betrachtung des Untersuchungsgegenstands geschaffen. Dafür wird in Abschnitt 2.3.1 eine Definition zivilgesellschaftlichen Engagements zu Grunde gelegt sowie Erwartungen an dessen gesellschaftliche Funktion beschrieben. In Abschnitt 2.3.2 werden empirische Erkenntnisse zu zivilgesellschaftlichem Engagement in ländlichen Räumen zusammengetragen.

Abschnitt 2.3.3 stellt die soweit bekannte Gestaltung sowie Rahmenbedingungen des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus in ländlichen Räumen dar. Abschnitt 2.3.4 legt schließlich die Engagementförderung in Deutschland im Kontext von Rechtsextremismus und Demokratiestärkung dar.

2.3.1 Grundlegendes Verständnis

Der Begriff des zivilgesellschaftlichen Engagements wird in der Literatur und politischen Debatte uneinheitlich genutzt. Kausmann et al. (2019) verstehen darunter etwa einen Sammelbegriff für unterschiedliche Varianten des Engagements. In der vorliegenden Arbeit wird er synonym zu *bürgerschaftlichem Engagement* verwendet. Dieser Begriff entspricht einer neuen Betrachtung freiwilliger und unentgeltlicher Tätigkeit, deren Bedingungen und Ausdrucksformen sich nach den demokratischen Umbrüchen der späten 1980er Jahren stark wandelten und das bis dahin gängige *Ehrenamt* als Beschreibung unzureichend werden ließen (Olk & Hartnuß, 2011a, S. 146 ff.).² Geprägt wurde dieses Verständnis im Wesentlichen durch die Enquête-Kommission *Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements* (vgl. Deutscher Bundestag, 2002). Zivilgesellschaftliches Engagement wird demnach durch fünf Merkmale definiert: Es ist „freiwillig, nicht auf materiellen Gewinn gerichtet, gemeinwohlorientiert, öffentlich bzw. findet im öffentlichen Raum statt und wird in der Regel gemeinschaftlich/kooperativ ausgeübt“ (ebd., S. 38). Es handelt sich somit weniger um einen wissenschaftlichen als einen politischen Begriff.

Zivilgesellschaftliches Engagement ist in formalen Strukturen mit eigenständiger Verwaltung, z. B. in Verbänden und Vereinen, sowie vermehrt formungebunden, z. B. spontan, räumlich und zeitlich begrenzt in informellen Initiativen, eingebettet (Alscher et al., 2021, S. 399). Die Handlungsfelder sind vielfältig; dazu gehören u. a. Sport, Kunst und Kultur, Natur- und Umweltschutz sowie soziale Bereiche, etwa Kinder- und Jugendarbeit, sowie Migration und Integration (Olk & Hartnuß, 2011b, Kap. 3.2). Wichtige Studien sind der Deutsche Freiwilligensurvey (vgl. Simonson et al., 2022), gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), und das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Zentrale Erkenntnisse für ländliche Räume werden im nächsten Abschnitt dargestellt.

Der Aktivierung zivilgesellschaftlichen Engagements wird mit der Hoffnung auf „Selbstmobilisierung und -transformation der Gesellschaft“ (Kessl, 2018, S. 1863, Hervor. im Org.) politisch eine hohe Bedeutung beigemessen. Kessl rekonstruiert in seinem Beitrag

² Zur Differenzierung der Begriffe *Ehrenamt*, *Freiwilligenarbeit* und *freiwilliges Engagement* zum zivilgesellschaftlichen Engagement siehe Kausmann et al. (2019, S. 55 f.).

drei klassische Traditionslinien (politisch-republikanisch, liberal und hegelianisch-marxistisch), aus denen Zivilgesellschaft heraus verstanden und Funktionsanforderungen sowie Programme formuliert werden (vgl. Kessler, 2018, S. 1864 ff.). Der politisch-republikanischen Linie folgend, liegt die Eigenverantwortung beim Individuum; es soll die Unterstützungsleistungen des schwindenden Wohlfahrtsstaats substituieren (ebd., S. 1867 f.). Die liberale Linie verfolgt die Demokratisierung des Systems durch Beteiligung und Stärkung der Bürger*innen (ebd., S. 1868). In der hegelianisch-marxistischen Traditionslinie schließlich wird die Politisierung bzw. Vergemeinschaftung, also die Aktivierung unabhängiger zivilgesellschaftlicher Strukturen als Gegengewicht zur verschärften Neoliberalisierung, angestrebt (ebd., S. 1867, 1868 f.). Kessler zeigt auf, dass Programme der ersten und dritten Linie Teilhabesicherung nicht bedenken und zum Teil sogar zur Auflösung von Teilhaberechten beitragen (ebd., S. 1869).

So schließen sich etwa Alscher et al. (2021, S. 399) im *Datenreport 2021* der bpb der zweiten Linie an: Zivilgesellschaftliches Engagement soll Teilhabechancen gewährleisten, Interessen artikulieren und demokratische Werte praktizieren. Letzteres soll zur „Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ (ebd., S. 402) beitragen, indem im Rahmen des Engagements Kommunikations- und Kompromissfähigkeit und die argumentative Auseinandersetzung eingeübt werden. Mit Ansgar Klein gesprochen können auf diese Weise „Selbstwirksamkeitserfahrungen bei der Gestaltung der Gesellschaft im Kleinen, aber [...] auch Zugänge zum politisch-demokratischen Engagement“ (Deutscher Bundestag, 2023, o. S.) ermöglicht werden. Er sieht Politik und Rechtsstaat dahingehend in der Verantwortung, eine ausreichende strukturelle Förderung bereitzustellen, digitale und reale Räume für zivilgesellschaftliches Engagement zu schützen und den Digitalisierungsprozess zu begleiten. Klein warnt jedoch davor, zivilgesellschaftliches Engagement als Ersatz für eine unzureichende Daseinsvorsorge anzusehen; der Sozialstaat ist in der Pflicht, seine Regelaufgaben zu erfüllen (ebd., o. S.).

2.3.2 Empirie zu Engagement in ländlichen Räumen

Nach Erhebungen des Freiwilligensurvey engagieren sich bundesweit 39,7 % aller Menschen ab 14 Jahren freiwillig (Simonson, Kelle, Kausmann & Tesch-Römer, 2022a, S. 58); im Bereich *Politik oder politische Interessenvertretung* liegt das Engagement bei 2,9 % (Kausmann & Hagen, 2022, S. 101). Aktuelle Trends mit Auswirkungen auf zivilgesellschaftliches Engagement sind der demografische Wandel, Digitalisierung und der Strukturwandel des Engagements, nämlich die Verschiebung des inhaltlichen Schwerpunkts sowie eine zunehmende Informalisierung (Benning, Gerber, Krimmer, Schubert & Tahmaz, S. 10 f.). Faktoren wie Geschlecht, Alter, Bildungsstatus, Erwerbsstatus und

materielle Ressourcen, Migrations- und Fluchterfahrung sowie Religion beeinflussen, ob und in welchem Umfang Menschen freiwillig tätig sind (vgl. dazu Simonson, Kelle, Kausmann & Tesch-Römer, 2022b). Auch die Wohnregion ist von Relevanz: So ist das Engagement in den ostdeutschen Bundesländern mit 37,0 % – aber angleichender Tendenz – geringer als in westdeutschen Bundesländern mit 40,4 % (ebd., S. 87 f.). In ländlichen Räumen zeigt sich mit 41,6 % ein unverändert stärkeres Engagement als in urbanen Räumen, in denen der Wert bei 38,8 % liegt (ebd., S. 90).

Um dahingehend Ursachen und Auswirkungen differenzierter zu betrachten, führten Kleiner und Burkhardt (2021) die Daten des SOEP mit der in Abschnitt 2.1.2 beschriebenen Thünen-Typisierung zusammen. Im Ergebnis zeigt sich eine umso größere Ausprägung des Engagements, je ländlicher die Region bzw. je besser deren sozioökonomische Lage (ebd., S. 574). Als Ursachen gelten in sehr ländlichen Regionen die Notwendigkeit der Selbstorganisation aufgrund fehlender staatlicher oder gewerblicher Angebote und ein ausgeprägteres Gemeinschaftsgefühl. In guter sozioökonomischer Lage wird die Engagementbereitschaft auf günstigere Rahmenbedingungen, sogenannte Gelegenheitsstrukturen, z. B. in Folge niedriger Arbeitslosigkeit, eines hohen Bildungsstands und verstärkter kommunaler Förderung, zurückgeführt (ebd., S. 575). Tendenziell sind Männer stärker engagiert als Frauen. Begründet wird dies mit einer traditionellen Rollenverteilung und der häufigeren Übernahme von Care-Arbeit durch Frauen, der Unattraktivität männlich dominierter Räume für Frauen sowie der Abwanderung gebildeter und somit eher engagementbereiter Frauen (ebd., S. 576 f.). In einer Metastudie tragen Eckes, Piening und Dieckmann (2019) die wesentlichen Motive für das Engagement in ländlichen Räumen zusammen. Wichtige Faktoren sind demnach sozialer Kontakt, Anerkennung, die infrastrukturelle Aufrechterhaltung des Ortes sowie der Wunsch zur Partizipation und damit verbundene Wertschätzung und Selbstwirksamkeit (ebd., S. 22).

Darüber hinaus ist die empirische Kenntnislage zu Ausgestaltung, Verteilung und Entwicklung sowie Bedeutung zivilgesellschaftlichen Engagements in ländlichen Räumen lückenhaft (vgl. Kleiner & Klärner, 2019). Ein entsprechendes Forschungsprojekt wird aktuell am Thünen-Institut umgesetzt (Johann Heinrich von Thünen-Institut, o. J.). Vom BMEL gefördert werden derzeit außerdem 11 Forschungsprojekte mit unterschiedlichen Fragestellungen, z. B. neue Formen des Engagement, der Einsatz digitaler Technologien sowie Partizipation junger Menschen und Migrant*innen (vgl. BMEL, 2021).

2.3.3 In der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus

Wie einleitend beschrieben, werden große Hoffnungen in zivilgesellschaftliches Engagement in ländlichen Räumen gesetzt. Angesichts des demografischen Wandels sowie

wirtschaftlicher und infrastruktureller Entwicklungen gilt es als elementar für die Erbringung der Daseinsvorsorge, sozialer Integration und Förderung demokratischer Werte und Prozesse (Kleiner & Klärner, 2019, S. 10 ff.). Zivilgesellschaftliches Engagement soll mit seinem „Potenzial zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts den rechtsextremen Kräften wirksam begegnen können“ (BBE, 2015, S. 11).

Gegenstand dieses Abschnitts ist die Ausgestaltung zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus in ländlichen Räumen. Für dieses Feld liegt keine systematische Analyse vor. In der Regel beschränken sich Veröffentlichungen auf die Darstellung von Regional- und Fallstudien (vgl. Buchstein & Heinrich, 2010; Quent & Schulz, 2015; Quent & Diedrich, 2016) oder die Formulierung von Handlungsempfehlungen in Handreichungen (vgl. etwa AfSS & BBE, 2015; Bundesverband Mobile Beratung, 2019). Die vollumfängliche Berücksichtigung aller Quellen ist im Rahmen dieser Arbeit nicht zu leisten. Zur Beschreibung des Engagements werden im Folgenden die Kurzexpertisen der 13 Flächenbundesländer aus der Publikation des BdL (2017) zusammengetragen. Anschließend werden Rahmenbedingungen und Erfolgsfaktoren des Engagements auf Basis von Handreichungen, Fallstudien und Programmevaluationen skizziert.

Zivilgesellschaftliches Engagement organisiert sich meist in Form von Bündnissen, Bürgerinitiativen, Runden Tischen oder Aktionsgruppen (Bressau, 2017, S. 82; Hieke, 2017, S. 89). Die Dauer liegt zwischen kurzfristigen Zusammenschlüssen und dauerhaftem Engagement (Sturm, 2017, S. 118). Zu vielen Gründungen kam es um 2015 aufgrund der Zunahme feindlicher Stimmungen gegenüber geflüchteten Menschen und den örtlichen Gemeinschaftsunterkünften (Bressau, 2017, S. 82). In der Größe variiert das Engagement: Ist es mancherorts „in hohem Maße an die Einsatzbereitschaft einzelner Personen gebunden“ (Begrich, 2017, S. 140), gehören andernorts einem Bündnis in einem als *eher ländlich* typisierten Kreis nach eigenen Angaben 195 Gruppen und 1.000 Individuen an (Sturm, 2017, S. 119). An Bündnissen beteiligen sich freie und öffentliche Träger, Kirchen, Parteien, die Polizei und Gewerkschaften (Bressau, 2017, S. 83; Koch, 2017, S. 111; Sturm, 2017, S. 118). Die Zusammenschlüsse stehen untereinander im Austausch und vernetzen sich (ebd., S. 119). Sie finanzieren sich durch Bundes- und Drittmittel und werden u. a. durch Landesstrukturen, wie bei der Strategieentwicklung, unterstützt (Bressau, 2017, S. 82 f.; Hieke, 2017, S. 90). Die Aktivitäten umfassen Gegenproteste, Fortbildungen, Qualifizierungen sowie Projekte der politischen Bildung und Erinnerungskultur. Sie verfolgen die Ziele der Aufklärung und Überzeugungsarbeit (Eitel & Knieper, 2017, S. 127; Koch, 2017, S. 110 f.; Sturm, 2017, S. 118 f.). Die Zusammenschlüsse tragen somit zur Intervention und Prävention hinsichtlich Rechtsextremismus bei (Koch, 2017, S. 110). Dem Erfolg ist es zuträglich, wenn die Engagierten eher die aktive und langfristig Gestaltung einer vielfältigen Gemeinschaft in den Blick nehmen

statt die Motivation aus der bloßen Abwehr des Rechtsextremismus zu schöpfen (R. Becker, 2017, S. 99 f.; Hieke, 2017, S. 89). Ferner zeigt sich, dass zunehmende Kompetenzen und Erfahrung ein effektiveres Eingreifen und besser abgestimmte Reaktionen ermöglichen (Albrecht, Didas & Groß, 2017, S. 132; Hieke, 2017, S. 89 f.).

Die Besonderheiten, die ländliche Räume für Rechtsextreme attraktiv machen, gelten als Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement. R. Becker und Hafenecker (2012, S. 155 f.) betonen, dass Zivilgesellschaft nicht nur als Antipode zu demokratiefeindlichem Handeln zu verstehen ist, sondern aufgrund der darin verbreiteten menschenfeindlichen Einstellungen dafür anschlussfähig wird. In einem Gefüge an Konformitätsdruck und fehlender Konfliktbereitschaft werden Menschen, die Problembewusstsein schaffen und sich gegen Rechtsextremismus stark machen, als Nestbeschmutzer gesehen (Palloks & Steil, 2008, o. O., zit. n. Hafenecker & R. Becker, 2008, S. 41).

Gleichwohl stellen Buchstein und Heinrich (2010, S. 513) fest, dass die lokale Verankerung des Engagements wesentlich zu dessen Erfolg beiträgt. Im Umkehrschluss wird Intervention von außen als Einmischung empfunden. Unabdingbar sind außerdem die Stellungnahme und Beteiligung „lokaler Honoratioren“ (ebd., S. 515) wie Vertreter*innen der Kommunalpolitik. Laut Liebscher und Schmidt (2007, S. 186 ff.) mangelt es nicht an zivilgesellschaftlichem Engagement, sondern an dessen Integration in kommunalpolitische Strukturen sowie an Unterstützung durch die Positionierung kommunaler Verwaltungsspitzen.

Aus antifaschistischer Perspektive fehlen subkulturelle Räume und Rückzugsorte, so dass sich entsprechende Strukturen nur schwer etablieren können (Transit Magazin, 2018, o. S.). Die Abwesenheit von alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten und die Abwanderung antifaschistisch engagierter Personen in urbane Räume verschärfen diese Problematik (Deycke & Isele, 2018, S. 22). Insofern ist die abgestimmte Unterstützung durch städtische Gruppierungen wünschenswert, führt jedoch in der Praxis bisweilen aufgrund unterschiedlicher Vorstellungen der Radikalität zu Konflikten (ebd., S. 23 f.).

Aus einer Literaturanalyse von 60 Studien aus den Jahren 2009 bis 2019 innerhalb des Themendreiecks *Engagementförderung*, *Demokratiestärkung* und *ländliche Räume* im Auftrag des BBE geht hervor, dass Orte der sozialen Teilhabe, die impulsgebende Aktivität und das Vorbild zentraler Personen, finanzielle Ressourcen sowie Kommunikation und Vernetzung zum Gelingen zivilgesellschaftlichen Engagements beitragen (Eckes et al., 2019, S. 19 ff.). Nach Stimpel und Olk (2012, S. 41) sollte sich die Gestaltung des Engagements individuell an den lokalen Verhältnissen und Möglichkeiten orientieren. Sie zeigen außerdem auf, dass Grenzen des Engagements definiert werden sollten, um eine Überforderung zu verhindern (ebd., S. 41).

2.3.4 Engagementförderung gegen Rechtsextremismus

In diesem Abschnitt wird auf die Entwicklung der Engagementförderung und wichtigsten Programme und Strukturen seit den 1990er Jahren zurückgeblickt. Abschließend wird das Konzept der Mobilien Beratung genauer vorgestellt.

Bis in die späten 1980er Jahre wurde Engagement in der Bundesrepublik indirekt über gemeinnützige Organisationen oder durch die jeweiligen Bereichspolitiken gefördert (Hartnuß, Olk & Klein, 2011, S. 761). Das neue Verständnis zivilgesellschaftlichen Engagements machte dessen Förderung zur Querschnittsaufgabe; die Schaffung entsprechender Strukturen und Formate wurde notwendig (ebd., S. 761).

Infolge der veränderten Begriffspolitik wurden seit den 1990er Jahren diverse Landes- und Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus umgesetzt. Während beim *Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt* (AgAG, 1992-1996) die pädagogische Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen im Mittelpunkt stand, wurde der Fokus in den Programmen *CIVITAS* und *Entimon* von 2001 bis 2006 auf die Entwicklung zivilgesellschaftlichen Engagements und die Unterstützung Betroffener von rechter Gewalt gelegt (R. Becker & Hafenecker, 2012, S. 148). Dieser Ansatz wurde – ebenfalls vom BMFSFJ – in den Folgeprogrammen *VIELFALT TUT GUT* und *kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus* (2007–2010) sowie *TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN* (2011–2013) weiterentwickelt (ebd., S. 148; BBE, 2015, S. 9). Das aktuelle Programm *Demokratie leben!* des BMFSFJ hat die Demokratieförderung und Extremismusprävention auf kommunaler, Landes- und Bundesebene zum Ziel (BMFSFJ, 2020, S. 14). Seit 2010 fördert das BMI mit dem Programm *Zusammenhalt durch Teilhabe* Projekte zur Demokratiestärkung speziell in ländlichen Räumen (Eckes et al., 2019, S. 8). Ebenso werden Programme von den Ländern angestoßen, beispielsweise *Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus* in 2015 (R. Becker, 2017, S. 98). Hinzu kommen Förderungen durch Stiftungen und andere zivilgesellschaftliche Akteur*innen. In der Kritik steht dabei die Unüberschaubarkeit der zahlreichen Maßnahmen, aber auch das Fehlen einer strategischen Einbettung (BBE, 2015, S. 10).

Weitere Förderung erfährt zivilgesellschaftliches Engagement durch die Schaffung von Strukturen. Das BBE sowie die 2020 mit dem Schwerpunkt auf ländliche Räume gegründete *Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt* (DSEE) leisten bundesweite Forschungs-, Vernetzungs- sowie Lobbyarbeit (vgl. BBE, 2018; DSEE, o. J.). In allen Bundesländern wurden im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* sogenannte Demokratiezentren eingerichtet. Sie dienen als regionale Ansprechstellen und fördern Vernetzung und Transfer (BMFSFJ, 2021, S. 6 f.). Ferner koordinieren sie die auf lokaler Ebene agierenden *Partnerschaften für Demokratie* (ebd., S. 7). In den Ländern existieren

zusätzliche Strukturen wie die aus dem Programm *kompetent. für Demokratie* hervorgegangenen Mobilen Beratung im Kontext Rechtsextremismus, Opfer- und Ausstiegsberatung sowie eigene Beratungsnetzwerke (Bressau, 2017, S. 83; Klare & R. Becker, 2018, S. 22 ff.; Sturm, 2017, S. 121).

Das Leitziel der Mobilen Beratung ist, „Beratungsnehmer/innen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und im Engagement für eine demokratische Alltagskultur zu unterstützen“ (Klare & R. Becker, 2018, S. 25). Finanziert werden sie vorrangig durch Projektmitteln aus Bundes- und Landesprogrammen (Bundesverband Mobile Beratung, o. J., o. S.). Zur Zielgruppe gehören u. a. zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse (ebd., S. 25). In ländlichen Räumen stehen Beratungsteams häufig vor der Herausforderung, als externe Akteur*innen einen Zugang ins Gemeinwesen zu erlangen (ebd., S. 30). Die Beratung zu individuellen Anlässen verläuft bedarfs-, anlass- und ressourcenorientiert und ist immer zeitlich begrenzt, um die Eigenständigkeit der Beratungsnehmer*innen zu sichern (ebd., S. 26 f.). Aus der Analyse von Anfragen an die *Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW* geht hervor, dass diese vor allem zur Bewältigung konkreter Krisen, zur Wissensvermittlung sowie für langfristigen Strukturveränderungen (Aktivitäten, Netzwerke, Organisation und Strategie) herangezogen wird (Wenzler, Broden & Alla, 2019, S. 61 ff.).

2.4 Zwischenfazit

Es wurde herausgearbeitet, dass Rechtsextremismus gesamtgesellschaftlich (vgl. Kapitel 1 sowie Abschnitt 2.2.1) und besonders in ländlichen Räumen (vgl. Abschnitt 2.2.2) ein Problem darstellt. Durch stärker verbreitete menschenfeindliche Einstellungen ist die Anschlussfähigkeit für rechtsextreme Ideologien insbesondere in strukturschwachen Regionen eher gegeben. Aufgrund der engen Beziehungsgeflechte und zum Schutz der örtlichen Gemeinschaft werden Konflikte und öffentliche Stellungnahmen jedoch vermieden. Hier versuchen rechtsextreme Akteur*innen strategisch, sich im öffentlichen Raum zu platzieren und an Einfluss zu gewinnen (vgl. Abschnitt 2.2.3). In diesem Zusammenhang wird zivilgesellschaftlichem Engagement als demokratisches Gegengewicht in der politischen Debatte eine hohe Bedeutung beigemessen (vgl. Abschnitte 2.3.1 und 2.3.3). Entsprechend werden seit einigen Jahren Förderprogramme aufgesetzt und Unterstützungsstrukturen eingerichtet (vgl. Abschnitt 2.3.4).

Wie in Abschnitt 2.3.2 dargestellt, weist die Forschung zu zivilgesellschaftlichem Engagement in ländlichen Räumen erhebliche Lücken auf. Erschwert wird die Abbildung des Forschungsstands durch die heterogene Verwendung der Schlagworte. Vorliegend wird davon ausgegangen, dass die Übertragbarkeit ausreichend gegeben ist, wenn synonym

von bürgerschaftlichem oder freiwilligem Engagement bzw. der extremen Rechten oder demokratiefeindlichen Tendenzen gesprochen wird. Die Erkenntnisse zum Untersuchungsgegenstand in Abschnitt 2.3.3 wurden im Wesentlichen Regional- und Fallstudien sowie Handreichungen und anderen Publikationen der Förder- und Beratungsstrukturen entnommen. Die Perspektive der Engagierten kommt darin selten und nicht systematisch zum Tragen. Daher befasst sich die vorliegende Arbeit mit der Frage: *Welche Herausforderungen gibt es für zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus in ländlichen Räumen?* Das Forschungsvorhaben umfasst folgende Teilfragen:

- *Welche Rolle spielen die Besonderheiten ländlicher Räume?*
- *Wie agieren Rechtsextreme in ländlichen Räumen?*
- *Wie gestaltet sich das zivilgesellschaftliche Engagement vor Ort?*
- *Wie verhalten sich Dritte in Bezug auf die Problematik?*

Ziel der Arbeit ist es, Engagement und zusammenhängende Herausforderungen aus Perspektive der Engagierten zu beschreiben und darauf aufbauend Entwicklungserfordernisse zu formulieren.

Aus den vorherigen Ausführungen lassen sich mögliche Herausforderungen antizipieren. Es ist zu erwarten, dass fehlendes Problembewusstsein, Desinteresse an demokratischen Prozessen und die Vermeidung von Konflikten dazu beitragen, dass die Engagierten und ihre Aktivitäten durch die übrigen Menschen im Ort abgelehnt werden. Ein Problem könnten außerdem die Abwanderung potenziell engagierter Menschen und fehlende Rückzugsorte für Engagierte sein. Weiter ist bekannt, dass die Stellungnahme und Unterstützung der kommunalen Politik und Verwaltung einen förderlichen Faktor darstellen. Entsprechend könnte deren Zurückhaltung ein Hindernis für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus bedeuten.

3 Methode

Nachdem die theoretischen Grundlagen zu ländlichen Räumen, Rechtsextremismus und zivilgesellschaftlichem Engagement dargelegt und die Forschungsfrage abgeleitet wurde, widmet sich dieses Kapitel dem methodischen Vorgehen der Untersuchung. Dazu wird in Abschnitt 3.1 zunächst das Forschungsdesign begründet. Es folgen Überlegungen zur Selbstreflexion in Abschnitt 3.2 sowie zur Forschungsethik in Abschnitt 3.3. Im Weiteren wird in Abschnitt 3.4 die Datenerhebung und in Abschnitt 3.5 die Datenauswertung beschrieben. Durch die Dokumentation des Vorgehens wird die „intersubjektive Nachvollziehbarkeit und Nachprüfbarkeit“ (Döring & Bortz, 2016a, S. 9) gewährleistet.

3.1 Begründung des Forschungsdesigns

Der Erkenntnisgewinn dieser Studie liegt darin, zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus in ländlichen Räumen zu beschreiben und Herausforderungen in diesem Zusammenhang zu identifizieren. Es geht also nicht um die Überprüfung einer Theorie oder eines Konzepts, was für eine quantitative Herangehensweise sprechen würde. Vielmehr stehen die „Rekonstruktion lebensweltlicher sozialer Phänomene“ (Döring & Bortz, 2016d, S. 70) sowie die Bildung neuer Theorien mittels theoretischer Offenheit im Vordergrund (Kruse, 2015, S. 43 ff.). Somit ist für diesen explorativen Zweck ein qualitatives Design geeignet. Das qualitative Paradigma zeichnet sich darüber hinaus durch die Zirkularität des Erkenntnisprozesses, die Kommunikation und idealerweise Zusammenarbeit zwischen Forscherin und Befragten sowie der Notwendigkeit der Reflexion von Subjektivität und Perspektivität aus (Döring & Bortz, 2016d, S. 64 ff.). Diesen Prinzipien wird an in diesem Kapitel an geeigneter Stelle Rechnung getragen.

Für die Erhebung relevante Themen gehen aus der Literatur hervor. Um diese Themen zu platzieren und gleichzeitig die notwendige Offenheit in den Interviews zu gewährleisten, wird das halb-strukturierte Leitfadenterview als Erhebungsmethode gewählt (Helferich, 2011, S. 179; Misoch, 2019, S. 13). Befragt werden Personen, die sich in ländlichen Räumen zivilgesellschaftlich gegen Rechtsextremismus engagieren (siehe 3.4.2 zu den konkreten Auswahlkriterien). Zur Auswertung wird die inhaltlich strukturierende qualitative Inhaltsanalyse nach Kuckartz und Rädiker (2022) herangezogen. Dieses Verfahren ist zweckmäßig, da es sich um eine systematische, kategoriebasierte Auswertungsform handelt, die auf das Verstehen und Interpretieren von Texten ausgelegt ist (ebd., S. 112 f.).

Einige Entscheidungen wurden aufgrund der begrenzten Ressourcen einer studentischen Abschlussarbeit getroffen. So fällt der Umfang der Daten relativ klein aus. Es wurden keine Postskripte genutzt, sondern etwaige Auffälligkeiten aus dem Gedächtnis im Transkript dokumentiert. Um Zeit und Kosten zu sparen, wurden die Interviews mittels Videotelefonie statt persönlich durchgeführt. Ferner wurde auf einen vollumfänglichen Pretest des Erhebungsinstruments sowie die Re- bzw. Intra-Codierung verzichtet.

3.2 Selbstreflexion der Forscherin

Während der Kritische Rationalismus die objektive Erkenntnis verfolgt und Neutralität mittels Standardisierung der Instrumente anstrebt, gehen sozialwissenschaftlich-qualitative Methodologien in ihrer subjektivistischen Erkenntnislehre von der unaufhebbaren Verknüpfung zwischen Forschenden und Erkenntnisprozess aus (Döring & Bortz, 2016d,

S. 70). So haben die forschende Person, ihre Persönlichkeit, Vorerfahrungen zum Untersuchungsgegenstand und die Interaktion in der Untersuchungssituation Einfluss auf den Erkenntnisgewinn. Entsprechend notwendig ist die Praxis der Selbstreflexion, um mögliche Auswirkungen von Subjektivität und Perspektivität wissenschaftlich nachvollziehbar aufzudecken und zu dokumentieren (Breuer, 2019, S. 12). In diesem Sinne wurden bei der vorliegenden Untersuchung Austausch mit Kommilitoninnen und dem Mitarbeiter einer Mobilen Beratung sowie die Rückmeldungen der Thesis-Werkstatt und des betreuenden Erstprüfers zur Reflexion genutzt. Diese wurde in Memos sowie einem Forschungstagebuch dokumentiert. Gemäß der Empfehlung von Kruse (2015, S. 624) und Döring und Bortz (2016d, S. 70) werden im Folgenden der eigene Bezug zum Thema und potenzielle Folgen für die Untersuchung betrachtet.

Ich bin in einem Dorf in Nordhessen aufgewachsen, in dem zur Zeit meiner Kindheit rund 850 Einwohner*innen lebten. Rechtsextremismus ist hier ein alltägliches Phänomen³: Der sogenannte ‚Reichshof‘ des Rechtsextremisten Manfred Roeder befindet sich im Nachbarort. In meiner Kindheit in den 1990ern fuhr vor Wahlen ein Auto durch die Straßen des Dorfes und warb über Megafon für die Partei ‚Die Republikaner‘. Da dies von niemandem weiter thematisiert wurde, sah ich den Umstand als normal an. Als Jugendliche war ich indirekt von Rekrutierungsversuchen betroffen, als sich der lokale selbstverwaltete Jugendclub zu einem überörtlichen rechtsextremen Treffpunkt entwickelte. Viele Jugendliche in meinem Umfeld verstanden sich als ‚rechts‘ und hörten die entsprechende Musik. Insofern lag ein wichtiger Erkenntnisprung im Rahmen der Recherche darin, mir diese Normalisierung von Rechtsextremismus zu vergegenwärtigen. Ferner war es wichtig, diese Vorerfahrung und mögliche Alltagstheorien insbesondere bei der Entwicklung des Untersuchungsinstruments und der Datenanalyse abzulegen, um tatsächlich theoriebasierte Erkenntnisse zu gewinnen (vgl. Reichertz, 2014, S. 73)

Meine Herkunft aus dem ländlichen Raum spielt außerdem hinsichtlich Nähe und Fremdheit im Kontext der Interviewdurchführung eine Rolle (vgl. Helfferich, 2011, S. 119 ff.). Dass ich mit meinen Interviewpartner*innen einen ähnlichen Erfahrungshintergrund teile, stellt sehr wahrscheinlich eine kognitive Nähe her. Mit Helfferich (2011, S. 120 ff.) kann davon ausgegangen werden, dass daraus emotionale Nähe folgt, was wiederum die Thematisierungsbereitschaft der Befragten steigert. Diesen Umstand habe ich genutzt, indem ich im Vorfeld des Interviews auf meine Herkunft verwiesen habe. Rückblickend bin ich der Ansicht, dass die Befragten mir weitestgehend großes Vertrauen schenken.

³ Eindrücklich veranschaulicht wird dies in einer von der Mobilen Beratung durchgeführten Regionalanalyse des Landkreises (vgl. BeratungsNetzwerk hessen und Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus, 2009).

Bei zu großer Vertrautheit besteht jedoch die Gefahr, dass scheinbar „geteiltes Wissen“ (Kruse, 2015, S. 299) nicht näher expliziert wird und sich somit der Analyse entzieht. Der folgende Interviewauszug zeigt den Moment, in dem diese Diskrepanz zu Tage tritt:

B2: Kannst du dir das eigentlich so richtig vorstellen? Also, du bist ja jetzt nicht die erste, mit der ich darüber rede, ne? Ich finde das ja immer sehr spannend, dass das immer irgendwie alle untersuchen. Beim ersten habe ich noch so gedacht: „Hä?“ Dann ist mir aber echt aufgefallen, da gibt es ja wirklich Unterschiede.

I: Ja. Also, ich kann mir das sehr gut vorstellen. [I berichtet über eigene Sozialisation, Herkunft und ersichtliche Zusammenhänge zum von B2 Gesagten.] Ich muss halt so nachfragen, weil letztendlich muss ich es irgendwie auswerten, ne? Also wenn/ Das wirkt dann manchmal, als würde ich es nicht verstehen, aber letztendlich geht es darum, dass es irgendwie ausformuliert wird und ich dann halt/ Ja, so kann ich das nachvollziehen. Genau. Ich kann das schon gut nachvollziehen, was du sagst. Ja. (B2, Z. 399–407)

Im Vorfeld zu diesem Interviewauszug hatte ich aufgrund von B2's verkürzten Ausführungen einige Nachfragen gestellt, was augenscheinlich für Irritation sorgte. Ich nahm dies in darauffolgenden Interviews zum Anlass, den Umstand von Anfang an offenzulegen, um ähnliche Disruptionen möglichst zu vermeiden.

Neben diesem persönlichen besteht ein forschungsbiografischer Bezug zum Thema. Den Umstand, dass in meiner Jugend politische Bildungsangebote fehlten und ich mich erst nach meinem Wegzug stärker politisiert habe, nahm ich zum Anlass in meiner Bachelorarbeit die Herausforderungen für außerschulische politische Jugendbildung in ländlichen Räumen am Beispiel meines Landkreises zu untersuchen. Die Ergebnisse wurden in der Fachzeitschrift *deutsche jugend* (vgl. H. Braun, 2021) veröffentlicht. Im Masterstudium untersuchte ich im Modul 4.1 (Politikanalyse und gesellschaftspolitische Handlungskompetenzen) gemeinsam mit Kommiliton*innen Strategien zivilgesellschaftlichen Umgangs mit völkischen Siedlungsprojekten im ländlichen Raum Niedersachsens. Dieses Testat regte mich an, den Schwerpunkt der ländlichen Räume weiter zu verfolgen und das vorliegende Forschungsthema für die Masterarbeit zu wählen. Um durch dieses Maß an Vorerfahrung in Interviewsituationen jedoch keine Machtasymmetrie zu erzeugen, ließ ich meine Forschungsbiografie im Vorfeld der Interviews unerwähnt (vgl. dazu Döring & Bortz, 2016d, S. 70).

3.3 Forschungsethische Überlegungen

In den Sozialwissenschaften fallen unter den Begriff der Forschungsethik alle Fragen, die auf die Gestaltung der Beziehung zwischen forschender und zu beforschender Person im Rahmen der Untersuchung abzielen (Hopf, 2004, S. 589 f., zit. n. Unger, 2014, S. 18). Ziel ist es, die Beeinträchtigung der Menschenwürde sowie Menschen- und Persönlichkeitsrechte zu vermeiden (Döring & Bortz, 2016b, S. 123). Diese Fragen nehmen

eine wesentliche Rolle in der Forschungspraxis ein und sollten in allen Phasen Beachtung finden (Unger, 2014, S. 16). Als wesentliche Grundsätze haben sich

1. Informiertes Einverständnis und Freiwilligkeit,
2. Abwägen der Risiken und Schadensvermeidung sowie
3. Anonymisierung und Vertraulichkeit

etabliert (ebd., S. 19; Döring & Bortz, 2016b, S. 123). Im Folgenden wird ausgeführt, welche forschungsethischen Maßnahmen getroffen wurden.

Im Vorfeld habe ich die befragten Personen mittels eines Informationsblattes (siehe Anhang A) über das Forschungsvorhaben, die Vorkehrungen des Datenschutzes und ihre Rechte aufgeklärt. Darin fanden sie u. a. die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten der Hochschule Düsseldorf und Hinweise auf externe Beschwerdemöglichkeiten. Die dritte Seite des Dokuments enthält die Einverständniserklärung, welche im Idealfall vor dem Interview unterschrieben zurücksendet werden sollte oder spätestens unmittelbar danach eingeholt wurde. Auf die Möglichkeit, das Interview jederzeit zu beenden und das Einverständnis – auch nachträglich – zu widerrufen, wird darin hingewiesen. Diese Aufklärung wurde zu Beginn jedes Interviews mündlich wiederholt. Auf diese Weise wurde ein „informed consent“ (ebd., S: 124) sichergestellt.

Die Erhebung sah nicht vor, persönliche problematische Themen in den Blick zu nehmen. Insofern wurde die Gefahr einer Re-Traumatisierung als niedrig eingeschätzt. Auf dennoch auftretende Belastungen hätte ich im ersten Moment mit meinen sozialarbeiterischen Kompetenzen reagieren und im zweiten Schritt auf Anlaufstellen wie die Mobile Beratung oder Opferberatungsstellen für rechte Gewalt verweisen können, deren Kontaktdaten ich im Vorfeld für diesen Zweck recherchiert hatte.

Die Gefahr der Schädigung liegt in dieser Untersuchung vor allem im mangelnden Schutz der persönlichen Daten und der Interviewinhalte. Um den Datenschutz zu sicherzustellen, wurde bei den *Zoom*-Gesprächen die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung genutzt (Universität Paderborn, 2021, o. S.). Die Einwilligungserklärungen wurden separat gespeichert, sodass sie mit den Transkripten nicht in Verbindung gebracht werden können. Die Audiodateien wurden auf einem externen Speichermedium gesichert und im Anschluss an die Transkription gelöscht. In den Abschriften wurden alle personenbezogenen Daten oder Informationen, die Rückschlüsse auf die Person ermöglichen, anonymisiert. Die bisweilen sehr spezifischen Konstellationen der Initiativen und Bündnisse sowie der rechtsextremen Phänomene sind bisweilen Gegenstand öffentlicher Berichterstattung. Bei vorhandener Kenntnis des Feldes können die Interviews auf den jeweiligen Zusammenschluss oder gar Person zurückgeführt werden. Um eine Re-Identifikation zu verhindern, sind die Transkripte in einem separaten und passwortgeschützten Anhang

enthalten und nur der Forscherin sowie den Prüfern zugänglich. Des Weiteren wird in der Ergebnisdarstellung darauf geachtet, dass die Fallzusammenfassungen und anschließend verwendeten Belege in der Kombination keine Identifizierung zulassen.

3.4 Erhebung per halb-strukturierter Leitfadeninterviews

In diesem Abschnitt werden die Entwicklung des Erhebungsinstruments, das Sampling sowie die Datenerhebung und die Transkription im Detail beschrieben und reflektiert.

3.4.1 Leitfadententwicklung

Der Leitfaden dient der qualitativen Erhebung als „roter Faden“ (Misoch, 2019, S. 66). Er stellt den theoretischen Rahmen dar, umfasst alle wichtigen Themen, strukturiert die Kommunikation und ermöglicht durch Vergleichbarkeit die spätere Analyse der Daten (ebd., S. 66). Gleichzeitig fördert er die Offenheit der Kommunikation und stellt „subjektive Erlebnisse, Handlungen und Einstellungen und deren Bedeutung für das Individuum“ (ebd., 66) in den Mittelpunkt. Der vorliegend verwendete Leitfaden kann in Anhang B eingesehen werden. Der Aufbau entspricht den von Misoch (2019, S. 68 ff.) beschriebenen Interviewphasen. Zur weiteren Konstruktion wurden die Ausführungen von Helfferich (2011, S. 186 ff.) und Kruse (2015, S. 209 ff.) herangezogen.

Zu Beginn dient die *Informationsphase* der allgemeinen Einführung ins Interview sowie der Aufklärung über die Zielsetzung der Erhebung und den Schutz der persönlichen Daten der Befragten (Misoch, 2019, S. 68). Der Redeanteil liegt im Wesentlichen noch bei der Interviewerin. In der anschließenden *Einstiegsphase* wird die befragte Person mittels einer offenen Frage zu deren Engagement zum Erzählen aufgefordert. Die Frage ist niedrigschwellig gewählt, um den Einstieg in die ungewohnte Sprechsituation zu erleichtern und mögliche Hemmungen abzubauen (ebd., S. 68). Es folgt die *Hauptphase*, in der die forschungsrelevanten Themen adressiert werden (ebd., S. 68). Nach Sondierung der Literatur wurden ländlichen Räume, rechte Akteur*innen, zivilgesellschaftliches Engagement sowie Politik und Verwaltung als Oberthemen eingegrenzt. Wie der Leitfaden insgesamt, wird jedes Thema mit einer „erzählungsgenerierenden Frage“ (Helfferich, 2011, S. 100) eröffnet und „dem Prinzip ‚vom Offenen zum Strukturierenden‘“ (Kruse, 2015, S. 214) gefolgt. So kann die befragte Person individuelle Schwerpunkte setzen und die eigene Perspektive unterbringen (ebd., S. 213). Zwecks Spezifizierung gibt es zu jedem Themenbereich Nachfragen inhaltlicher Natur sowie eine Sammlung brauchbarer Aufrechterhaltungsfragen, die den Erzählfluss anregen sollen (Kruse, 2015, S. 214). Die Fragen wurden in einem zirkulären Prozess in Anlehnung an die methodischen

Verfahren bei Helfferich (2011, S. 182 ff.) und Kruse (2015, S. 230 ff.) gesammelt, sortiert, überprüft und subsumiert. Bei der Formulierung wurde auf eine eindeutige Fragestellung sowie stimmige und verständliche Wortwahl geachtet (ebd., S. 216 f.). Inspiration für Fragestile bzw. Stimuli lieferte der umfassende Katalog bei Kruse (2015, S. 219 ff.). So ist etwa ‚Was würden Sie Menschen mitgeben, die in ihrer eigenen Region aktiv werden möchten?‘ an die Idee der Praktikant*innen-Frage (ebd., S. 221) angelehnt. Platziert ist dieser Stimulus im fünften Themenblock, der im Leitfaden mit *Gelingensbedingungen* betitelt ist. Es handelt sich hierbei nicht um ein deduktiv gewonnenes Thema im eigentlichen Sinne, sondern vielmehr einen Abschnitt, der erneut der gedanklichen Öffnung dient und Raum schafft, möglichst frei Überlegungen zu konstruieren. In der *Abschlussphase* endet der Leitfaden mit einer Ausstiegsfrage und Verabschiedung (Kruse, 2015, S. 220; Misoch, 2019, S. 68 f.). Hier wird den befragten Personen abschließend die Möglichkeit gegeben, ein Resümee zu ziehen oder eventuell bisher nicht angesprochene Aspekte zu ergänzen. Schließlich findet an dieser Stelle das Herausführen der Befragten aus der Interviewsituation und ein gedankliches Ende der Thematik statt.

Um die Anwendbarkeit des Erhebungsinstruments sicherzustellen, wurde zunächst Kruse (2015, S. 235) herangezogen. Er schätzt fünf Themenblöcke als einen adäquaten Umfang für eine avisierte Interviewdauer von 60 Minuten ein. Zur inhaltlichen Reflexion und Optimierung des Leitfadens wurden an verschiedenen Punkten des Entwicklungsprozesses die Rückmeldungen eines Mitarbeiters der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus, einer Kommilitonin und des betreuenden Erstprüfers einbezogen. Ferner unterlief der Leitfaden einen verkürzten Pretest mit einer Person, die aus dem ländlichen Raum stammt und in ihrer Masterthesis ebenfalls zu diesem Thema geforscht hat. Im Fokus lagen dabei die Eindeutigkeit und Verständlichkeit aus Perspektive der befragten Person sowie das Einüben der Interviewsituation durch die befragende Person (Misoch, 2019, S. 144). Um den Leitfaden optisch zu strukturieren und während der Interviewdurchführung Übersichtlichkeit und eine einfache Orientierung sicherzustellen, wurde der Leitfaden in die Form einer Tabelle gefasst und eine gut lesbare Schrift und Schriftgröße verwendet (Helfferich, 2011, S. 189).

3.4.2 Fallauswahl, Rekrutierung und Kontaktaufnahme

Um Erkenntnisse im Sinne der Forschungsfrage zu gewinnen, wurden Personen befragt, die sich in ländlichen Räumen zivilgesellschaftlich gegen Rechtsextremismus engagieren. Aufbauend auf die Definitionen des Theoriekapitels bedurfte es einer Konkretisierung der Auswahlkriterien mit dem Ziel der Abgrenzung des Untersuchungsfeldes.

Ländliche Räume: Idealerweise sollten die in Abschnitt 2.2.2 beschriebenen strukturschwachen Regionen im Fokus liegen, da diese als besonders anfällig für Rechtsextremismus gelten. Es wurde angenommen, dass der Typ *sehr ländlich/weniger gute sozioökonomische Lage* der in Abschnitt 2.1.2 eingeführten Typisierung des Thünen-Instituts die Charakteristika dieser Räume am besten entspricht. Obwohl dies mit 38% der häufigste Typ innerhalb aller ländlichen Kategorien ist (P. Küpper, 2020, S. 7), konnten zunächst nicht genügend Interviewpersonen gefunden werden. Die Fallauswahl wurde also erweitert, indem die Dimension der sozioökonomischen Lage geöffnet und nur noch die Typisierung als *sehr ländlich* vorausgesetzt wurde.

Rechtsextremismus: Es war davon auszugehen, dass das Verständnis von Rechtsextremismus durch die Engagierten weniger differenziert ausfällt als in den unter Abschnitt 2.2.1 dargestellten wissenschaftlichen Diskursen. Insofern und aufgrund der bestehenden Dynamik dieses Feldes wurde im Sampling zwar mit dem Begriff *Rechtsextremismus* operiert, jedoch auch Phänomene des breiter gefassten Spektrums der extremen Rechten nicht ausgeschlossen.

Zivilgesellschaftliches Engagement: Die Aktivitäten der befragten Personen sollte die in 2.3.1 dargestellten fünf Kriterien zivilgesellschaftlichen Engagements erfüllen. Als Kennzeichen konnten etwa folgende Ausgestaltungen gemeinschaftlichen Handelns betrachtet werden:

- Organisation von internen oder öffentlichen Veranstaltungen, z. B. Feste, Lesungen, Bildungsveranstaltungen, Diskussionen, Demonstrationen, etc.
- Öffentlicher Ausdruck bzw. Sichtbarmachung der eigenen Haltung
- Öffentliche Abgrenzung zu und Ablehnung von Rechtsextremismus
- Einflussnahme auf lokalen Diskurs, Politik, etc.

Die Untersuchung verfolgt ferner das Ziel, soziale Sinnstrukturen und kollektive Muster zu rekonstruieren. Bei der Fallauswahl ist daher keine Repräsentativität im quantitativen Sinne anzustreben, sondern vielmehr die Abdeckung der „Heterogenität des Untersuchungsfeldes“ (Kruse, 2015, S. 241). Für das Sampling wurde insofern ein kontrastierendes Verfahren gewählt. Dabei wurden vorab theoretisch begründete Merkmale festgelegt, anhand derer die bewusste Auswahl passender Interviewpersonen ausgerichtet wurde (ebd., S. 248 f.). Folgende Ausprägungen wurden herangezogen:

- Engagierte: alteingesessen, zugezogen
- Rechtsextreme: alteingesessen, von außerhalb, zugezogen
- Differenzierung nach Bundesland
- Erfahrung: junges Engagement (ab 2015), etabliertes Engagement (vor 2015)
- Beratung: ohne/mit Beratung

Die Rekrutierung erfolgte größtenteils über Hinweis oder gar die Vermittlung durch Gatekeeper (vgl. Kruse, 2015, S. 251). Dabei handelte es sich hauptsächlich um Träger der Mobilen Beratung der jeweiligen Bundesländer, aber auch Förderprogramme, Stiftungen und Fachstellen mit thematischem Bezug stellten vereinzelte Kontakte her. Ergänzt wurde dieser Ansatz durch die eigene Recherche, wie die Suche im Internet, in den sozialen Medien (vor allem *Facebook*) und Projektfinderseiten, um einen direkten Zugang zu Engagierten zu bekommen.

Die Kontaktaufnahme begann kurz nach dem Jahreswechsel 2022/23 und fand zu großen Teilen per E-Mail statt. Dafür wurde ein Muster (Anhang C) verwendet, in dem das Forschungsvorhaben und dessen Kontext kurz präsentiert (vgl. Kruse, 2015, S. 254 f.). Für die Kommunikation im Rahmen der Forschung wurde eine separate E-Mail-Adresse auf einem *Gmail*-Konto eingerichtet. Auf diese Weise sollten die private und Hochschulmailadresse von missbräuchlicher Verwendung geschützt werden. Nach zwei kritischen Hinweisen, dass es dem Erscheinungsbild der Anfrage an Seriosität mangle (u. a. aufgrund der nicht zuordbaren E-Mail-Adresse), wurde ein offizielles Schreiben des Erstprüfers mit Hochschulbriefkopf mitgesendet. Anschließend konnte eine Verbesserung der Antwortrate wahrgenommen werden. Neben 17 Gatekeepern wurden insgesamt 22 Initiativen und Bündnisse per E-Mail, *Facebook* oder Kontaktformulare ihrer Websites kontaktiert. Auf die Anfrage an die Zusammenschlüsse wurde in elf Fällen reagiert; davon konnten sechs Interviews umgesetzt werden. Bei den übrigen kam es aufgrund von Zeitgründen (2x), ergebnislos verlaufender Kommunikation (2x) oder fehlender Passung zur Fallauswahl (1x) zu keinem Interview. Die Merkmalsausprägungen wurden schließlich wie folgt erfüllt:

- Typisierung: 4x weniger gute sozioökonomische Lage
 2x gute sozioökonomische Lage
- Engagierte: 5x alteingesessen
 1x zugezogen
- Rechtsextreme: 4x alteingesessen *und* von außerhalb
 2x zugezogen
- Bundesland: 4x ostdeutsch
 2x westdeutsch
- Erfahrung: 3x junges Engagement
 3x etabliertes Engagement
- Beratung: 6x mit Beratung

Insgesamt herrschte großes Interesse an der Erhebung. Fast alle befragten Personen sowie mehrere Gatekeeper baten um Zusendung der fertiggestellten Arbeit.

Nach der Zusage erhielten die Interviewpartner*innen das bereits erwähnte Informationsblatt inklusive Formular zur Einverständniserklärung (siehe Anhang A), in dem über Hintergrund und Ziele des Forschungsvorhabens, Durchführung und Ablauf der Interviews sowie Freiwilligkeit, Anonymität und Datenschutz ausgeklärt wird.

3.4.3 Durchführung der Interviews

In Vorbereitung auf die Interviewdurchführung wurden erneut Helfferich (2011, S. 83 ff., 119 ff.), Kruse (2015, S. 259 ff.) und Misoch (2019, S. 213ff; 229 ff.) zu Rate gezogen. Ziel war es, die Herausforderungen der qualitativen Erhebung zu begreifen und geeignete Kompetenzen für die Gestaltung der Interviews zu erlangen.

Eine methodologische Herausforderung liegt im Problem des Fremdverstehens, also – kurz gesagt – der Unmöglichkeit, zwischen Sender*in und Empfänger*in in der Kommunikation eine identische Sinnzuschreibung zu erreichen (siehe im Detail Kruse (2015) S. 60 ff., der Bezug auf Alfred Schütz (1994) nimmt). Diese Herausforderung kann durch das Prinzip der Fremdheitsannahme navigiert werden. Nach Kruse (2015) handelt es sich dabei um die „spezifische Grundhaltung [...], dass die befragten Personen im Interview dem/der Forscher/in mit ihren Relevanzsystemen und Sinndeutungen fremd ist“ (S. 302). Weiter schreibt er, dass dies vor allem gilt, wenn scheinbar keine Fremdheit vorliegt. Dieser Aspekt schien mir wichtig, da die Interviewsituationen (wie in 3.2 reflektiert) tendenziell von Nähe gekennzeichnet waren. Insofern galt es, mein eigenes Bezugssystem zurückzustellen und eine Verfremdungshaltung gegenüber meinem eigenen Verständnis sowie der Sinnkonstruktionen der befragten Personen einzunehmen (Helfferich, 2011, S. 126; Kruse, 2015, S. 303). Dazu gehört außerdem, Begriffe zu deindexalisieren, d. h. nicht ihrem potenziellen Sinngehalt zu folgen, und mich stattdessen von den Interviewpartner*innen führen zu lassen (ebd., S. 261, 292 ff.). Hierin zeigt sich die Schwierigkeit des Leitfadeninterviews, nämlich die Gegensätzlichkeit der erwünschten Offenheit bei gleichzeitiger Strukturierung (vgl. etwa Helfferich, S. 114 ff.). Weiter kann die Interviewsituation laut Misoch (2019, S. 216 ff.) durch Vertrautheit mit dem Feld, äußerliche Merkmale, Stimme, Status, innere Merkmale sowie Ort bzw. Setting beeinflusst werden. Während die Reflexion dieser Aspekte hinsichtlich der Erhebungssituation qualitativer Studien elementar ist, kann dies im Rahmen dieser Arbeit nicht detailliert geleistet werden. Es sei daher auf die Reflexion in Abschnitt 3.2 verwiesen. Schließlich war das Verständnis der Unterschiede zwischen der Kommunikation im Interview und der Alltagskommunikation hilfreich (Kruse, 2015, S. 304 ff.). Die Reziprozität im Gespräch einzustellen und meine Reaktionen auf ein Maß des aktiven Zuhörens reduzieren, gelang nicht immer (Helfferich, 2011, S. 90 ff.; Misoch, 2019, S. 224). In diesen

Fällen handelte ich begründet, da ich in der Abwägung im Wert des Vertrauens das höhere Gewicht sah. So beschreibt auch Kruse (2015, S. 262 f.), dass es sich bei den ausgeführten Überlegungen letztlich um regulative Ideen handelt, die nicht erreicht werden können, sondern einem Austarieren der Interviewsituation dienen.

Die Erhebung wurden zwischen dem 15.01. und 10.02.2023 mittels der Videotelefonie-software *Zoom* durchgeführt und im Audioformat aufgezeichnet. Aktuelle Studien (vgl. Götzenbrucker, Griesbeck & Preibisch, 2022; Labinjo, 2021) zeigen, dass die Videokonferenz eine sinnvolle Alternative darstellt, wenn kein Präsenzinterview möglich ist. Die beschriebenen Empfehlungen, beispielsweise die Sicherstellung einer stabilen Internet-Verbindung und das Tragen eines Headsets, wurden berücksichtigt (siehe auch Dröge, 2020). Die Technik wurde im Vorfeld getestet, um eine störungsfreie Nutzung der Software zu gewährleisten. In allen Fällen wurde die Übertragung des Bildes eingeschaltet. So konnten auch nonverbale Signale wahrgenommen werden (vgl. Helfferich, 2011, S. 98 ff.). Aufgrund der breiten Anwendung von *Zoom* in Zeiten der Coronapandemie, schienen alle Befragten sicher im Umgang mit der Software zu sein, sodass es zu keinen Komplikationen kam. Unterbrechungen entstanden in zwei Fällen (durch Klingeln an der Haustür sowie einem Anruf und einer Interaktion an der Bürotür). Außergewöhnlich war ein Fall, bei dem der Partner der befragten Person während des Interviews in unmittelbarer Nähe, aber außerhalb des Bildfeldes, saß. Er beteiligte sich indirekt am Interview, indem er bei der Wortfindung unterstützte oder (für mich meist nicht verständliche) Stichpunkte einwarf. Das Paar hatte im Vorfeld angefragt, zu zweit am Interview teilzunehmen. Aus methodologischen Gründen hatte ich darum gebeten, dass nur eine Person mit mir spricht. Als ich die Konstellation zu Beginn des Interviews erkannte, entschied ich, meine Bitte nicht zu wiederholen, um Irritation oder Unwohlsein bei meiner Interviewpartnerin zu vermeiden. Die Interviews dauerten im Durchschnitt 68 Minuten, mit dem kürzesten Interview bei 36 Minuten und dem längstem bei 105 Minuten.

Gemäß Leitfaden wurden die Interviews mit den Einstiegsinformationen eröffnet. Dies umfasste die Vorstellung meiner Person und einer Kurzskezzierung des Forschungsvorhabens. Weiter wurden die Befragten über Freiwilligkeit, Anonymität und Datenschutz aufgeklärt und Raum für Fragen geboten. An dieser Stelle wurde die Aufnahme des Interviews begonnen und die Einstiegsfrage gestellt. Häufig führte diese Frage bereits zu einem umfangreichen Erzählfluss. Beispielsweise orientierte sich eine Person an vorher angefertigten Notizen und gab detailreich die Chronologie des Engagements wieder. Die erste dem Leitfaden entnommene Frage wurde erst nach ca. 30 Minuten gestellt. Bei einer anderen Person bewährte sich wiederum die Niederschwelligkeit der Einstiegsphase, da diese den gedanklichen Faden verlor, die Erzählungen sehr eng begrenzte und nervös erschien. Fließendes Erzählen setzte in diesem Fall in der 9. Minute der

Aufzeichnung ein. In der Hauptphase wurde anschließend über die vorab festgelegten Themen gesprochen. Dabei wurde die inhaltliche Führung den Interviewpartner*innen überlassen und Fragen situativ – statt streng nach Reihenfolge des Leitfadens – gestellt (vgl. Kruse, 2015, S. 261). Spontane Gedanken und Assoziationen wurden unmittelbar notiert und bei Bedarf im späteren Verlauf darauf Bezug genommen. Die Sprache wurde mit Hoffmann-Riem (1980) „dem Soziolekt bzw. dem Kommunikationsmuster des/der Interviewten angepasst“ (S. 346 f., zit. n. Kruse, 2015, S. 217). So konnte ich beispielsweise bei einer provokant und sarkastisch sprechenden Person deren eigene Wortwahl aufgreifen, um eine Frage des Leitfadens zu stellen:

B2: Also der Fokus wird eher gelegt auf: Wie schön ist der Vorgarten? Oder welche Deko habe ich?

I: Das meinst du auch mit „Die Leute sind nicht so politisch.“?

B2: Ja.

I: Was macht denn den Unterschied aus zwischen eben euch, die sich eher engagieren, und die Leute, die sich lieber um ihren Vorgarten kümmern? (B2, Z. 273–286)

Dieses Beispiel umfasst außerdem die Verwendung von Abtönungspartikeln (hier: *denn*), die genutzt wurden, um die Direktheit der auf Papier formulierten Stimuli aufzuweichen (Kruse, 2015, S. 217). Sobald die Themen im Wesentlichen erschöpft waren, wurde der Abschluss eingeleitet. Den Befragten wurde letztmalig die Chance gegeben, weitere Aspekte einzubringen, bestimmte Punkte zu betonen oder Bilanz zu ziehen (ebd., S. 273). Diese Möglichkeit wurde von einer Person genutzt. Sofern stimmig, wurde nach dem Erleben der Interviewsituation und/oder der Teilnahmemotivation gefragt. Auf diese Weise sollte aus der Besonderheit der Befragungssituation heraus und zurück in den Alltag geführt werden (Misoch, 2019, S. 69). In der Nachinteraktionsphase (vgl. Kruse, 2015, S. 277 f.) erbaten alle Befragten um Zusendung der Studienergebnisse. Einige sprachen noch einmal allgemeiner über ihre Gefühle und Wünsche zur Thematik und zur Forschung. Die Aufnahme wurde mit Beendigung des Videoanrufs gestoppt.

3.4.4 Transkription

Mit der Transkription werden die Aufnahmen in Textform überführt, um sie der Auswertung zugänglich zu machen. Dafür wurde das System der inhaltlich-semantischen Transkription nach Dresing und Pehl (2018, S. 21 ff.) verwendet. Die Entscheidung fiel auf dieses einfach gehaltene Regelsystem, da es sowohl leicht erlernbar und in kurzer Zeit umzusetzen ist als auch einen schnellen Zugang zum semantischen Inhalt ermöglicht (ebd., S. 17 f.). Die Transkription wurde direkt in der Analysesoftware *MAXQDA* vorgenommen, für die eine sechsmonatige Studierendenzulassung erworben wurde.

Um den zuvor ausgeführten Datenschutz sicherzustellen und keine Rückschlüsse auf die interviewten Personen oder das Engagement zu ermöglichen, wurden die Transkripte anonymisiert. Dabei wurde eine Kombination aus Pseudonymisierung, Aggregation von Informationen und Ersetzen durch abstrakte Platzhalter verwendet und mittels Anonymisierungsprotokoll dokumentiert (vgl. Meyermann & Porzelt, 2014).

3.5 Auswertung mittels inhaltlich strukturierender qualitativer Inhaltsanalyse

Für die Auswertung wurde die inhaltlich strukturierende qualitative Inhaltsanalyse nach Kuckartz und Rädiker (2022) unter Zuhilfenahme der Analysesoftware MAXQDA genutzt. Ziel des Verfahrens ist die systematische, regelgeleitete, resümierende und kategoriebasierte Auswertung der Transkripte (ebd., S. 111 f.). In den insgesamt sieben Phasen wird sich erstens in der initiiierenden Textarbeit dem Material angenähert, um zweitens Hauptkategorien zu entwickeln und mit diesen drittens eine erste Codierung der Daten vorzunehmen. In der vierten Phase werden induktiv Subkategorien gebildet und diese fünftens in einem zweiten Codierprozess, der Feincodierung, auf das Material angewandt. Zuletzt erfolgen die Analyse der Codes innerhalb der Kategorien (Phase 6) sowie Verschriftlichung der Ergebnisse (Phase 7; ebd., S. 132 ff.). Der Ablauf ist nicht als strenge Reihenfolge, sondern im Gegenteil als dynamischer und zirkulärer Prozess zu verstehen (ebd., S. 106). Zur besseren Nachvollziehbarkeit der folgenden Ausführungen wird auf das finale Kategoriensystem in Abbildung 2 auf der Folgeseite verwiesen.

Die erste Auseinandersetzung mit den Daten fand durch die eigenhändige Transkription statt, sodass zügig zur Bildung der Hauptkategorien übergegangen werden konnte. Diese wurden deduktiv anhand der Themenblöcke des Leitfadens bestimmt (ebd., S. 133), wurden im späteren Prozess jedoch neu geordnet. Die Kategorien *Politik und Verwaltung* sowie *Institutionen* sind formale Kategorien, während die übrigen der inhaltlichen Strukturierung dienen. Im Rahmen der ersten Codierung wurden die inhaltlichen Passagen der Transkripte paraphrasiert, um eine einfachere Fallzusammenfassung zu ermöglichen. In der Betrachtung einzelner Hauptkategorien wurden jeweils induktiv Subkategorien gebildet und währenddessen erste Teile feinkodiert. Einige Subkategorien veränderten sich nach der ersten Benennung nicht mehr, u. a. im Bereich des Engagements. Die Ausdifferenzierung anderer Subkategorien durchlief hingegen mehrere Schleifen. Eine häufige Anpassung war die Aggregation von Subkategorien mit zu geringer Codehäufigkeit. So wurden in der Hauptkategorie *Ländliche Räume* die Subkategorien *Alterung* und *Abwanderung* zu *Demografische Merkmale* zusammengefasst. Sobald die Subkategorien klar abgrenzbar waren, wurden deren Beschreibung und Ankerbeispiele

in einem Codememo dokumentiert und die zweite Codierung gemäß dieser Kategorien (siehe Abbildung 2) zu Ende geführt. Das Codebuch inklusive Memos ist im elektronischen Anhang einzusehen. Das Kategoriensystem mit Codehäufigkeiten findet sich in Anhang D.



Abbildung 2: Kategoriensystem.
Quelle: Eigener Screenshot aus MAXQDA.

Bereits während der Codierung wurden Auffälligkeiten und spontane Auswertungsideen in Memos festgehalten. Nach Abschluss der Feincodierung wurden unter Verwendung der Funktion *Summary Grid* die codierten Passagen jeder Subkategorie pro Fall inhaltlich zusammengefasst. Die Zusammenfassungen wurden mittels der *Summary Tabelle* verglichen und die Ergebnisse im *Code Summary* der Code Memos konsolidiert. Über diese kategoriebasierte Analyse konnten Gemeinsamkeiten, Unterschiede und Besonderheiten herausgearbeitet werden. Auf Fall- bzw. Gruppenvergleiche wurde aufgrund des kleinen Samplings verzichtet.

4 Darstellung der Ergebnisse

In diesem Kapitel werden die gewonnenen Erkenntnisse hinsichtlich der Beantwortung der leitenden Fragestellung dargestellt. Die Fallzusammenfassungen in Abschnitt 4.1 ermöglichen einen ersten Eindruck und generellen Überblick zu den Fallkonstellationen. Anschließend werden – in Orientierung an der Struktur des Theoriekapitels – in Abschnitt 4.2 zunächst Ergebnisse zu ländlichen Räumen, in Abschnitt 4.3 zu rechtsextremen Akteur*innen und in Abschnitt 4.4 zum Engagement betrachtet. Abschnitt 4.5 umfasst schließlich die Ergebnisse zu weiteren Akteur*innen, nämlich Dritte im Ortsgeschehen, Politik und Verwaltung, Medien, Polizei und Vereine.

Die Ergebnisse bilden die Wahrnehmung der Befragten ab und sind nicht objektivierbar. Der Unterschied zwischen Eigen- und Fremdwahrnehmung sowie beschreibenden und deutenden Elementen in den Erzählungen der Befragten werden sprachlich kenntlich gemacht. Gemäß der Transkriptionsregeln veranschaulicht die Hervorhebung in Versalien die besondere Betonung der Silbe bzw. des Wortes; längere Pausen werden durch drei Punkte in Klammern dargestellt.

4.1 Fallzusammenfassungen

Um die Bandbreite des Engagements sichtbar zu machen, werden die Fälle nachfolgend zusammengefasst. Aus Gründen des Datenschutzes weicht die Reihenfolge von den anschließend verwendeten Interviewkürzeln ab.

- 1) Die befragte Person ist Mitglied einer Bürgerinitiative in einer ostdeutscher Gemeinde. Einzelne (bekannte) Rechtsextreme leben vor Ort; zeitweise gab es eine rechte Bürgerwehr. Inzwischen wurden mehrere kleine Initiativen auf Kreisebene zu einem Bündnis zusammengeführt, um Ressourcen zu bündeln und Synergien zu nutzen. Die vorrangige Aktivität der untersuchten Initiative ist inzwischen die Vernetzungsarbeit. In der Vergangenheit wurden Konzerte veranstaltet und mit einer Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete zusammengearbeitet. Die Initiative erhielt wenig Unterstützung durch die Gemeinde.
- 2) Die befragte Person gehört einer Bürgerinitiative in einem Dorf in Ostdeutschland an. Die Gründung erfolgte, nachdem kürzlich zugezogene Rechtsextreme sich in Gemeinderat und einem Verein engagierten sowie privatwirtschaftlich aktiv wurden. Die Initiative organisiert Begegnungs- und Informationsveranstaltungen, die von Menschen aus der Umgebung besucht werden und im Ort selbst teilweise kritisch gesehen werden. Die Initiative erhält Unterstützung durch einzelne Politiker*innen,

jedoch nicht durch die Gemeinde oder den Landkreis. Die Mitglieder der Initiative erfahren regelmäßig Ausgrenzung und öffentliche Diskreditierung durch die Rechtsextremen und ihre Sympathisant*innen.

- 3) Die befragte Person ist Teil eines Organisationsbündnisses in einer ostdeutschen Mittelstadt. Rechtsextreme Gruppierungen und Einzelpersonen mit bundesweiten Verbindungen gibt es dort mindestens seit den 1990er Jahren. Öffentlich wahrnehmbare Aktivitäten sind die Nutzung eigener Immobilien im Landkreis für bundesweite Treffen sowie die Durchführung von Demonstrationen in der Kreisstadt (dahinter stehen jeweils unterschiedliche Akteur*innen). Derzeit ist die Lage relativ ruhig. Das Bündnis betätigt sich in der Aufklärungs-, Bildungs- und Vernetzungsarbeit sowie durch Gegenproteste. Es erhält teilweise Unterstützung durch Kommunalverwaltung. Fast alle örtlichen Parteienverbände sind im Bündnis vertreten.
- 4) Die befragte Person ist in einer Bürgerinitiative in einem ostdeutschem Landkreis aktiv. Die Region kennzeichnet sich durch etablierte rechtsextreme Strukturen in mehreren Ortschaften mit eigenen Immobilien und bundesweiter Vernetzung aus. Kürzlich eröffnete eine rechtsextreme Person in einem der Orte ein Geschäft. Die Initiative ist Mitveranstalterin eines Festivals, führt Gegenproteste und Bildungsarbeit durch. Die Engagierten positionieren sich klar links und haben Handlungsfelder formuliert. Sie erhalten keine kommunale Unterstützung.
- 5) Die befragte Person engagiert sich in einer Bürgerinitiative in einer westdeutschen Gemeinde. Die Gründung erfolgte nach dem Immobilienkauf durch einen Rechtsextremen, der diese für öffentliche Veranstaltungen und nicht-öffentliche Treffen nutzt bzw. rechtsextremen Gruppierungen zur Verfügung stellt. Die Aktivität der Initiative umfasst Aufklärungs- und Informationsarbeit sowie alternative Veranstaltungen zu klassischerweise durch Rechtsextreme besetzten Terminen (etwa Brauchtumsfeiern wie die Wintersonnenwende). Die Initiative erhält weitestgehend Unterstützung durch die Gemeindepolitik, vor allem aber durch den Landkreis.
- 6) Die befragte Person wirkt in einem Organisationsbündnis in einer westdeutschen Mittelstadt mit. Die Stadt stellt aufgrund der guten Anbindung in umliegende Landkreise einen bevorzugten Ort für rechtsextreme Demonstrationen dar. Ein Teil der Rechtsextremen lebt(e) im Landkreis. In der Vergangenheit wurden Rechtsrock-Konzerte veranstaltet; ein Rechtsextremer war als Jugendtrainer aktiv. Die Aktivitäten des Bündnisses umfassen Gegenproteste, Info- und Aktionsstände und Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit der Presse. Sie erhalten umfassende Unterstützung durch die Stadtverwaltung; alle Parteien sind Mitglieder des Bündnisses.

4.2 Ländliche Räume

Nachfolgend werden die Ergebnisse zu ländlichen Räumen dargelegt. Dies umfasst die Beschreibung fehlender Anonymität in der Ortsgemeinschaft, Infrastruktur und Lage sowie demografischer Merkmale. Anschließend wird in den Blick genommen, welche Unterschiede die Befragten zwischen urbanen und ländlichen Räumen ausmachen.

Fehlende Anonymität und Ortsgemeinschaft

Alle Befragten beschreiben, dass das Leben in ländlichen Räumen von Unmittelbarkeit und vielschichtigen Nahbeziehungen geprägt ist. Die Menschen kennen sich und sprechen miteinander, wenn sie sich auf der Straße begegnen. Auf diese Weise entsteht ein Dorf- oder Stadtgespräch, in dem sich Informationen über Personen und Vorkommnisse schnell verbreiten. Jedoch gelten nicht alle Menschen im Ort als gleich zugehörig. So wird in kleinen Orten eine Unterscheidung zwischen alteingesessenen und zugezogenen vorgenommen. In ostdeutschen Orten wird dies weiter in ost- bzw. westdeutsch differenziert. Nicht alle Menschen sind in die Ortsgemeinschaft eingebunden. Sie werden teilweise demonstrativ nicht beachtet und vom Ortsgespräch ausgeschlossen, wie eine zugezogene Befragte in Folge ihres Engagements erlebt. Gewöhnlich stehen die Menschen in mehreren Beziehungen zueinander; sind etwa gleichzeitig Nachbar*in und Mitspieler im Fußballverein oder Erzieherin. Diese Beziehungen sind von Dauer geprägt – „Man kennt sich von KLEIN AUF.“ (B3, Z. 291–292) – was die Abgrenzung erschwert:

Weil die kennen den halt schon von ganz klein [...]. Und dann sagen die: „Naja, okay, der hat zwar irgendwie blöde politische Ansichten. Aber ich kenne den doch jetzt schon 30 Jahre. Und das war doch immer so ein lieber, netter früher.“ (ebd., Z. 294–299)

Einige Dörfer sind so klein, dass alle jungen Menschen derselben Clique angehören. Zusammen mit dem Mangel an Alternativen wird dadurch nach Ansicht eines Befragten die Dorfjugend zu einem attraktiven Publikum für rechte Meinungsführer*innen. Aus einer Sicherheitsperspektive bedeutet fehlende Anonymität ferner, dass es auf der Straße zu Konfrontationen kommen kann und die Wohnorte aller Menschen bekannt sind. Gleichzeitig werden dadurch Kontakte möglich, in denen das Politische nicht im Vordergrund steht und abseits davon Sympathien aufgebaut werden können.

Infrastruktur, Lage und demografische Merkmale

Alte Häuser, Bauernhöfe oder Schullandheime stehen häufig zum Verkauf. In der Regel sind die Immobilien geräumig und verfügen über Land. Die Distanzen zwischen den einzelnen Ortschaften sind groß; der Raum wird als leer beschrieben. Es gibt insgesamt

wenige Angebote, etwa für Jugendliche, teilweise herrscht eine wirtschaftlich prekäre Lage in der Region. Parteistrukturen dünnen sich aus. Laut einer Befragten gibt es in ihrem Ort nur drei Ortsgruppen von Parteien bzw. Wählergemeinschaften. Rechtsextreme rechneten in ländlichen Räumen mit wenig Gegenprotest. Ein Befragter hebt als Schwierigkeit hervor, dass „man [...] nicht in jedem DORF so eine Aktion machen [kann]. Das geht nicht.“ (B4, Z. 478–479). Aufgrund dieser Ausführungen sehen mehrere Befragte in ländlichen Räumen den idealen Rückzugsort für Rechtsextreme.

Zwei Befragte gehen auf demografische Merkmale ländlicher Räume ein. Diese stellen sie als homogen dar, nämlich „rein deutsch“ (B1, Z. 191). Es gibt insbesondere kaum bis keine Menschen, die außereuropäisch migriert, BIPOC oder Muslim*^a sind. Gemäß einer befragten Person ziehen Menschen mit höherem Bildungsniveau aus dem Ort. So werde der ländliche Raum „zum fruchtbare[n] Boden“ (ebd., Z. 406) für Rechtsextreme.

Vergleich urbaner und ländlicher Räume

In vier Interviews werden wahrgenommene oder vermutete Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Räumen thematisiert.

Im Vergleich nehmen die Befragten Städte als politisierter und linker wahr. Durch eine größere antifaschistische Szene kann stärkerer Gegenprotest erwartet werden. Einer befragten Person zufolge ziehen sich einige Antifaschist*innen in einer „Wohlfühlbubble“ (B3, Z. 531) in Städten zurück, sodass sie Berührungspunkten zu Rechtsextremen verlieren. In ländlichen Räumen sind folglich weniger Menschen, die sich engagieren (können), was wiederum die Kämpfe erschwert. Gleichzeitig können in der Nähe liegende Städte Einfluss auf umliegende Orte nehmen, wie eine Person ausführt. Menschen aus ländlichen Räumen haben so die Möglichkeit, sich an der Themenbearbeitung zu beteiligen und Angebote wahrzunehmen. Gegenseitige Kontakte können bilaterale Weiterentwicklung ermöglichen. Gleichwohl kann dies eine Konkurrenz zum eigenen Engagement darstellen.

Städten wird eine größere Pluralität bescheinigt, welche einen (intensiveren) Kontakt zu Menschen anderer Länder oder Kulturen, aber auch verschiedenen Meinungen und Lebensrealitäten ermöglicht. Diese Vielfalt an Anknüpfungspunkten für die eigene Lebensgestaltung ist in ländlichen Räumen nicht vorhanden. Abweichungen von der gewohnten Homogenität sind ungewohnt und resultieren in einer „Angst des Unbekannten“ (B3, Z. 289). Eine befragte Person zieht den Schluss, dass daher in ländlichen Räumen eher Verständnis für die Haltung Rechtsextremer aufgebracht werden kann.

Drei Befragte schätzen es als schwieriger ein, Menschen in ländlichen Räumen zu mobilisieren. Grund dafür ist deren Zurückhaltung und bisweilen die Kritik, die Positionierung gegen Rechtsextreme sei zu radikal. Eine andere Person empfindet ländliche Räume hingegen als ein ideales Umfeld für zivilgesellschaftliches Engagement. Da sich die Menschen untereinander kennen, sich im Alltag und politischen Kontexten begegnen, gibt es häufig die Möglichkeit, direkt miteinander zu sprechen, sich gegenseitig einzubinden und Menschen für Aktivitäten zu gewinnen. Es kann außerdem zur stärkeren Konzentration der Kompetenzen führen, wenn nur ein Zusammenschluss zur Thematik arbeitet und dadurch eine gewisse Überschaubarkeit gegeben ist.

Eine Person beschreibt, dass sie sich der Unterschiede zwischen ländlichen und urbanen Räumen erst durch das Engagement und den Kontakt zu anderen Akteur*innen bewusst geworden ist. Eine weitere Person warnt, dass ein herablassender urbaner Blick auf ländliche Räume zu einer noch größeren Distanzierung voneinander führen kann. Eine Person schließlich sieht keinen Unterschied der Räume. Ob sich Rechtsextreme oder zivilgesellschaftliches Engagement etablieren, hängt von den lokalen Akteur*innen ab und ist ein „Zufallsprodukt“ (B6, Z. 132).

4.3 Rechtsextreme Akteur*innen

Im Folgenden wird die Sicht der Befragten auf Rechtsextreme, von ihnen gewählte Aktivitäten und Orte sowie deren Reaktion auf das Engagement dargestellt.

Allgemeine Beschreibung

Rechtsextremismus zeigt sich in den untersuchten Fällen in unterschiedlichen Ausprägungen. In zwei Orten sind einzelne Rechtsextreme (teilweise mit Familie) innerhalb der letzten fünf Jahre zugezogen. In den übrigen Regionen gibt es rechtsextreme Gruppierungen und seit bis zu Jahrzehnten etablierte Strukturen. In allen Fällen wohnen die Akteur*innen im Ort oder kommen aus der näheren Umgebung.

Die Befragten differenzieren, ob es sich explizit um „Nazi-Kader“ (B1, Z. 4) und „SEHR gut vernetzte Neonazis“ (B3, Z. 59) mit bundesweiter Bedeutung handelt oder um „irgendwelche Dorfnazis“ (B3, Z. 58), „Laufburschen“ (B1, Z. 905) und „Steigbügelhalter“ (B1, Z. 459), denen eine weniger ausgeprägte Haltung und mangelnde Eigeninitiative zugesprochen wird. Drei Befragte haben über die Jahrzehnte beobachtet, dass Organisationsformen und -namen dem Wandel unterliegen, sich die vorrangig agierenden Personen jedoch selten ändern.

In der Öffentlichkeit treten Rechtsextreme bürgerlich, seriös und selbstsicher auf. Einige sind freundlich und pflegen nachbarschaftliche Beziehung. Sie werden als „Kümmerer“ (B1, Z. 174) wahrgenommen. Andere leben zurückgezogen und treten öffentlich kaum bis gar nicht in Erscheinung. In der Beschreibung unspezifischer werden die Befragten, wenn es sich um Rechtsextreme handelt, die öffentlich nur in Gruppierungen auftreten.

Aktivitäten

Die Aktivitäten der Rechtsextremen unterscheiden sich erheblich in den Regionen. Grundsätzlich wird nicht immer öffentlichkeitswirksam agiert. In einem Fall gibt es „VIELE kleinere [...] Gruppen, die [...] sich halt treffen, dabei Rechtsrock hören [, ...] ihre Ideologie austauschen oder halt auch einfach nur so quatschen“ (B3, Z. 147–150).

Darüber hinaus engagieren sich Rechtsextreme als Einzelpersonen in der kommunalen Politik auf Gemeinde- und Kreisebene und in örtlichen Vereinen. Sie bringen sich in die Ortsgemeinschaft ein, indem sie nachbarschaftliche Beziehungen pflegen, an Haus und Garten helfen, zur Verschönerung des Ortes beitragen oder zu öffentlichen Veranstaltungen einladen. Laut den Befragten versuchen sie auf diese Weise, sich vor Ort zu etablieren, Einfluss auszuüben und Menschen für ihre Ideologie zu gewinnen. Sie sind als Geschäftsleute in eigenen Betrieben tätig. In einem Fall wurde die Vereinsmitgliedschaft genutzt, um das Sportheim für ein rechtsextremes Treffen und Konzert zu mieten.

An anderen Orten agieren sie vorrangig innerhalb von rechtsextremen Gruppierungen, führen Kundgebungen und Demonstrationen zu unterschiedlichsten Anlässen durch (z. B. Gedenkmärsche, Info-/Unterschriftenaktionen, Parteitage) oder gründen eine Bürgerwehr. Sie pflegen bundesweite Verbindungen und Netzwerke und versuchen, Anknüpfungen vor Ort zu schaffen bzw. Strukturen aufzubauen. So haben sie etwa die Situation der Pandemie ausgenutzt, um mit Verschwörungserzählungen und der Verbreitung von Angst unsichere oder unzufriedene Menschen für sich zu gewinnen.

Orte

Die Befragten berichten von abgeschieden gelegenen, geräumigen Immobilien, die für nicht-öffentliche Vernetzungs- und Schulungstreffen genutzt werden, zu denen bundesweit teilweise bis zu 500 Menschen anreisen. Es werden zwei Aspekte beschrieben, warum diese Immobilien eine Möglichkeit des Rückzugs bieten. Einerseits sind sie aufgrund ihrer Abgeschiedenheit – etwa im Wald mit nur einem Zufahrtsweg oder am Ortsrand – nicht einsehbar und damit gut abschirm- und kontrollierbar. Neben diesen infrastrukturellen Gegebenheiten gehen Rechtsextreme gemäß der Befragten davon aus,

dass Dritte ihnen gegenüber gleichgültig auftreten und es keinen Gegenprotest der Anwohnenden gibt. Somit entziehen sie sich der Beobachtung.

Für öffentliche Kundgebungen werden wiederum Städte gewählt, um mehr Menschen zu erreichen. In einem Fall war die gute Zuganbindung des Ortes in die umliegenden ländlichen Räume hinein maßgeblich für dessen Attraktivität als Versammlungsort.

In Regionen mit etablierten rechtsextremen Strukturen existiert ein Netz an rechtsextremen, zum Teil zentral liegenden Orten, z. B. Geschäfte, Versammlungs-/Treffpunkte sowie rechtes Wohnen. Rechtsextreme haben die lokale Meinungshoheit übernommen.

Reaktionen auf das zivilgesellschaftliche Engagement

Die Rechtsextremen stellen sich – meist anlässlich von Veranstaltungen oder Gegenprotesten – öffentlich oder in direkter Konfrontation gegen das Engagement. Um Dritte von der Teilnahme abzuhalten, verteilen sie Handzettel oder bringen Sprüche, Plakate und Symbolik an der Straße oder dem eigenen Grundstück an. Sie bezeichnen darin Engagierte als „Linksradikale“ (B3, Z. 356), sagen ihnen „politische Machtansprüche“ (B1, Z. 31) nach und stellen sich selbst als Opfer dar. Sie verhindern oder stören Veranstaltungen, indem sie im Vorfeld die Örtlichkeiten besetzen, währenddessen ausfallend werden oder versuchen, die Meinung durch eigene Wortbeiträge zu beeinflussen.

Teilweise beobachten, fotografieren bzw. filmen und bedrohen sie die Engagierten an ihrem Wohnort oder während sie Aktionen durchführen. Die gesammelten Informationen veröffentlichen sie u. a. in Form von „Abschusslisten“ (B3, Z. 229). Im digitalen Raum nutzen sie außerdem soziale Medien wie *Telegram* und *Instagram*, um ihre Inhalte zu verbreiten und zur Einschüchterung der Engagierten aufzurufen. Während es in der Konfrontation meistens beim Aufbau von Bedrohungsszenarien und verbalen Auseinandersetzungen bleibt, berichtet eine befragte Person von Verfolgungsjagden, Sachbeschädigung sowie versuchter und tatsächlicher Körperverletzung.

4.4 Engagierte und Engagement

Dieser Abschnitt umfasst die Ergebnisse zur Selbstwahrnehmung der Engagierten und ihrer Motivation, Organisation und Finanzierung sowie Ziele und Aktivitäten des Engagements. Weiter wird auf die Sicherheit der Engagierten eingegangen und Gründe genannt, warum sich Menschen nicht engagieren. Abschließend werden die Aufrechterhaltung, Erweiterung und interne Konflikte des Engagements, die Vernetzung und Zusammenarbeit der sowie die Inanspruchnahme von Beratung beschrieben.

Selbstwahrnehmung und Motivation

Alle Befragten übernehmen eine verantwortungsvolle Rolle in ihrem jeweiligen Zusammenschluss. Engagement gegen Rechtsextremismus wird nicht per se als politisch links betrachtet, sondern als „normal“ (B2, Z. 264), selbstverständlich und „dringende Notwendigkeit“ (ebd., Z. 287). Es wird gleichermaßen als Engagement *für* Demokratie und Menschenrechte verstanden. In drei Fällen wird die Identifikation als Antifaschist*in hervorgehoben, davon verortet sich eine Person explizit als links.

Als förderliche Eigenschaften werden die eigene Überzeugung von der Sinnhaftigkeit der Sache, Einsatzbereitschaft, Durchhaltevermögen – ein „langer Atem“ (B4, Z. 355–356) – und Aufgeschlossenheit genannt. Beharrlichkeit dient als Antrieb, denn wenn von Rechtsextremen „ein gewisser Druck oder ein Bedrohungsszenario [...] aufgebaut wird, dann ist das eigentlich noch ein Grund mehr für uns weiterzumachen“ (B5, Z. 508–510). Einige Aktivitäten erfordern, sich in der Öffentlichkeit zu zeigen, Ansprachen zu halten oder Interviews zu geben. Engagierte, die diese Aufgaben übernehmen, sollten sich über mögliche Folgen der Veröffentlichung ihrer Daten bewusst sein.

Die Frage nach der Motivation ist nicht im Leitfaden enthalten, dennoch wird der Aspekt in allen Interviews angeschnitten. Als maßgeblich nennen alle Befragten den Willen, Rechtsextremen nicht den öffentlichen Raum zu überlassen und ihnen etwas entgegenzusetzen. Eine Person hebt die Alternativlosigkeit hervor, durch die das Verantwortungsgefühl gespeist wird: „Weil wenn wir es NICHT machen, macht es keiner.“ (B3, Z. 371). Weitere, einzeln genannte Gründe sind das eigene Unrechtsbewusstsein, persönliche Betroffenheit sowie schlechte Berichterstattung über den Ort.

Alle Befragten beschreiben einen Anlass, der sie bewogen hat, sich zivilgesellschaftlich zu engagieren. Zwei Initiativen wurden aufgrund des Zuzugs Rechtsextremer sowie deren Aktivitäten und Versuche der lokalen Einflussnahme gegründet. In beiden Fällen war ausschlaggebend, dass die kommunale Politik untätig blieb. Weitere Anlässe für die Bildung der Zusammenschlüsse waren der Jahrestag eines rechtsterroristischen Anschlags sowie erstmalige oder sich häufende rechtsextreme Demonstrationen. Eine befragte Person schloss sich nach dem Auftritt eines Rechtsextremen bei einer öffentlichen Veranstaltung im Ort einer bestehenden Initiative an. Bis zum jeweiligen Auslöser blieb der Ausdruck der eigenen Haltung auf individuelle Meinungsbekundung, z. B. im digitalen Raum, oder Aktivitäten im beruflichen Kontext beschränkt. Eine Person wollte zuvor „mit Politik nichts zu tun haben“ (B1, Z. 999) und war (außer der Teilnahme an Wahlen) „nie politisch aktiv“ (ebd., Z. 996).

Organisation und Finanzierung

Die Befragten sind in Bürgerinitiativen (4x) sowie aus Organisationen bestehenden Bündnissen (2x) engagiert.

Die Initiativen sind unterschiedlich organisiert. Eine Gruppe lehnt bewusst den starren Rahmen eines Vereins ab. Eine Initiative plant die Gründung eines Vereins in naher Zukunft, um größere Projekte umzusetzen und Privatpersonen von der Haftung zu entbinden. Eine weitere Initiative hat die Form des Vereins gewählt, um die Beantragung von Fördergeldern zu erleichtern. Eine weitere bereits als Verein organisierte Initiative hat ihre Aktivitäten kürzlich in einem Bündnis auf Kreisebene konsolidiert. Dies geschah mit der Absicht, administrativen Aufwand wie Wahlen, Finanzen und die Kommunikation mit Behörden zu bündeln und die einzelnen Personen zu entlasten.

Die Bündnisse setzen sich aus Parteien und deren Jugendorganisationen, christlichen Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften, lokalen Vereinen und anderen, nicht näher benannten Initiativen zusammen. In einem Fall ist die Kommune aktiv am Bündnis beteiligt. Hier sind außerdem alle demokratischen Parteien vertreten, während im anderen Fall die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) sich trotz Anfrage aus dem Bündnis nicht einbringt.

Die Zusammenschlüsse umfassen zwischen drei und 15 Personen, wobei nicht alle denselben Grad an Verantwortung tragen. So liegen die wesentlichen Aufgaben bei den Engagierten im „Kern“ (B5, Z. 7) oder der „Keimzelle“ (B1, Z. 817); es gibt Vorsitzende oder explizite Sprecher*innen. Weiter gibt es Personen, die regelmäßig an Sitzungen oder Treffen teilnehmen, sonst aber keine Aufgaben übernehmen. In zwei Fällen gibt es neben den vollumfänglich Engagierten ein Netz an unterstützenden Personen, die sich punktuell, z. B. themen-, veranstaltungs- oder ortsbezogenes, einbringen.

In den meisten Fällen agieren die Initiativen bewusst nicht anonym. Eine der befragten Personen, deren Engagement stark aus linken Kontexten geprägt ist, hebt die Wichtigkeit der abgelegten Anonymität im Kontext ländlicher Räume hervor. Nur mit einem offenen Umgang der politischen Haltung und Ambitionen des Engagements ist es möglich, in Kontakt und ins Gespräch zu kommen. Zwei Initiativen benennen außerdem, dass sie eine intersektionale Herangehensweise verfolgen.

Das Engagement wird zu Beginn häufig privat finanziert. Hinzu kommen Fördergelder, wie aus dem Programm *Demokratie leben!*, (Sach-)Spenden oder Preisgelder. Nützlich sind eigene Räumlichkeiten, um die Vertraulichkeit von Treffen zu gewähren oder als Anschrift für den Verein, um private Adressen nicht veröffentlichen zu müssen.

Ziele und Aktivitäten

Unabhängig von der Organisationsform formulieren alle Zusammenschlüsse Ziele, nach denen sie ihr Handeln ausrichten. Meist werden diese veröffentlicht. Die Aktivitäten der Initiativen und Bündnisse werden im Weiteren zwei Oberzielen zugeordnet: Erstens soll der öffentliche Diskurs in Sinne der Engagierten beeinflusst werden, zweitens sollen rechtsextreme Akteur*innen in ihrem Handeln begrenzt werden. Nachfolgend werden zunächst diese Oberziele näher erläutert und anschließend die jeweils genutzten Mittel und Aktivitäten ausgeführt.

Einflussnahme auf den öffentlichen Diskurs

Unter dieses Ziel fällt, Aufmerksamkeit für die Problematik bei Bürger*innen, Behörden und Medien zu schaffen und über die Thematik aufzuklären. Die Menschen sollen angeregt werden, sich mit der Problematik zu beschäftigen und sich eine Meinung zu bilden bzw. vorhandene Einstellung zu verändern. Die Engagierten wollen mit den Menschen vor Ort in den Austausch kommen und sie konkret in ihre Aktivitäten und Veranstaltungen sowie den grundlegenden Veränderungsprozess einbeziehen. Eine Person nennt außerdem das Ziel, neben antifaschistischen auch queer-feministische Themen in den Diskurs einzubringen.

Grundlegendes Mittel ist die öffentliche Positionierung durch Meinungsbekundung und kontinuierliche Präsenz. Banner und Plakate werden in den Ortschaften, bei Veranstaltung und teilweise am eigenen Grundstück angebracht. Die Engagierten geben Interviews und schreiben Pressemitteilungen zum aktuellen Geschehen. Sie agieren online, meist in Form einer eigenen Webseite oder Profilen in den sozialen Medien (vor allem *Facebook*, aber auch *Instagram*).

Sie führen eigene Veranstaltungen durch oder beteiligen sich an Veranstaltung anderer Akteur*innen. Zu den eigenen Veranstaltungen zählen Festivals, Konzerte, Feste und Kulturveranstaltungen. Diese sollen möglichst vielen Menschen zugänglich sein. Sie sind daher kostenfrei oder es werden Freikarten an Menschen mit geringeren Mitteln verteilt. Außerdem werden vielfrequentierte und leicht zugängliche Orte gewählt, um Passant*innen als spontane Besucher*innen anzusprechen. Die inhaltliche Gestaltung umfasst Auftritte von Musiker*innen und Redner*innen, Attraktionen für Kinder und Workshops sowie eine Auswahl an Info- und Beratungsständen, z. B. der Beratung gegen Rechtsextremismus oder zu Sozialleistungen. Es werden Organisationen und Personen eingeladen, sich an der Gestaltung zu beteiligen. Darunter fallen Beratungs- und Fachstellen, andere Initiativen und Aktionsgruppen, Politiker*innen und Parteien sowie Künstler*innen. Weitere Veranstaltungsformen sind Gedenkgänge, Fußballturniere und

Wanderungen. Veranstaltungen, an denen die Befragten sich beteiligt haben, sind beispielweise Stadtfeste, offizielle Gedenkfeiern sowie Podiumsdiskussionen.

Alle Personen berichten, dass sie eigene Infostände besitzen. Hier verteilen sie Informationsmaterial und tauschen sich mit Interessierten aus. Nicht nur zur Meinungsbekundung, sondern auch zu Aufklärungszwecken bringen sie Plakate oder Flyer an öffentlichen Orten an. Drei Engagierte verteilen Briefe bzw. Flyer an alle Haushalte des Ortes. Sie nehmen darin etwa einen Jahresrückblick der rechtsextremen Aktivitäten vor, berichten über das eigene Engagement oder informieren über eine rechtsextreme Veranstaltung in der Nähe des Ortes. Die Informationen werden online zur Verfügung gestellt.

Des Weiteren suchen sie Kontakt zu Menschen, z. B. zu Passant*innen oder Besucher*innen einer Veranstaltung. Eine befragte Person hebt hervor: „Und solche Dinge dann, glaube ich, sind ganz wichtig, um zu zeigen: Wir verteilen jetzt nicht bloß irgendwelche Blättchen, sondern wir versuchen euch irgendwie miteinzubinden.“ (B4, Z. 107–109). So hatten Besucher*innen des Infostands in der Vergangenheit die Möglichkeit, Buttons „mit Slogans gegen rechts“ (B4, Z. 103) anzufertigen oder bunte Tücher für eine Girlande zu gestalten. Bei der Aktion ‚Gesicht zeigen gegen rechts‘ ließen sich Besucher*innen vor Ort fotografieren; das Portrait wurde direkt ausgedruckt und an einer großen Pinnwand angebracht. Nach eigener Einschätzung wirken sich die Abwechslung und Innovation positiv für das Bündnis aus. Eine andere befragte Person wiederum bedauert, dass es „einfach auch VIEL zu selten“ (B5, Z. 258–260) zu Gesprächen auf Augenhöhe kommt. Auf mögliche Gründe und Reaktionen auf das Engagement insgesamt wird in Abschnitt 4.5 eingegangen.

Im Sinne von Bildungsarbeit werden Vorträge und Podiumsdiskussionen organisiert, Filme vorgeführt oder ein antifaschistischer Stadtrundgang angeboten. Im Fokus stehen die politische Rechte (Personen, Aktivitäten, Strukturen und Orte), Codes und Zeichensprache sowie die Geschichte der Rechtsextremen in der jeweiligen Region. Die Vorträge sind öffentlich und werden über Plakatwerbung oder Hinweise in der Zeitung beworben. Zum Teil wird die Expertise der Engagierten konkret angefragt.

Zudem tragen die Initiativen und Bündnisse zur mittel- und langfristigen Gestaltung öffentlicher Räume bei. In zwei Fällen arbeiten die Initiativen zusammen mit der Kommune und einem Bildungsträger an der Einrichtung von Bildungs- und Begegnungsstätten. In Zusammenarbeit mit lokalen Betrieben stattete eine Initiative Geflüchtete mit Sportbekleidung aus und unterstützte die Aufnahme in den örtlichen Sportverein. Ein anderes Bündnis setzte ein Projekt um, bei dem sich über 60 lokale Betriebe öffentlich gegen Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit positionierten. Eine Initiative brachte einen Antrag in ein örtliches Gremium ein, um zu erreichen, dass Extremist*innen von

öffentlichen Veranstaltungen im Ort ausgeschlossen werden. Die Entscheidung über diesen Antrag im örtlichen Gremium stand zum Zeitpunkt der Erhebung noch aus.

Schließlich ist das Mittel der politischen Einflussnahme zu nennen. Die befragten Personen adressieren dazu Vertreter*innen aller Ebenen. Dies beginnt bei der Vermittlung von Information, z. B. im Rahmen einer selbst organisierten Veranstaltung für Ortsvorsteher*innen und Bürgermeister*innen der Kommune. Ferner führen sie Einzelgespräche mit Vertreter*innen der Kommunalpolitik und -verwaltung. Zu spezifischen Vorfällen fordern sie Offenlegungs- und Klärungsgespräche mit Mandatsträger*innen und setzen diese teilweise mit Unterstützung von Beratungsstellen um. Sie nutzen unterschiedliche Kanäle (Anrufe, E-Mail oder Brief), um entsprechende Stellen in Politik und Verwaltung auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen. Dabei beschränken sie sich nicht auf die kommunale Ebene, sondern beziehen die Landesebene, wie den Landesfraktionsvorsitz einer Partei oder das Innenministerium, und – wenngleich seltener – die Bundesebene, z. B. den Bundespräsidenten, ein. Es wird berichtet, dass die Anfragen auf Landes- und Bundesebene selten oder nur auf Nachfrage beantwortet werden. Neben Politik und Verwaltung werden zivilgesellschaftliche Akteur*innen adressiert. Zwei Engagierte berichten über Rechtsextreme, die in der örtlichen Feuerwehr bzw. als Jugendtrainer im Fußballverein aktiv waren. Im letzteren Fall wurde Kontakt zu verschiedenen Ebenen des Landesfußballvereins aufgenommen, um auf den Umstand aufmerksam zu machen. Die jeweiligen Reaktionen und Ergebnisse werden in Abschnitt 4.5 dargestellt.

*Begrenzung rechtsextremer Akteur*innen und Aktivitäten*

Die Bestrebung des zweiten Oberziels ist es, rechtsextreme Akteur*innen und Strukturen zu begrenzen, ihnen den öffentlichen Raum zu entziehen und deren Aktivitäten und Einfluss zu verringern. Sie wollen Leerstellen stattdessen mit der eigenen Präsenz und alternativen Angeboten füllen. Sie setzen Zeichen gegen Rechtsextremismus, indem sie Widerspruch und Gegenprotest leisten. Durch fortlaufende Beobachtung rechtsextremer Personen und Aktivitäten wollen sie einerseits Informationen über aktuelles Geschehen sammeln und andererseits Druck ausüben.

Als Anlässe für Gegenproteste nennen die Befragten rechtsextreme Demonstrationen und Kundgebungen, Infostände der Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), AfD-Parteitage, -Wahlkampfveranstaltungen und -Büroeröffnungen, Anti-Corona-Demonstrationen (ab 2021) sowie die Eröffnung oder Betreibung von Geschäften oder Dienstleistungsbetrieben. Sie organisieren eigene Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen. Ähnlich wie bei den eigenen Veranstaltungen werden Banner aufgehängt, Musik abgespielt und Reden gehalten. Andere Formen des Gegenprotests sind

eine Unterschriftenaktion sowie eine Online-Petition. Sie „versuchen zu zeigen: 'Ey, die [Rechtsextremem] sind hier [...] mit ihrer Meinung nicht allein.' Und: ‚EUCH gehört die Straße nicht. Und auch euch gehört hier die Ortschaft nicht. Und der ländliche Raum schon gar nicht.“ (B3, Z. 22–24).

Wesentlich ist nach Ansicht aller Befragten dabei die Beständigkeit des Gegenprotestes: „Und IMMER, wenn die da waren, waren wir auch schon da. Und zwar in SICHTNÄHE“ (B4, Z. 87–88). Teilweise erschwert die abgeschiedene Lage rechtsextremer Veranstaltungsorte bzw. Treffpunkte den Gegenprotest:

[D]ie Nazis würden davon auf jeden Fall nichts mitbekommen, weil das ist halt wirklich im Wald. So. Das ist irgendwie ein sechs Kilometer langer Weg. [...] Sodass da halt wenig (...) direkte Gegenaktion, sage ich jetzt mal, möglich ist. (B3, Z. 194–197)

Schließlich beanspruchen die Initiativen und Bündnisse den öffentlich Raum für sich. Sie veranstalten eigene Aktivitäten, z. B. an in der rechten Tradition relevanten Termine wie Sommer- oder Wintersonnenwende. Eine Initiative verhinderte in Zusammenarbeit mit der Kommune den Kauf einer zusätzlichen Immobilie.

Zur Informationssammlung nutzen die Befragten unterschiedliche Quellen. Die Rechtsextremen und ihr Aktivitäten vor Ort werden von den Engagierten oder anderen Personen im Ort beobachtet. Dies dient auch dem Zweck, „dass die dort nicht das Gefühl haben, sie sind allein“ (B2, Z. 568–569). Daneben werden selbst veröffentlichte Berichte und Videos der Rechtsextremen in den sozialen Medien (wie *Telegram* oder *Twitter*) oder deren Webseiten überprüft. Die Informationen sowie sonstige Erfahrungen im Rahmen des Engagements werden Beratungsstellen, Informationsdiensten, anderen Engagierten oder zu Forschungszwecken zur Verfügung gestellt.

Sicherheit der Engagierten

Wie zuvor dargestellt, üben Rechtsextreme unterschiedliche Formen der Bedrohungen gegen die Engagierten aus oder versuchen, deren Veranstaltungen zu stören.

Vier Befragte nehmen dies als ernstzunehmende Bedrohung wahr. Zwei Personen sprechen in diesem Zusammenhang davon, dass sie Angst vor Konfrontation oder Angriffen empfinden. Eine befragte Person sieht die Ernsthaftigkeit der Androhungen ambivalent: „Aber damit muss man leben. Das ist klar. (...) Also GANZ ohne ist das wahrscheinlich nicht. (...) Aber nein, ich nehme das nicht allzu ernst (seufzt)“ (B4, Z. 351–352). Laut einem Befragten gibt es bisher keine Bedrohung oder Eskalation durch Rechtsextreme.

Bei Veranstaltungen wird je nach Ort, Thema oder Tageszeit das Risiko unterschiedlich eingeschätzt. Zur Vorkehrung werden Schutzkonzepte entwickelt und umgesetzt. Diese

umfassen die Einbindung von Ordner*innen oder Sicherheitspersonal sowie der Polizei, die – je nach Größenordnung – durch den Streifendienst oder Bereitstellen von Hundertschaften präsent ist. Zwei Personen sehen großes Eskalationspotential in der direkten Konfrontation von Rechtsextremen durch Engagierte. Eine Initiative versteht Awareness als Sicherheitsaspekt und geht bei risikohaften Situationen in die Absprache mit Besucher*innen. Sind externe Personen involviert, steigt das Störungspotential, wenn diese entweder „sehr verhasst“ (B3, Z. 336) sind oder einer marginalisierten Gruppe angehören (z. B. People of Colour). Insofern wird empfohlen, externe Personen immer in Absprachen einzubinden und ggf. zum und vom Veranstaltungsort zu begleiten.

Zusätzlich ergreifen die Befragten persönliche Maßnahmen, um sich zu schützen. Eine befragte Person achtet darauf, zu welchen Uhrzeiten sie sich an welchen Orten bewegt:

Ich will es ja auch nicht dramatischer machen, als es ist. Ich versuche es ja schon so darzustellen, WIE es ist. [...] Ich gehe halt in gewisse Örtlichkeiten nicht mehr feiern, weil ich weiß, dass da auch Nazis hingehen [...]. Und ich versuche halt auch, wenn es dunkel wird, meine Wege zu Fuß tatsächlich hier in [Ort 1] auch so KURZ wie möglich zu halten und das Auto immer irgendwo in der Nähe zu haben, um halt, ja, mich SCHNELL einer Situation entziehen zu können. (ebd., Z. 239–247)

Eine weitere Befragte vermeidet, mit Namen oder Bild in der Öffentlichkeit, z. B. in der Zeitung, genannt zu werden. In der Initiative beschränken sich öffentliche Auftritte auf Personen aus dem Vorstand. Eine Person empfindet ihre Präsenz in den Medien wiederum als Schutz. Auf diese Weise gebe es viele Menschen, die mit ihnen sympathisieren, und ein etwaiger Vorfall könne dann auf Rechtsextreme zurückgeführt werden.

Gründe, sich nicht zu engagieren

Der am häufigsten genannte Grund, aus dem Menschen sich nicht (mehr) engagieren, ist Angst. Alle Befragten unterstreichen die Angst vor Gewalt, vor Angriffen auf sich selbst oder den Wohnort: „[V]iele Leute haben Angst, wenn sie gegen Nazis aufstehen, dass ihre Hütte brennt. Ja. Das ist allgemein bekannt: Wenn ich was mache, kann mir was passieren“ (B1, Z. 292–293). Ferner besteht die Angst, in der Öffentlichkeit als intolerant oder linksradikal wahrgenommen und angeprangert zu werden. Die Angst vor Ausgrenzung aus der Ortsgemeinschaft geht damit einher. Es ist den betroffenen Menschen wichtig, angesehen zu werden und am sozialen Leben im Ort teilzunehmen: „es gibt Leute, die sagen: ‚Ich MÖCHTE, dass die Leute mich inforMIeren über den Tratsch. [...] Ich MÖCHTE, dass die Leute mich noch grüßen. Dass ich noch ein angesehener Bürger bin.“ (ebd., Z. 444–448). Die befragte Person schließt daraus, dass es diesen Menschen an Mut fehlt. Gemäß einem Befragten können fehlendes Wissen und Sprachunfähigkeit zum Thema für Berührungängste sorgen.

Viele Menschen engagieren sich aufgrund fehlender Kapazitäten nicht mehr oder in reduziertem Umfang. Ausbildung oder Beruf sowie sonstiges Engagement, wie in Sportvereinen, beansprucht ihre Zeit. In einem Fall sind Ehemalige aufgrund von Wegzug aus der Region nicht mehr aktiv.

Drei der vier Befragten aus den ostdeutschen Bundesländern sprechen darüber, dass die Menschen vor Ort kein Interesse an Politik zeigen. Sie vermeiden es, öffentlich eine politische Position zu beziehen: „Und viele möchten das halt einfach nicht, ne? Weil [...] sie auch, ich sag mal, DDR sozialisiert sind und da natürlich/ Ähm, ja. (seufzt) (...) Ne?“ (B6, Z. 206–208). Aufgrund ihrer Erfahrungen wollen sie mit der Thematik nichts zu tun haben und nicht im Fokus stehen:

[I]ch kenne einige Leute, die haben gesagt: „In der DDR waren wir in der Partei und wir waren Feuer und Flamme für die Partei. Nach der Wende haben wir so viel Opposition bekommen. Wir sind jetzt einfach ruhig. Wir mischen uns politisch nicht mehr ein.“ (B1, Z. 440–442)

Aufrechterhaltung des Engagements

Das Engagement wird als zeitintensiv beschrieben. Für dessen Aufrechterhaltung wird Beharrlichkeit und Kontinuität von allen Befragten mehrfach betont. Dies betrifft sowohl das Individuum – für eine befragte Person ist dies eine Eigenschaft, die es mitzubringen gilt – als auch die Aktivitäten der Gruppe. Wie bereits dargestellt, haben die Befragten den Anspruch, auf jede rechtsextreme Aktivität zu reagieren. Dahinter steht das Wissen um die Langfristigkeit und Anstrengung des Engagements:

Uns ist auch bewusst, dass wir jetzt nicht irgendwie mit EIN MAL ein schönes Fest machen, irgendwie die Probleme dort beseitigen können. [...] uns ist das bewusst, dass man da eine Gesellschaft [...] nicht über ein Jahr irgendwie UMKREMPELN kann. Sondern dass das einfach SEHR, SEHR lange dauert. (B5, Z. 37–42)

Mehrere Befragte verwenden das Sinnbild vom Kampf gegen Windmühlen; eine Person bezeichnet des Engagements gegen Rechtsextremismus als „Krieg“ (B1, Z. 474).

Als weiterer Faktor für die Aufrechterhaltung wird Motivation herausgestellt: „Das primäre Ziel MUSS die eigene Überzeugung sein: Ich mache jetzt was Sinnvolles. [...] Und nicht deswegen, weil ich in der Zeitung stehe, sondern DESwegen, weil es mir wichtig ist“ (B4, Z. 371–373). Die Aussicht, mit Gleichgesinnten in Kontakt zu kommen, sowie Erfolge des Engagements stärken die Motivation. Hilfreich ist zudem, Aktionen abwechslungsreich zu gestalten: „[I]ch denke, das Bündnis hat sich über die Jahre gut gehalten. Es ist auch nicht eingeschlafen. [...] Aber was man halt machen muss, immer wieder Aktionen, die ein bisschen aus dem Rahmen fallen“ (ebd., Z. 512–514).

Ferner sprechen die Befragten über die Arbeit innerhalb der Gruppe. Förderlich sind die aktive Beteiligung sowie Verbindlichkeit. Darüber hinaus ist es notwendig, Spaß am Engagement zu haben und sich in der Gruppe wohlfühlen. Darunter fällt gegenseitiges Vertrauen und Unterstützung insbesondere in anstrengenden Phasen. Auch ist es wichtig, Bedürfnisse in der Gruppe zu kommunizieren und die Grenzen der anderen zu respektieren. So sollte jede*r Engagierte*r die Freiheit haben, sich nach aktuellen Kapazitäten und jeweiliger Lebenssituation einzubringen, ohne von den anderen Engagierten dafür kritisiert zu werden. Zur positiven Gruppenatmosphäre tragen ferner bei, sich regelmäßige positive Rückmeldungen zu geben und Ausgleich zu schaffen. Als Beispiele wurden eine gemeinsame Feier mit Essen und Musik sowie ein Ausflug genannt.

Vier Befragte heben die Gefahr hervor, durch das Engagement auszubrennen. Sie halten es für wichtig, ein Bewusstsein für die eigenen Kräfte und Grenzen zu haben – insgesamt sowie im Moment des Engagements. Als Möglichkeiten der Prävention werden zeitliche Pausen, inhaltlicher und räumlicher Abstand und die Beschäftigung mit regenerierenden Aktivitäten außerhalb des Engagements genannt. Positiv wirken sich außerdem ein unterstützendes Umfeld im Privaten sowie Stärkung durch Dritte, etwa durch direkte Rückmeldung oder Teilnahme an Aktivitäten, aus. Laut einem Befragten sollte versucht werden, Synergien mit anderen Interessensgruppen zu finden, um Zeit und Ressourcen zu schonen. Eine Person beschreibt die Notwendigkeit, einen Fokus zu setzen und von Aktivitäten abzusehen, die nicht dem Ziel des Engagements entsprechen.

Als weiterer Aspekt wird benannt, dass sich Wissen über die Zeit akkumuliert und Aktivitäten dadurch weniger aufwendig werden. Darunter fällt beispielsweise die Kommunikation mit Behörden hinsichtlich der Anmeldung einer Veranstaltung oder das Management der Ordner*innen.

Erweiterung durch neue Engagierte

In vier der untersuchten Initiativen und Bündnisse besteht der Wunsch, die Gruppe um zusätzliche Personen zu erweitern. Davon hat ein Zusammenschluss Nachwuchsgewinnung und Wissensübergabe als Ziel für das aktuelle Jahr festgeschrieben. In zwei Fällen werden keine weiteren Engagierten gesucht. Eine Person gibt an, dass die Gruppe in Größe und Konstellation sehr gut arbeitet und daher keine Vergrößerung angestrebt wird. Im zweiten Fall werden aufgrund des Übergangs in ein größeres Bündnis die Aktivitäten der Initiative abgewickelt, sodass kein Bedarf an neuen Engagierten besteht.

Meist werden potenzielle Engagierte beim Besuch einer Veranstaltung oder Teilnahme an einem Gegenprotest auf die Zusammenschlüsse aufmerksam. Es kommt zur Kontaktaufnahme, entweder im Gespräch vor Ort oder über andere Kanäle, z. B. per E-Mail.

Teilweise sprechen Engagierte Personen konkret an, von denen sie wissen oder annehmen, dass sie die Sache für unterstützungswürdig halten. Die bereits dargestellte punktuelle Übernahme einzelner Aufgabe kann in kontinuierlichem Engagement münden.

Des Weiteren kann vorgelebte Begeisterung andere zum Handeln motivieren. Teilweise sind Menschen zunächst skeptisch hinsichtlich der Art und Weise des Engagements. Sie legen ihre Zurückhaltung ab, wenn sie die Aktivitäten als angemessen empfinden und für sich befürworten können. Teilweise muss Überzeugungsarbeit für die Notwendigkeit des Engagements geleistet werden. Dies ist umso schwieriger, wenn kein generelles Interesse am Thema vorhanden ist.

Konflikte

Äußere Konflikte (mit Rechtsextremen oder Dritten) wurden in 4.3 dargestellt bzw. sind Gegenstand des folgenden Abschnitts. Im Folgenden werden interne Konflikte betrachtet, die in zwei Interviews thematisiert wurden.

In einem Fall führten unterschiedliche Meinungen zu Positionierung und Verfahrensweisen zu Spannungen: Ein Teil der Gruppe wollte die Problematik von Rechtsextremen im Ort deutlich artikulieren und sich positionieren. Der andere Teil lehnte dies als zu provokant ab. Sie sahen durch eine solche Abgrenzung ihr Ziel gefährdet, gemeinsam mit allen Bewohner*innen das Ortsleben zu gestalten. Letztendlich konnte keine Einigung erzielt werden, sodass beide Teile – mit Bekenntnis zur gegenseitigen Unterstützung – inzwischen unabhängig voneinander arbeiten. Dass die Gruppen in naher Zukunft wieder zusammenfinden, wird von der befragten Person bezweifelt. Einige seien so gekränkt, dass sie bestimmten Personen aus der anderen Gruppe aus dem Weg gingen. Eine Klärung oder Entschuldigung habe bisher nicht stattgefunden.

Im Fall eines Bündnisses traten Parteirivalitäten zu Tage: Nachdem die CDU jahrelang nicht aktiv war und schließlich dem Bündnis beitrug, wollten die Jusos kein offizieller Teil mehr sein. Sie verließen das Bündnis, wirken jedoch weiter an Aktionen mit.

Vernetzung und Zusammenarbeit

Vier Befragte benennen die Wichtigkeit der Vernetzung und Zusammenarbeit mit anderen Akteur*innen, während die übrigen deren Relevanz für ihre Aktivitäten implizieren.

Die Akteur*innen, mit denen kooperiert wird, sind vielfältig und agieren auf regionaler, Landes- sowie Bundesebene. Genannt werden Bürgermeister*innen und Landrät*innen, die Kommunalverwaltung, Parteien und deren Jugendorganisationen, Kirchen, Schule,

Vereine und Betriebe, Beratungsstellen, Bildungsträgern, andere Initiativen, Expert*innen (z. B. Wissenschaftler*innen), Polizei, Medien und Menschen aus umliegenden Orten, die mit ähnlichen Problemen konfrontiert sind.

Auf diese Weise werden Erfahrung und Wissen zum Engagement sowie Informationen zu rechtsextremen Akteur*innen und Aktivitäten ausgetauscht. Die Teilnahme oder Mithilfe bei Aktivitäten der anderen Akteur*innen soll Kräfte bündeln. So wirkt es stärkend, im Engagement nicht allein zu sein und Rückhalt ausgesprochen zu bekommen. Gegenstand von Zusammenarbeit können schließlich Reflexion und Verarbeitung von Vorkommnissen sein. Laut einer anderen Befragten unterstützt ihre Initiative auch deswegen andere Vereine im Ort, um die Konventionen zu erfüllen und ein gutes Verhältnis aufzubauen. Eine Initiative hat Vernetzungsarbeit als eigenständiges Ziel formuliert, um als Ansprechperson für Engagierte im Landkreis zu agieren und relevante Personen zusammenzubringen. So soll die linke Szene innerhalb des ländlichen Raums, aber auch die Verbindungen zu Initiativen in nahegelegenen Städten gestärkt werden.

Neue Verbindungen kommen zu Stande, indem die Akteur*innen z. B. durch Zeitung, soziale Medien oder Webseiten sowie durch die gemeinsame Teilnahme an Regional- und Netzwerktreffen oder anderweitigen themennahen Veranstaltungen voneinander erfahren und in Kontakt treten. Eine befragte Person verweist auf die Relevanz bereits bestehender Kontakte einzelner Engagierter: „Die haben wir kontaktiert damals. Und warum wieder? Weil ich halt eine Person kenne davon! Ich habe ja vorher schon ein Netzwerk gehabt, muss man sagen. Das Netzwerk ist nicht durch das Bündnis entstanden“ (B4, Z. 411–413).

Zu Beginn kann die Zusammenarbeit von Unsicherheit und ggf. Misstrauen geprägt sein. In einem Fall wird der Kontakt zwischen der Initiative und der Polizei als anfänglich zögerlich beschrieben. Über die Zeit wurde Vertrauen gefasst, sodass inzwischen spontane und anlassunabhängige Telefonate zum aktuellen Geschehen geführt werden und man sich informell austauscht.

Inanspruchnahme von Beratung

Alle Befragten arbeiten unterschiedlich intensiv mit einem Träger der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus zusammen. In je einem Fall gibt es zusätzlich Kooperationen mit der Opferberatungsstelle und einer Beratung speziell für die Freiwillige Feuerwehr.

Drei Befragte sprechen über das Zustandekommen. In allen Fällen nahmen die Befragten eigenständig Kontakt auf. Eine Befragte las in der Zeitung über die Beratungsstelle. Eine weitere Befragte bekam den Kontakt über ein ihr bekanntes Demokratieprojekt

vermittelt. Der dritte Befragte war bereits persönlich mit dem Mitarbeiter der Beratungsstelle bekannt. In allen drei Fällen wurde der Gründungsprozess begleitet.

Die Beratungsstellen werden als Expert*innen für rechtsextreme Aktivitäten angesehen, die detaillierte Kenntnisse über die rechtsextreme Szene in der Region haben. Dass die Beobachtung der Szene mit zugehörigen Recherchen hauptberuflich ausgeübt wird und entsprechend über größere zeitliche Ressourcen verfügt, wird als Vorteil gesehen. Die Beratungsinhalte richten sich nach den Bedarfen der Engagierten. Gegenstand ist häufig die Entwicklung der Gruppe, gelingende Kommunikation untereinander und Struktur des Engagements. Die Beratungsstellen stellen Wissen zur Verfügung, z. B. zur erfolgreichen Umsetzung von Veranstaltungen, zur Erstellung von Sicherheitskonzepten, dem Umgang mit Presseanfragen oder zu den rechtlichen Grenzen, wie über öffentlich Rechtsextreme gesprochen werden kann. Die Beratungsstellen erfüllen zudem eine Vermittlungsfunktion. Sie statten mit Informationsmaterial aus, stellen selbst oder kennen Redner*innen zu bestimmten Anlässen und vermitteln sonstige Kontakte. Es handelt sich um eine bilaterale Zusammenarbeit. So werden Informationen ausgetauscht, gegenseitig Beiträge in den sozialen Medien geteilt und zum Teil Veranstaltungen und Projekte gemeinsam umgesetzt.

4.5 Weitere Akteur*innen

In diesem Abschnitt werden die Ergebnisse zu allen Akteur*innen zusammengefasst, die neben Rechtsextremen und Engagierten in Erscheinung treten. Zunächst wird die Haltung der übrigen Menschen in den Ortschaften zum Engagement einerseits und zu den Rechtsextremen andererseits beleuchtet. Anschließend werden jeweils Positionierung und Handlung der Politik und Verwaltung auf kommunaler, Landes- und Bundesebene sowie Parteien, Medien, Polizei sowie anderen Vereinen und der Freiwilligen Feuerwehr vor Ort sowie eine etwaige Zusammenarbeit mit den Engagierten beschrieben.

Haltung der Menschen vor Ort zum Engagement

Im Folgenden werden die Haltungen der Einwohner*innen, die sich weder selbst engagieren noch den rechtsextremen Akteur*innen zuzuordnen sind, betrachtet. Ausgehend von den Beschreibungen der Befragten beginnen diese bei einer wertneutralen Anerkennung und variieren zwischen Unterstützung, Ambivalenz und Ablehnung des Engagements.

Anerkennung der Seriosität

Fünf Befragte halten es für erforderlich, als ernstgenommen und anerkannt zu werden. Dies kann nach ihrer Ansicht durch Beständigkeit über einen langen Zeitraum sowie Art und Umfang der Aktivitäten erreicht werden. Dabei gilt: je größer die Reichweite der Aktivitäten, desto besser. Positive Berichterstattungen der Medien dienen als Beweis der Existenz und Funktionalität. Zutraglich ist außerdem die Kooperation im Lokalen sowie mit Akteur*innen mit inhärentem Ansehen, z. B. Wissenschaftler*innen.

Ferner ist ausschlaggebend, wer sich engagiert. Als nützlich bewertet wird, wenn Personen bereits vor dem Engagement bekannt sind und ihre Reputation in das Engagement tragen. Da Radikalität und Aggressivität von Außenstehenden abgelehnt werden, wird es als entscheidend betont, bürgerlich aufzutreten. Zur Anerkennung des Engagements trägt schließlich bei, wenn die Menschen die Notwendigkeit des Handelns erkennen. Dies geschieht durch Erstarken des rechtsextremen Phänomens oder erfolgreiche Aufklärungsarbeit: „[Dann] haben die Leute gemerkt: [...] Wir SAUGEN uns da nichts aus den Fingern, sondern es ist WIRKLICH Handlungsbedarf“ (B4, Z. 141–142).

Unterstützung

Die Befragten schildern Unterstützung ihres Engagements in unterschiedlichen Formen. Grundlegend ist die generelle Befürwortung des Engagements, der Aktivitäten und des Widerspruchs. Dies geschieht als positive Rückmeldung im direkten Gespräch, als Interessenbekunden am Engagement und dem Wunsch, dass dieses aufrechterhalten und erweitert wird. Ferner fällt darunter die Teilnahme an den Aktivitäten. Allein der Besuch einer Veranstaltung wird von einer Befragten als Stellungnahme gewertet. Schließlich ist Unterstützung in finanzieller Form zu nennen, wie den Kauf von Soli-Artikeln oder Spenden. In einem Fall wird die Initiative fast ausschließlich von Menschen außerhalb des Ortes unterstützt.

Ambivalenz und Ablehnung

Viele Menschen vor Ort haben den Wunsch, neutral bleiben zu können, um nicht ausgegrenzt oder diffamiert zu werden. Sie sind entsprechend zurückhaltend und nehmen nicht an Aktivitäten der Initiativen und Bündnisse teil. Daraus ergibt sich häufig der Vorwurf, das Engagement trage zur Störung des lokalen Miteinanders bei. In einem Fall wird die Ortsgemeinschaft als entlang der Linien der Engagierten, Rechtsextremen und übrigen Einwohner*innen gespalten beschrieben.

Ablehnung drückt sich verbal, etwa im direkten Gespräch, oder physisch, z. B. durch Ignorieren oder Abwenden vom Infostand, aus. Die Befragten sehen unterschiedliche

Gründe für die Ablehnung. Drei Personen folgend empfinden einige das Engagement als zu radikal: „Also für die ist es genauso schlimm, links zu sein wie rechts zu sein“ (B2, Z. 115). Statt der Abgrenzung gegen Rechtsextremismus bevorzugen sie die befürwortende Haltung zu einer offenen Gesellschaft. Die Thematik überhaupt zu politisieren, halten diese Menschen nach Angabe der Befragten für übertrieben und verallgemeinernd. Damit einher geht die Kritik, dass vermeintlich politikfreie Räume, z. B. ein Konzert, als Plattform genutzt werden. In zwei Fällen wird über die Angst einiger Menschen gesprochen, dass zu Demonstrationen die Antifa oder „der 2.000 Mann starke schwarze Block [kommen] und [den Ort] in Schutt und Asche“ (B3, Z. 366) legen.

Haltung der Menschen vor Ort zu Rechtsextremen

Alle Befragten berichten von der *Indifferenz*, mit denen viele Menschen den rechtsextremen Phänomenen begegnen. Die dafür genannten Gründe können unter unzureichender Politisierung und fehlender Betroffenheit zusammengefasst werden.

Laut den meisten Befragten halten die Menschen ihre Meinung zu politischen Themen in der Öffentlichkeit zurück und lehnen es ab, etwas mit Politik zu tun zu haben. Die Bekundung antidemokratischer und antifeministischer Meinung bleibt unkommentiert und ohne Folge. Der Fokus des Lebens im ländlichen Raum liegt auf anderen Aspekten:

[Viele] leben ja auch da, weil sie irgendwie einfach ihr LEBEN leben möchten und irgendwie ihre Ruhe [...] haben möchten. Die WOLLEN sich nicht mit großen politischen Dingen, mit Gegenprotesten, mit politischen Debatten in der TIEFE und auch auf dieser ideologischen Ebene beschäftigen [...]. (B3, Z. 264–268)

Teilweise ist die Vermeidung einer Stellungnahme aus den Erfahrungen während der DDR geprägt, wie zwei Personen aus ostdeutschen Bundesländern darlegen.

Außerdem gibt es zwar meist ein generelles Problembewusstsein, jedoch fühlen sich die Menschen vor Ort selten persönlich betroffen oder eingeschränkt. In diesem Fall werden die Aktivitäten der Rechtsextremen ignoriert und sie gar als harmlos eingeschätzt.

Rechtsextreme erfahren im Umkehrschluss vor allem *Ablehnung*, wenn sie als Gefahr für den Ort und die dort lebenden Menschen betrachtet werden. Die Befragten sagen, dies ist eher gegeben, wenn Rechtsextreme aggressiv auftreten, und seltener der Fall, wenn die Aktivitäten im Verborgenen stattfinden und den Ort selbst nicht tangieren.

Unterstützung der Rechtsextremen drückt sich durch die Teilnahme an von ihnen organisierten Veranstaltungen, Solidarisierung und in Wahlergebnissen aus. In einem Fall drohten die Mitglieder eines Vereins mit dem Austritt, sollte die rechtsextreme Person ausgeschlossen werden. In der Folge würde der Verein aufgrund einer zu geringen Größe nicht weiter existieren können.

Politik und Verwaltung

Im Folgenden wird dargestellt, wie sich Politik und Verwaltungen auf den Ebenen der Kommune, des Landes und des Bundes positionieren und handeln.

Kommune

Gute Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung und deren klare Positionierung gegen Rechtsextremismus wird von allen Befragten als wichtig erachtet. Fast alle kritisieren jedoch die durchwachsene bis fehlende Unterstützung von Seiten der Kommune.

Insgesamt wird das Verhalten von Politiker*innen auf dieser Ebene als zurückhaltend beschrieben. Das rechtsextreme Phänomen wird ignoriert, ausgesessen oder heruntergespielt und erst reagiert, wenn dies unumgänglich ist, z. B. beim Tatbestand der Volksverhetzung. In einem Fall werden Rechtsextreme als Zuständigkeit der Polizei und nicht der Politik gesehen. Eine befragte Person⁴ erklärt die Zurückhaltung der Kommunalpolitik damit, dass Rechtsextremen keine Plattform gegeben werden soll:

[M]an [hat] VERMIEDEN durch zu starkes Auftreten der Kommunalpolitik SELBER, DEM auch noch eine Bühne zu geben. [...] In dem Moment, WO ich mich gegen ETWAS anderes positionIERE, gebe ich dem natürlich auch noch mal zusätzlich eine Bühne. [...] Auch wenn ich sie versuche, schlechtzureden oder runterzuspielen oder wie auch immer. Aber ich HABE ihnen mehr oder weniger mit MEINER Aussage dann ja auch eine Bühne geboten, indem ich sage, dass es die GIBT und dass da was IST. (B6, S. 268–290)

In einem Fall versucht der Bürgermeister, zwischen Engagierten und Rechtsextremen zu stehen und Konflikte im Ort zu vermeiden: „Und bisher hat unser Bürgermeister immer gesagt, er ist neutral, er hält sich da raus. Er findet das gut, was wir machen, aber durch seine Arbeit muss er ja neutral sein“ (B1, Z. 587–589). Eine weitere befragte Person schildert, dass der Bürgermeister „so einen Satz rausgelassen [hat], wo ich wusste: [...] für ihn ist halt RECHTS- und Linksextremismus genau dasselbe so. Und danach agiert er halt“ (B5, Z. 310–311). Dass die Unterstützung von der jeweiligen Person im Mandat abhängt, zeigt diese Schilderung eines Befragten: Während der ehemalige Bürgermeister auf Kundgebungen sprach, gehen vom Nachfolger weder Interesse noch Unterstützung aus. Unter ihm wurde ferner die Vertretung der Stadt im Bündnis nicht nachbesetzt. In zwei Fällen haben die Kommunalvertreter*innen ihre Zurückhaltung inzwischen abgelegt und beteiligen sich. Ausschlaggebend war das Erkennen der Notwendigkeit und die Überzeugung, hinter der Herangehensweise des Engagements stehen zu können.

⁴ Hinsichtlich der Sinnkonstruktion ist anzumerken, dass die befragte Person selbst kommunale Mandatsträger*in ist. Es ist anzunehmen, dass an dieser Stelle nicht die Perspektive einer engagierten Person, sondern die eines*r Kommunalpolitiker*in vorrangig war.

Die Erfahrungen mit Gremien und Stadtverwaltung sind ähnlich ambivalent. In einem Fall ist der Gemeinderat zur Hälfte mit Rechtsextremen und deren Anhänger*innen besetzt. Eine Einflussnahme durch Anträge wird dadurch erschwert. Zu Beginn ihrer Aktivitäten nutzte die Initiative kommunale Räumlichkeiten. Um jedoch unabhängig von Bürgermeister und Gemeinderat agieren zu können, wurden die Veranstaltungen auf privates Gelände verlegt. In einem anderen Fall erfüllt die Stadtverwaltung zwar rechtliche Ansprüche, etwa das Versammlungsrecht, die befragte Person empfindet die Auflagen jedoch als unverhältnismäßig und beschreibt ein Gefühl der Schikane. Nur eine Person berichtet von einer durchweg guten Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung. Diese beteiligt sich aktiv am Bündnis, leitet Informationen weiter und erteilt notwendige Genehmigungen ohne Verzögerung. Eine Person unterscheidet die Ebene der Gemeinde von der Ebene des Landkreises. Während die Unterstützung durch die Gemeinde durchwachsen ist, handelt der Landkreis aktiv. Wenn möglich, verbieten sie angemeldete Veranstaltungen des Rechtsextremen, nutzen das Vorkaufsrecht, um einen weiteren Immobilienkauf zu verhindern, und haben im Rahmen eines Landesprogramms eine Fachstelle für Demokratie und Prävention eingerichtet.

Land/Bund

Vereinzelt sprechen die Befragten über Politik und Verwaltung auf Landes- oder Bundesebene. Meist geht es um den Wunsch der Unterstützung, der konkret an Landtagsabgeordneten und -fraktionsvorsitzende, Innenministerien oder das Bundespräsidialamt adressiert wird. Wie bereits ausgeführt, werden die Anfragen meist erst nach erneuter Nachfrage beantwortet und die Unterstützung bleibt in der Regel aus. Dies wird von einer Person als Ignoranz bewertet. Bei einer zweiten Befragten führt dies zu wachsender Frustration über Politik.

Parteien

Vier Befragte thematisieren Parteien und deren Verhalten gegenüber Rechtsextremismus sowie das Verhältnis zum zivilgesellschaftlichen Engagement. Unterstützung kommt demnach eher von den Parteien Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Diese loben das Engagement und beteiligen sich an Demonstrationen. Sofern vor Ort vertreten, beteiligen sie sich an den Bündnissen der untersuchten Fälle. Die Erwartungen die Unionsparteien sind niedriger. In einem Fall blieb die Anfrage zur Beteiligung unbeantwortet; in einem anderen Fall wurde der Initiative die Nähe zur SPD vorgeworfen und sie aufgrund dessen nicht unterstützt. In einem Bündnis ist die CDU inzwischen aktiv, jedoch erst nachdem dieses bereits

erfolgreich agierte und in der Öffentlichkeit auf breite Zustimmung stieß. Nach Ansicht der befragten Person ist dies auf Machtinteressen zurückzuführen: „Und im Bündnis SELBER sind ALLE PARTEIEN. [...] Und zwar DESwegen schon, weil sie nicht zu sich sagen lassen: ‚Ah, die eine Partei kommt. Nein, wir wollen auch mitreden‘“ (B4, Z. 262–265). AfD und NPD werden von allen Befragten als inhaltlich konträr betrachtet und für eine Kooperation ausgeschlossen.

Medien

Die Rolle der Medien und deren Berichterstattung ist ambivalent. Zunächst dienen Berichte über rechtsextreme Aktivitäten der Rechtfertigung des Engagements. Wie zuvor ausgeführt, kann positive Berichterstattung über das Engagement zu dessen Seriosität beitragen. Eine Befragte gibt zu bedenken, dass dabei Namen und Bilder veröffentlicht und an Rechtsextreme preisgegeben werden. Bisweilen wird Rechtsextremen Raum in den Medien geboten. Beispielsweise brachte eine regionale Tageszeitung ein Interview mit einem Rechtsextremen, um ein Gleichgewicht zu einem Artikel über das örtliche Engagement herzustellen. In einer anderen regionalen Tageszeitung wird regelmäßig und trotz Hinweise der Engagierten die Werbeanzeige eines Rechtsextremen für sein Dienstleistungsunternehmen gedruckt. Ferner wird über viele rechtsextreme Aktivitäten in den gängigen Medien nicht berichtet, etwa über das Wehrsportwochenende einer rechtsextremen Jugendorganisation vor Ort. Diese Informationen finden sich vielmehr bei antifaschistischen Zeitungen und Diensten.

Vier Befragte sprechen darüber, dass sie Medien als Instrument nutzen. Sie versuchen, mittels Pressemitteilungen, Statements und Berichten über ihre Aktivitäten eine größere Öffentlichkeit herzustellen. Ferner kann auf diese Weise über rechtsextreme Aktivitäten informiert und die Aufmerksamkeit darauf gelenkt werden. Wie zuvor dargelegt, betrachtet eine Befragte die Berichterstattung als Schutz vor Angriffen. Drei Befragten pflegen aktiv Kontakte zu Journalist*innen und beschreiben eine durchweg positive Berichterstattung. Diese erscheinen in regionalem und überregionalem Zeitungen, im öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehen sowie auf Webseiten.

Polizei

Die Polizei erfüllt für viele Befragte vor allem eine Schutzfunktion. Sie wird im Vorfeld von den Engagierten informiert und zeigt bei Veranstaltungen durch eine höhere Frequenz des Streifendienstes oder das Abstellen von Beamten Präsenz. Insbesondere im Aufeinandertreffen von Engagierten und Rechtsextremen, etwa bei Demonstrationen

und Gegenprotesten wird eine besondere Brisanz gesehen. Bisweilen wird der Kontakt zur Polizei als nah und informell beschrieben. In einem Fall stieg die Anerkennung durch Polizei, nachdem deutlich wurde, dass die Engagierten Gewalt ablehnen. In einem Fall wird beschrieben, wie die Polizei aktiv gegen Rechtsextremismus vorgeht: Die Einheiten zu rechtsextremen Personen wurden erweitert und eine Stelle eingerichtet, die Aufklärung und Prävention zum Ziel hat und eng mit dem Landkreis zusammenarbeitet.

Vereine und Freiwillige Feuerwehr

In vier Interviews wird über die Rolle von Vereinen gesprochen, die einerseits ein Feld der Rechtsextremen und andererseits Kooperationspartner*innen der Engagierten sind.

So bieten Vereine einen Ort, an dem Rechtsextreme – zunächst von Politik unabhängig – Anschluss finden. Rechtsextreme übernehmen teilweise verantwortungsvolle und richtungsweisende Aufgaben und nutzen Vereine als Räume, um ihre Ideologie zu verbreiten: „der Nazi [...] stand in der Mitte und die anderen Feuerwehrleute drum herum und er hat da Reden gehalten. [...] Der WEHRführer war NICHT DA. Und der Nazi hatte das Sagen, ja?“ (B1, Z. 593–596). In einem Fall wurde das Sportlerheim für eine rechtsextreme Feier mit Konzert genutzt. In einem anderen Fall haben sich die Vereinsmitglieder mit dem Rechtsextremen solidarisiert. Ein Ausschluss wird in zwei Fällen nicht erreicht. Die Vereinsvorsitzenden kannten die Einstellung der Person nicht und tolerieren bzw. leugnen die Umstände anschließend. Der involvierte Landesverband verwies darauf, es sei „juristisch so schwer, den rauszuschmeißen“ (B4, Pos. 195). Ein Verein wiederum änderte seine Satzung, um sich gegen Rechtsextreme zu schützen.

Einige Vereine kooperieren mit den Zusammenschlüssen und beteiligen sich an deren Veranstaltungen. Eine befragte Person beschreibt, dass diese Verwobenheit „in dieses Vereinsleben hier“ (B2, Z. 416) in einem Zwang enden kann, Erwartungen erfüllen und alle Vereine unterstützen zu müssen. Zu Konflikten kann es kommen, wenn andere Vereine weniger politische und mediale Aufmerksamkeit und Ressourcen erhalten und sich das Gefühle einer schlechteren Behandlung und Neid einstellen.

5 Diskussion

Die dargestellten Ergebnisse werden in Abschnitt 5.1 zusammengefasst und in Rückbezug zur Theorie sowie durch eigene logische Überlegungen interpretiert, um abschließend die übergreifende Fragestellung nach Herausforderungen für zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus in ländlichen Räumen zu beantworten. Die

darauf basierenden Entwicklungserfordernisse werden in Abschnitt 5.2 ausgeführt. Abschnitt 5.3 dient der Reflexion des Forschungsprozesses sowie der Erörterung der Studiengüte und Limitationen.

5.1 Interpretation der Forschungsergebnisse

Die Reihenfolge der Diskussion orientiert sich an der Ergebnisdarstellung. Zunächst werden die ländlichen Räume sowie rechtsextremen Phänomene diskutiert, gefolgt von Erkenntnissen zum Engagement sowie weiteren Akteur*innen in diesem Kontext.

Die Schilderungen der Befragten zu ländlichen Räumen decken sich mit den Ausführungen in den Abschnitten 2.1 und 2.2.2. Demnach werden sie aufgrund großer, günstiger und abgeschieden gelegener Immobilien sowie des nicht zu erwartenden Gegenprotests als idealer Rückzugsort für Rechtsextreme identifiziert. Die dörfliche Demografie beschreiben die Befragten als durch Homogenität und der Abwanderung besser gebildeter Menschen geprägt. Die Dorfjugend hat eine überschaubare Größe von häufig nur einer Clique. Die Unmittelbarkeit und vielfachen Nahbeziehungen innerhalb des Ortes wirken sich unterschiedlich aus. Dieses Gefüge bringt schnelle Kontaktmöglichkeiten mit sich, die sowohl von den Zusammenschlüssen als auch den Rechtsextremen genutzt werden, um für ihre Sache zu werben und Einfluss zu nehmen. Gleichzeitig kann es die Abgrenzung zu anderen Menschen im Ort erschweren. Eine Erkenntnis dieser Untersuchung, die aus der Literatur so nicht hervorgeht, ist, dass nicht alle Einwohner*innen gleichwertig zugehörig sind. Die Merkmale zugezogen/alteingesessen bzw. ostdeutsch/westdeutsch können zur Ausgrenzung führen. Die beschriebene Nähe erhöht ferner das Risiko unmittelbarer Konfrontationen zwischen Engagierten und Rechtsextremen.

Städten werden eine größere Pluralität und stärkere Politisierung nachgesagt. Sie symbolisieren einen sicheren Raum für Linke und Antifaschist*innen, in denen diese wenige Berührungspunkte zu Rechtsextremismus haben (analog zur antifaschistischen Perspektive in 2.3.3). Dagegen sehen sich die Befragten in ländlichen Räumen in der Unterzahl. Urbane Räume haben eine thematische Strahlkraft, die als Bereicherung und gleichzeitig Konkurrenz der Angebote gesehen wird. Dabei sind Überschneidungen zwischen Stadt und Land nicht die Regel, sondern entstehen durch das Engagement, Förderung und Vernetzung. Hierin liegt größeres Potenzial. Inwiefern in Städten lebende Menschen die Arbeit der Zusammenschlüsse in ländlichen Räumen unterstützen können, wird in antifaschistischen Kreisen diskutiert (vgl. Deycke & Isele, 2018). Diese Frage sollte breiter aufgegriffen werden, da Rechtsextremismus nicht bloß ein Phänomen ländlicher Räume ist, sondern gesamtgesellschaftliche Auswirkungen und Folgen hat.

Die rechtsextremen Phänomene dieser Untersuchung lassen sich wie folgt zusammenfassen: In vier Fällen gibt es etablierte regionale Strukturen. Sie manifestieren sich durch dort lebende Schlüsselpersonen sowie rechtsextreme Gruppierungen, Häuser und Infrastruktur. Davon sind in mindestens einem Fall die Strukturen so ausgebaut, dass von einer „rechtsextremen Modellregion“ nach Borstel und Luzar (2016, S. 46, vgl. 2.2.2) gesprochen werden kann. Genutzt werden abgelegene und abschirmbare Immobilien für die Ausrichtung bundesweiter Vernetzungstreffen (analog 2.2.2 und 2.2.3) und Städte mit einer besseren Anbindung für öffentlichkeitswirksame Aktionen wie Demonstrationen und Kundgebungen. In zwei Fällen sind einzelne Rechtsextreme kürzlich zugezogen. Der eine setzt die in 2.2.2 und 2.2.3 dargestellte Strategie des „Kümmerer[s]“ (Buchstein & Heinrich, 2010, S. 510) mit Erfolg um; der andere hat diesen Ansatz aufgrund des Widerstands inzwischen aufgegeben und lebt zurückgezogen. Über alle Fälle wird eine Unterscheidung vorgenommen zwischen Anführer*innen, die mächtig und selbstbestimmt handeln, und Anhänger*innen, denen eine Eigeninitiative abgesprochen wird.

Rechtsextreme reagieren auf das Engagement der Befragten sowohl anlassbezogen als auch generell. Vor Veranstaltungen gehen sie in die direkte, öffentliche Konfrontation, verteilen Handzettel, plakatieren oder nutzen den digitalen Raum, um andere von der Teilnahme abzuhalten. Sie diffamieren die Engagierten und stellen sich selbst als Opfer dar. Vor Ort besetzen sie Räumlichkeiten oder stören durch Wortbeiträge. Darüber hinaus observieren sie die Engagierten, veröffentlichen Namenslisten, drohen mit Gewalt oder üben diese aus. Die Bedrohung wird von den Befragten weitestgehend als ernstzunehmend eingeschätzt, führt teilweise zu Angst und stellt den schwerwiegendsten Hinderungsgrund für potenzielle Engagierte dar. Zu den Vorkehrungen gehört die Risikoabschätzung, Schutzkonzepte bei Veranstaltungen (Ordner*innen, Sicherheitsdienst, Zusammenarbeit Polizei, Awareness, Schutz für Gäste) und persönliche Maßnahmen (Vermeidung von Orten, selektive Preisgabe eigener Daten).

Dies ist in zweierlei Hinsicht relevant: Erstens ist diese Perspektive in der Literatur kaum beleuchtet. Es ist nicht wissenschaftlich erfasst, welchen Umfang und Ausgestaltung die Repression hat, mit der Rechtsextreme auf zivilgesellschaftliches Engagement – allgemein und insbesondere in ländlichen Räumen – reagieren. Der Fokus liegt entweder auf der allgemeinen Gewaltausübung oder dem Umgang mit Gewalt durch die Zivilgesellschaft. Letzterem werden in der knapp 150-seitigen Handreichung *Gemeinsam handeln: Für Demokratie in unserem Gemeinwesen!* lediglich drei Seiten eingeräumt (vgl. AAFS & BBE, 2015, S. 42 f., 78 f.). Insofern könnte in zukünftigen Untersuchungen gefragt werden, welche Formen und Ausmaß der Bedrohung und Gewalt die Engagierten erleben, welche Folgen dies hat, wie sie sich schützen und welche Hilfen sie bekommen. Zweitens wird die Anwendung von Gewalt zwar von einigen Extremist*innen befürwortet,

gerade in ländlichen Räumen steht sie jedoch der Normalisierung entgegen und wird entsprechend vermieden, wie Buchstein und Heinrich (2010) festgestellt haben. Da sie in einigen der untersuchten Fälle dennoch zum Tragen kommt, ist nach der Genese der Gewalt zu fragen. Es ist zu klären, ob sie strategisch ist oder es sich um die Abweichungen einzelner Personen handelt. Darüber hinaus können sich die Engagierten die Erkenntnisse von Buchstein und Heinrich (2010) zu Nutze machen: Indem sie die Gewalt publik machen, können sie Betroffenheit auslösen, die „Nicht-Beachtung und Marginalisierung überwinden“ (ebd., S. 509) und mehr Menschen mobilisieren.

Im Weiteren werden die Ergebnisse zum Engagement selbst diskutiert. Alle untersuchten Fälle sind lokal verankert und erfüllen „eine wesentliche Erfolgsbedingung“ (Buchstein & Heinrich, 2010, S. 513). Die demokratische Selbstwahrnehmung der Befragten entspricht dem theoretischen Verständnis in Abschnitt 2.3.1. Als förderliche Eigenschaften gelten intrinsische Überzeugung, Einsatzbereitschaft, Beharrlichkeit, Aufgeschlossenheit und die Bereitschaft, in der Öffentlichkeit aufzutreten. Als wesentliche Motivation der Befragten kann der Erhalt der Demokratie zusammengefasst werden. Dieses Verständnis kann etwa nach R. Becker (2017, S. 99 f.) stärker motivierend wirken als die bloße Konzentration auf die Abwehr rechtsextremer Erscheinungsformen. Primärer Impuls des Tätigwerdens ist das Auftreten eines neuen rechtsextremen Phänomens kombiniert mit Untätigkeit der kommunalen Politik. Da der Erkenntnisgewinn zu diesen individuellen Faktoren nicht vordergründiges Ziel der Untersuchung war, wurde der diesbezügliche Forschungsstand in Kapitel 2 nicht ausgebreitet. Entsprechend können die Ergebnisse an dieser Stelle nicht rückbezogen werden. Um zu verstehen, wie individuelles Engagement besser gefördert werden kann, scheint die genauere Betrachtung der Selbstwahrnehmung, Eigenschaften, Motivation und Impulse der Personen im Untersuchungsfeld interessant. Darüber hinaus wurde in dieser Untersuchung keine demografischen Merkmale der Befragten erhoben. Eine weiterführende quantitative Studie könnte Aufschluss geben, welche Menschen sich in diesem Feld engagieren und inwiefern sich die Ungleichheiten des gesamten Engagementbereichs (vgl. 2.3.2) wiederholen. Da nur in zwei Fällen bewusst intersektional agiert wird und ansonsten Personen eher zufällig angesprochen werden bzw. den Weg in die Zusammenschlüsse finden, kann vermutet werden, dass keine umfängliche Teilhabe gegeben ist.

Die Zusammenschlüsse unterscheiden sich in Größe, Konstellation, Organisation und Finanzierung. Hier bestätigt sich die in 2.3.3 veranschaulichte Vielfalt. Zusätzliche Erkenntnisse sind:

- Die Vereinsform wird einerseits als starr und administrativ aufwändig empfunden, andererseits bietet sie Haftungssicherung und die Möglichkeit, Fördergelder zu beantragen.

- Es wird deutlich, dass die Engagierten unterschiedlich stark Verantwortung übernehmen und Zeit einbringen. Teilweise gibt es explizite Ämter des Vorstands bzw. des*der Sprecher*in. Weiter wird zum Teil organisatorisch zwischen einem inneren Kreis und einem Netz an Unterstützer*innen unterschieden.
- Die Finanzierung erfolgt häufig zunächst privat und anschließend über Förder- und Preisgelder sowie Spenden. Eigene Räumlichkeiten sind von Vorteil, um private Anschriften zu schützen, vertrauliche Inhalte zu besprechen und diese als Lager zu nutzen. Die Finanzierung wird in keinem der Fälle explizit als Herausforderung genannt. Zwar ist der Zugang zu Geldern nützlich, jedoch scheint dies nicht der entscheidende Faktor erfolgreichen Engagements zu sein.

Die Ziele und Mittel wurden im Ergebnisteil unter die Oberziele *Einflussnahme auf den öffentlichen Diskurs* und *Begrenzung rechtsextremer Akteur*innen und Aktivitäten* eingeteilt. Es handelt sich also um Beiträge zu Prävention und Intervention (Koch, 2017, S. 110). Die Ergebnisse sind in Tabelle 1 auf der Folgeseite zusammengefasst.

Es wird deutlich, dass die Aktivitäten breit gefächert sind. Sie sind – analog Stimpel und Olk (2012, S. 41) in 2.3.3 – auf die jeweilige Lage vor Ort angepasst und spiegeln die Fähigkeiten und Kapazitäten der Zusammenschlüsse wider. Erfolgsfaktoren für wirksame Aktivitäten sind Abwechslungsreichtum und die aktive Einbindung der Menschen vor Ort. In den direkten Kontakt gelangen einige Befragte besser als andere. Die Gründe dafür bleiben unklar. Möglicherweise bestätigen sich hier die Erkenntnisse von Buchstein und Heinrich (2010) bzw. Hafenegger und R. Becker (2008). Demnach würde das Engagement als innerer bzw. als von außen hineingetragener Störfaktor in der sonst homogenen Gemeinschaft betrachtet und folglich abgelehnt. Als herausfordernd wird empfunden, die erforderliche Kontinuität der Aktivitäten zu gewährleisten.

Generell wird das Engagement als zeitintensiv, langfristig und kräftezehrend beschrieben. Es aufrechtzuerhalten, benötigt Durchhaltevermögen und Beständigkeit (als Eigenschaft und in der Ausführung des Engagements), Motivation und eine gute individuelle Zusammenarbeit in der Gruppe. Diese wird gefördert durch eine aktive Beteiligung und Verbindlichkeit der Mitglieder sowie Spaß, Wohlbefinden, Vertrauen und Kommunikation in der Gruppe. Durch Erfahrungs- und Wissensakkumulation fallen, wie auch in 2.3.3 beschrieben, Abläufe mit der Zeit leichter.

Tabelle 1: Ziele und Mittel des zivilgesellschaftlichen Engagements

Oberziel	Einfluss auf den öffentlichen Diskurs	Begrenzung rechtsextremer Akteur*innen und Aktivitäten
	Prävention	Intervention
Ziele	<ul style="list-style-type: none"> • Aufklärung und Bildungsarbeit • Austausch ermöglichen • Zur Meinungsbildung anregen • Menschen einbeziehen 	<ul style="list-style-type: none"> • Räume entziehen • Einfluss verringern • Leerstellen füllen • Widerstand leisten • Akteur*innen und Aktivitäten beobachten • Informationen sammeln
Mittel	<ul style="list-style-type: none"> • Öffentliche Positionierung (Banner, Plakate, Interviews, Pressemitteilungen) • Veranstaltungen (hohe Zugänglichkeit, Vielfältige Gestaltung und Beteiligung anderer) • Information (Infomaterial/-stände, Plakate, Hausbriefe, online) • Direkter Kontakt (Einbezug in Aktionen, Gespräche) • Bildungsarbeit (Vorträge, Diskussionen, Filme, Stadtrundgang) • Gestaltung soziokultureller Räume (Schaffung von Orten, Einbindung örtliche Betriebe) • Politische Einflussnahme (Aufklärungs-/Lobbyarbeit, Aufforderung zum Handeln) auf Kommune, Land, Bund und zivilgesellschaftliche Institutionen 	<ul style="list-style-type: none"> • Gegenprotest zu allen Anlässen (Kundgebung, Demonstration, Petitionen, Unterschriftenaktion) • typisch rechten Raum entziehen durch eigene Aktivitäten • Beobachtung physisch und im digitalen Raum • Druckausübung • Weitergabe von Informationen

Als Herausforderung wird in allen Interviews die Gefahr des Burnouts thematisiert. Die Folge wären Ausfälle und Verlust von Wissen und Strukturen. Dies wurde in der Literatur für zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus nicht antizipiert. Es ist bisher wissenschaftlich und politisch nicht ausreichend berücksichtigt, wie strapaziös, langwierig und bisweilen gefährlich das Engagement sein. Die vorliegende Arbeit trägt dazu bei, diese Herausforderung genauer zu beschreiben. Als *Activist Burnout* ist dieses Phänomen in antirassistischen Bewegungen und im Klimaaktivismus bekannt und wird entsprechend diskutiert (vgl. Macha & Adelman, 2022; Gorski & Erakat, 2019). Laut den Befragten ist zur individuellen Vorbeugung ein Bewusstsein für die eigenen Kräfte und Grenzen, regelmäßige Pausen und psychische Regeneration notwendig. Ferner sollten sich die Zusammenschlüsse auf Kernziele und -aktivitäten fokussieren und bei Möglichkeit Synergien mit anderen Akteur*innen nutzen. Ein politisches Signal wird mit dem Beschluss des Demokratiefördergesetzes gesendet. Inwiefern die Bedarfe des Engagements selbst darin berücksichtigt werden, bleibt bis zur endgültigen Fassung abzuwarten.

Entlastung kann außerdem die personenmäßige Erweiterung des Zusammenschlusses bringen. Die vorgelebte Begeisterung oder eine neu gewonnene Überzeugung der Notwendigkeit (etwa nach vorheriger Verharmlosung, wie in 2.2.2 beschrieben) können impulsgebend sein. Die Mobilisierung neuer Engagierter wird jedoch als herausfordernd beschrieben. Dies steht im Widerspruch zur ansonsten größeren Engagementbereitschaft in ländlichen Räumen (vgl. 2.3.2) und ist vermutlich themengeschuldet. Bedeutendster Hinderungsgrund ist die Angst vor Angriffen oder sonstiger Repression durch Rechtsextreme, aber auch vor Verurteilung und Ausgrenzung im Ort. Dazu kommt die anfängliche Skepsis über die Ausgestaltung des Engagements, fehlende Kapazitäten (analog 2.3.2) und eine generelle Entpolitisierung (vgl. 2.2.2). Sobald neue Engagierte gewonnen wurden, ist Wissensmanagement von zentraler Bedeutung.

Ihre Vernetzung und Zusammenarbeit mit jeglichen demokratischen Akteur*innen hat den Zweck des Erfahrungs- und Wissensaustauschs, des Rückhalts und der Reflexion, aber auch der Erfüllung von Konventionen und Reziprozität. Nicht immer findet die Begegnung von Anfang an auf Augenhöhe statt, sondern ist von Skepsis geprägt. Diese legt sich, sobald die Verfassungskonformität des Engagements deutlich wird. Kontakte werden von Schlüsselpersonen in die Zusammenschlüsse eingebracht oder im Rahmen des Engagements aufgebaut. Vernetzung wird ein hoher Stellenwert eingeräumt. Dies zeigt sich gleichermaßen beim Blick auf die Zielsetzung der Förderprogramme und Beratungen. Da es in ländlichen Räumen wenig ähnlich gelagerte Projekte gibt, ist die Vernetzung der bestehenden umso wichtiger.

Beratung wird als nützlich und stärkend empfunden. In allen untersuchten Fällen kam die Zusammenarbeit auf Initiative der Zusammenschlüsse zustande. Die Berater*innen werden als Expert*innen für die rechtsextreme Szene angesehen, die ihre Ressourcen aus der Hauptberuflichkeit ziehen können. Es zeigt sich, wie wichtig diese Institution ist, in der Expertise gesammelt und verfügbar gemacht wird. Eine Verstärkung der Finanzierung wird daher seit langem gefordert und ist basierend auf den Erkenntnissen dieser Untersuchung zu befürworten. Beratungsinhalte sind (wie bei Wenzler et al. (2019) in 2.3.4) Gründungs- und Gruppenprozesse, Kommunikation, Vermittlung von Handlungswissen und Wissen zu rechtsextremen Strukturen und Strategien sowie Vernetzung. Die geschulte Wahrnehmung und Wortwahl der Befragten in den Interviews sowie hohe Handlungskompetenz dürften auch auf die Beratung zurückzuführen sein.

Die Haltung der übrigen Menschen vor Ort zum Engagement unterscheidet sich in eine grundlegende Anerkennung der Seriosität und darüber hinaus in Unterstützung, Ambivalenz und Ablehnung:

- Förderlich für die Anerkennung als seriöse*r Akteur*in sind Beständigkeit, weitreichende Aktivitäten, Legitimation durch positive Medienberichte, Kooperation mit angesehenen Akteur*innen, der individuelle Bekanntheitsgrad der Engagierten sowie Bürgerlichkeit, Gewaltfreiheit und anerkannte Notwendigkeit.
- Unterstützung drückt sich in verbaler Befürwortung oder physischer Teilnahme sowie finanziell aus.
- Ambivalenz zeigt sich in dem Wunsch, einen neutralen Standpunkt einnehmen zu können, und dem Vorwurf der Störung des Miteinanders und der Spaltung der dörflichen Gemeinschaft. Hier tritt die von Buchstein und Heinrich (2010) und in 2.2.2 beschriebene Konfliktvermeidung zu Tage.
- Ablehnung wird damit begründet, dass Engagement agiere zu radikal und die Politisierung der Thematik sei übertrieben. Hier zeigt sich erneut die in 2.2.2 beschriebene Verharmlosung. Darüber hinaus wird deutlich, dass zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus Vorurteilen begegnet und mit Radikalität und Gewalt assoziiert wird.

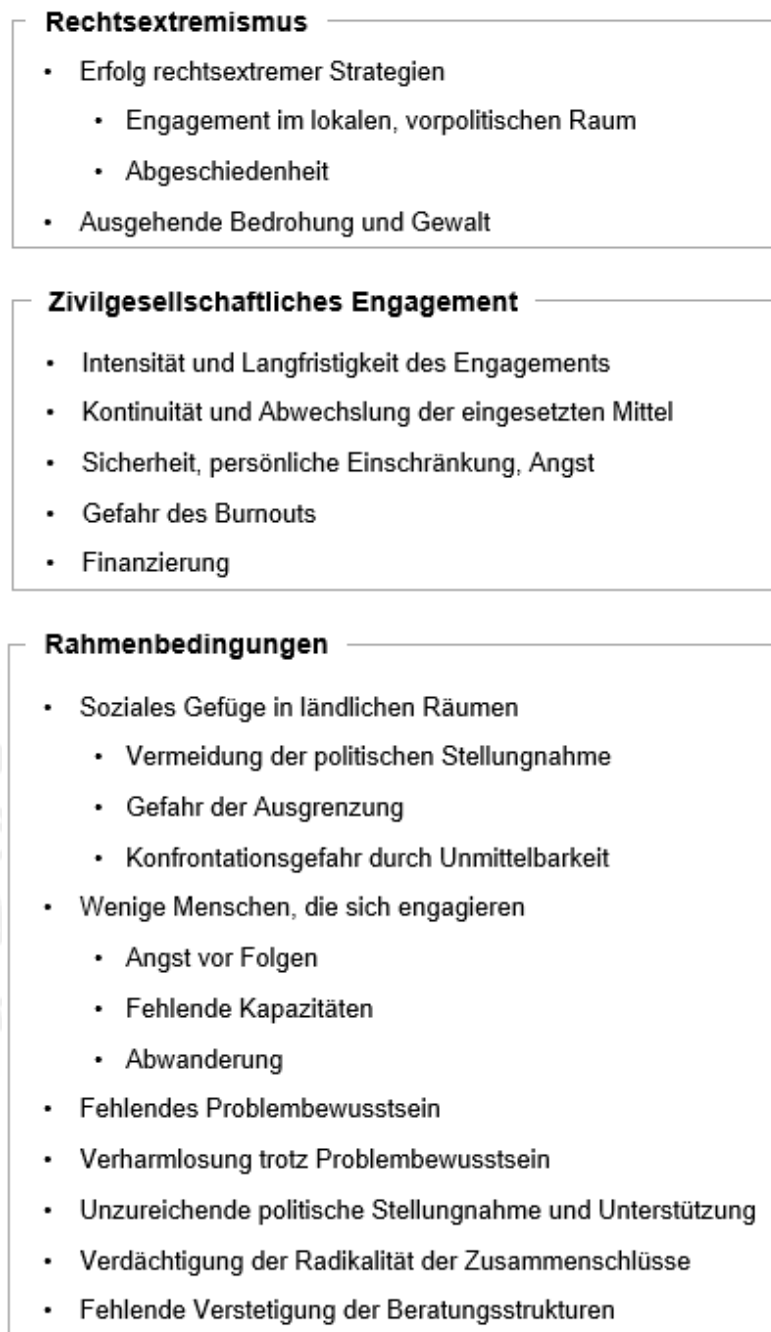
Hingegen werden Rechtsextreme aufgrund fehlender Betroffenheit und unzureichender Politisierung indifferent betrachtet und nur bei unmittelbarer Gefahr abgelehnt. Hier bestätigen sich die Ausführungen in 2.2.2. Die Reaktionen der Einwohner*innen lassen sich in die von Buchstein und Heinrich (2010) beschriebenen Konstellationen einordnen. Beispielsweise werden Zusammenkünfte von Rechtsextremen von außen, z. B. bei Demonstrationen, und aggressives Auftreten, z. B. der gegründeten Bürgerwehr, abgelehnt und kritisiert. Seriöses, bürgerliches Auftreten integrierter Personen hingegen erschwert die Abgrenzung. Die Stellungnahme bleibt aus und die „Schweigespирale“ (ebd., S. 510)

setzt ein. Einige Menschen solidarisieren sich oder unterstützen Rechtsextreme gar, was die in 2.2.2 beschriebene Anschlussfähigkeit verdeutlicht.

Hinsichtlich Politik und Verwaltung wird Zusammenarbeit und Unterstützung als wichtig erachtet; in der Realität ist dies nicht durchweg gegeben. Die Kommunalpolitik fühlt sich nicht zuständig, zeigt sich zurückhaltend, abwartend bis hin zu ignorierend und reagiert erst, wenn keine andere Möglichkeit bleibt. Das Verständnis von Rechtsextremismus scheint nicht ausreichend ausgeprägt zu sein bzw. die Problematik wird auch hier verharmlost. Die inzwischen kommunalpolitisch tätige befragte Person eröffnet einen Einblick in mögliche Gründe: Das Thema werde deswegen nicht thematisiert, um Rechtsextremen keine zusätzliche Plattform zu geben. Eine solche Haltung wäre brandgefährlich. Bisherige Forschung zeigt eindeutig, wie wichtig die lokalpolitische Stellungnahme und ein breites Bündnis für die Durchsetzung des Engagements sind (vgl. etwa Buchstein & Heinrich, 2010, S. 514 f.). In der Folge fehlender Unterstützung wird das Engagement erschwert und die Engagierten ziehen sich aus kommunalen Räumen und der Zusammenarbeit zurück. Ebenso wenig Rückmeldung und Unterstützung kommt von Ländern und Bund, was zu Frustration der Engagierten führt. In der Zusammenarbeit mit Parteien zeigt sich, dass diese mit SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gut funktioniert und mit den Unionsparteien die Erfahrungen eher durchwachsen sind. Meist stehen Machtinteressen und Parteirivalitäten dem eigentlichen Ziel im Weg. Die fehlende uneingeschränkte Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements durch die Politik ist angesichts der ohnehin großen Belastung kritisch zu sehen.

Sonstige Akteur*innen sind Medien, Polizei und andere lokale Vereine. Die Rolle der Medien wird als ambivalent beschrieben. Durch Berichterstattung über das Engagement wird Aufmerksamkeit erzeugt, aber auch Informationen zu den Engagierten veröffentlicht. Teilweise grenzen sich Medien nicht ausreichend von Rechtsextremen ab, etwa wenn sie Interviews oder deren privatwirtschaftliche Werbung drucken. Detaillierte Recherchen zu rechtsextremen Aktivitäten werden weniger von gängigen Medien als z. B. von antifaschistischen Diensten durchgeführt. Medien werden als Instrument angesehen, Öffentlichkeit herzustellen und Schutz vor Angriffen zu bieten. Die Polizei ist eher randständiger Inhalt der Interviews. Ihr wird in erster Linie eine Schutzfunktion zugesprochen, in einem Fall ist sie selbst gegen rechtsextreme Phänomene aktiv. Vereine werden in den Interviews mit den Ausführungen in 2.2.2 übereinstimmend als rechtsextremes Aktionsfeld dargestellt. Rechtsextreme finden hier Anschluss im vorpolitischen Raum, verbreiten ihre Ideologie und nutzen die Räumlichkeiten für eigene Zusammenkünfte. Vorsitzende und Verbände handeln selten, etwa mit dem Verweis auf fehlende juristische Grundlage. Gleichzeitig sind Vereine Kooperationspartner des Engagements und positionieren sich etwa durch Satzungsänderung klar gegen Demokratiefeindlichkeit.

Die vorstehend diskutierten Herausforderungen sind abschließend in Abbildung 3 zusammengefasst.



*Abbildung 3: Zusammenfassung der Herausforderungen.
Quelle: Eigene Darstellung.*

Es ist davon auszugehen, dass die meisten Herausforderungen auf zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus in nicht-ländlichen Räumen ebenso zutreffen. Ein expliziter Zusammenhang zu ländlichen Räumen ist ausschließlich bei den spezifischen rechtsextremen Strategien, den Herausforderungen aufgrund des sozialen Gefüges und der geringen Anzahl an Menschen, die sich engagieren können, ersichtlich.

5.2 Entwicklungserfordernisse

Basierend auf den bisherigen Erkenntnissen werden im Folgenden Handlungsempfehlungen für zivilgesellschaftliches Engagement und Politik sowie Überlegungen für weiterführende Forschung aufgezeigt. Der Abschnitt schließt mit einer analytischen Kritik zum Forschungsgegenstand.

Handlungsempfehlungen für Praxis und Politik

Da zivilgesellschaftliches Engagement sich in der Ausgestaltung auf die jeweilige Lage vor Ort ausrichten sollte, sind konkrete Handlungsempfehlung an dieser Stelle nicht ziel führend. Jedoch lassen sich drei allgemeine Hinweise aus der Untersuchung ableiten.

Erstens sollten die engagierten Personen einen konstruktiven Umgang mit der Anstrengung des Engagements und den verbundenen Emotionen etablieren, um einen Burnout zu vermeiden. Selbstfürsorge und Selbstreflexion sollten feste Bestandteile eines nachhaltigen Engagements darstellen. Bei der Umsetzung könnten sich die Engagierten an den Erkenntnissen aus antirassistischen Bewegungen und dem Klimaaktivismus orientieren, die mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert sind. Neben individuellen Maßnahmen der Selbstfürsorge können beispielsweise geschützte Räume geschaffen werden, die den Austausch über Emotionen und Belastungen ermöglichen.

Zweitens sollte die Vernetzung zwischen ländlichen Räumen und Städten ausgeweitet und die Unterstützung lokaler Zusammenschlüsse aus urbanen Räumen weitergedacht werden. Bei der individuellen Umsetzung muss darauf geachtet werden, dass es nicht als Einmischung von außen empfunden wird. Auf diese Weise könnte der Herausforderung, dass nur wenige Menschen sich engagieren, begegnet werden.

Schließlich sollten die Zusammenschlüsse in ihrer Aufklärungsarbeit das Ausmaß rechtsextremer Gewalt (stärker) öffentlich machen. Dieser Aspekt scheint in ländlichen Räumen ausschlaggebend zu sein, damit sich Betroffenheit und Handlungsbereitschaft einstellen. Die Dokumentation und Veröffentlichung der rechtsextremen Aktivitäten in einem Jahresrückblick an alle Haushalte stellen eine mögliche Strategie dar.

Die Kommunalpolitik ist zu einer eindeutigen Stellungnahme aufgefordert. Es muss klar sein, dass es in der Auseinandersetzung mit verfassungsfeindlichen Akteur*innen keine neutrale Position geben kann. Sicherlich sind die Konsequenzen nicht zu unterschätzen, im Schutz der Demokratie ist Zögerlichkeit jedoch folgenschwer. Konkrete Maßnahmen sind die Unterstützung durch Teilnahme an Veranstaltungen der Zusammenschlüsse, gemeinsame Pressemitteilungen, Beteiligung an den Bündnissen oder die Umsetzung von Demokratieförderprojekten.

Es ist deutlich geworden, wie kräftezehrend demokratiestärkendes Engagement ist. Insofern muss bestehendes Engagement durch den Gesetzgeber weiter unterstützt werden. Das gelingt erstens durch die Verstetigung hauptamtlicher Strukturen. Zweitens sollten Schutz und Sicherheit der Engagierten mehr Beachtung geschenkt und politische Lösungen gefunden werden. Denkbar wäre die Bereitstellung von Schutzvorkehrungen, kostenfreier Zugang zu rechtlicher Beratung und eine stärkere Beobachtung der rechts-extremen Akteur*innen sowie deren Aktivitäten durch Polizei und Staat.

Zukünftige Forschung

Um das Verständnis von zivilgesellschaftlichem Engagement gegen Rechtsextremismus in ländlichen Räumen zu verbessern, sollten folgende Aspekte in zukünftigen Forschungsarbeiten genauer untersucht werden.

Erstens empfiehlt es sich, eine detaillierte Kartografie des Engagements durchzuführen. Eine solche Untersuchung könnte die Anzahl der Zusammenschlüsse, ihre geografische Verteilung, Organisationsformen, Größe und Aktivitäten erfassen. Durch eine systematische Analyse dieser Informationen können Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Strukturen und Aktivitäten identifiziert und zukünftige Förderprogramme gezielter ausgerichtet werden. In diesem Zusammenhang könnte eine quantitative Studie erfolgen, um Aufschluss über die Gewichtung der vorliegenden Herausforderungen zu erlangen.

Eine weitere Empfehlung besteht darin, Selbstwahrnehmung, Eigenschaften, Auslöser und Motivation sowie demografische Merkmale der Engagierten zu untersuchen. Die Ergebnisse könnten mit Erkenntnissen der Engagementforschung verglichen werden. Dies würde ein tieferes Verständnis der Profile der Engagierten ermöglichen und eventuelle Ausschlusskriterien aufzeigen. Ausgehend von den Erkenntnissen einer solchen Untersuchung können Ansätze entwickelt werden, um umfangreichere Teilhabechancen zu ermöglichen sowie durch breitere Mobilisierung das Engagement zu stärken.

Des Weiteren sollte das Ausmaß der Bedrohung und Gewalt durch Rechtsextreme gegen zivilgesellschaftliches Engagement in ländlichen Räumen untersucht werden. Die Studie sollte nicht nur deren physischen und psychischen Folgen erfassen, sondern auch Vorkehrungen und Hilfsangebote der betroffenen Zusammenschlüsse erheben. Dadurch können nicht nur die Größenordnung bestimmt, sondern auch Maßnahmen zur Prävention und Schutz der Engagierten vor rechtsextremer Gewalt entwickelt werden.

Schließlich sollte die Genese der Gewalt durch Rechtsextreme in ländlichen Räumen untersucht werden. Es könnte überprüft werden, ob die Gewalttaten auf strategische Entscheidungen rechtsextremer Gruppierungen oder auf individuellem Handeln

beruhen. Wenngleich der Zugang zum Feld wohl kaum gegeben sein dürfte, könnte eine solche Analyse Aufschluss geben, inwiefern sich Strategien im Vergleich zur Studie von Buchstein und Heinrich (2010) verändert haben und mögliche Schlussfolgerungen hinsichtlich einer gewachsenen Selbstsicherheit der Rechtsextremen gezogen werden.

Analytische Kritik

Die zunehmende Erwartungshaltung gegenüber zivilgesellschaftlichem Engagement in ländlichen Räumen sowie als demokratiestärkendes Element wurde in dieser Arbeit deutlich (etwa in den von Kessl (2018) ausgeführten Funktionen). Es scheint, als würden ihm die Lösung gesellschaftspolitischer Herausforderungen übertragen, während der Staat sich zunehmend zurückzieht. Darin besteht jedoch die Gefahr, dass zivilgesellschaftliches Engagement idealisiert und übermäßig in die Verantwortung genommen wird (siehe dazu auch Eckes et al., 2019, S. 16; Kleiner & Klärner, 2019, S. 5).

Insofern ist es notwendig, die Frage nach Grenzen des zivilgesellschaftlichen Engagements zu stellen. So ist es etwa nicht realistisch zu erwarten, es könne in ländlichen Räumen allein Widerstand gegen Rechtsextremismus leisten und eine positives Zukunftsbild entwerfen. Diese Aufgaben erfordern einen umfassenderen Ansatz staatlicher Maßnahmen und politischer Gestaltung. Die Frage nach den Verantwortlichkeiten von Staat und Zivilgesellschaft kann hier nicht beantwortet werden, sondern muss als Teil einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung diskutiert werden.

5.3 Forschungsprozess, Studiengüte und Limitationen

Hilfreich für den Forschungsprozess war die Unterstützung der Mitarbeiter*innen der Mobilien Beratung, die als Gatekeeper den Kontakt zu drei späteren Interviewpersonen herstellten. Ein Mitarbeiter war darüber hinaus in der Reflexion des Leitfadens behilflich.

Als kritischer Punkt kann rückblickend die Erhebung der Daten betrachtet werden. Die Interviewdurchführung wurde anspruchsvoll, wenn die Befragten entweder sehr aus- und abschweifend sprachen oder abgelenkt waren, sehr knapp antworteten und die Interaktion unterbrochen wurde. Wertvoll waren die Vorbereitung durch entsprechend Lektüre, meine Erfahrung in klient*innenzentrierter Gesprächsführung als Sozialarbeiterin sowie die Erfahrungen aus der Erhebung im Rahmen meiner Bachelorarbeit. Da verwertbares Material erhoben wurde, kann die Durchführung als gelungen bezeichnet werden.

Unerwartet war die Belastung, die von der andauernden Beschäftigung mit Rechtsextremismus und dessen menschenfeindlichen Inhalten ausgeht. In zukünftigen

Untersuchungen zu diesem Thema könnte Supervision oder Peer-Austausch passende und forschungsethisch gegebene Schutzmaßnahmen für Forschende darstellen.

Zur Bewertung der Studiengüte und ihren Limitationen werden die vier Kriterien der Glaubwürdigkeit nach Lincoln und Guba (1985) herangezogen. Sie stellen das Gegenstück zu den quantitativen Gütekriterien der internen und externen Validität, Reliabilität und Objektivität dar (Döring & Bortz, 2016c, S. 106).

Vertrauenswürdigkeit (Credibility) spiegelt die interne Validität, also den Wahrheitsgehalt, der Studie wider (ebd., S. 109). Dafür wurden die eigene Rolle und Vorerfahrungen in Abschnitt 3.2 reflektiert. Weiter fand ein Peer-Debriefing zur deduktiven Festlegung der Hauptkategorien im Rahmen der Thesis-Werkstatt statt. Ein weiterer Austausch zur Ergebnisinterpretation wäre für die Ausprägung der Vertrauenswürdigkeit förderlich gewesen, konnte zeitlich jedoch nicht umgesetzt werden.

Die zentralen Begriffe der Forschung *Ländliche Räume*, *Rechtsextremismus* und *zivilgesellschaftliches Engagement* werden in der Literatur nicht einheitlich verwendet und zum Teil herrscht ein diffuses Verständnis. Insofern wurden dieser Arbeit ausgewählte Definitionen zu Grunde gelegt. Dabei wurde zivilgesellschaftliches Engagement synonym zu bürgerschaftlichem Engagement verstanden, was mancher Ausführung in der Literatur widerspricht. Es hat sich außerdem gezeigt, dass sich das untersuchte Engagement nicht nur gegen Rechtsextremismus nach dem Verständnis dieser Arbeit richtet, sondern auch gegen demokratiefeindliche Phänomene wie Anti-Corona-Demonstrationen oder den Rechtspopulismus der AfD. Weiter wurde in der Fallauswahl die Annahme getroffen, dass der Typ *sehr ländlich/weniger gute sozioökonomische Lage* des Thünen-Instituts am besten strukturschwache, also besonders anfällige Regionen repräsentiert. Da für diese Regionen in der Literatur keine messbaren Kriterien festgehalten sind, kann die Annahme nicht überprüft werden. In allen Fällen setzt sich die begriffliche Unschärfe also fort.

Übliche Verfahren wie die Überprüfung der Rohergebnisse durch die befragten Personen oder die Daten-Triangulation sind im begrenzten Rahmen dieser Arbeit nicht möglich. Weitere Datenquellen hätten etwa Zeitungsberichte oder eigenes Material der Initiativen (Website, Agenda, etc.) sein können.

Übertragbarkeit (Transferability) entspricht dem Kriterium der externen Validität, also der Frage, inwieweit die Ergebnisse auf andere Kontexte übertragen werden können (ebd., S. 109). Sie soll durch die methodologische Transparenz in Kapitel 3, der Beschreibung des Samplings in 3.4.2 und den Fallzusammenfassungen in 4.1 gewährleistet werden.

Aufgrund der Vielfalt ländlicher Räume und der individuellen Konstellationen des zivilgesellschaftlichen Engagements und entsprechenden rechtsextremen Phänomens ist die Übertragbarkeit möglicherweise nur eingeschränkt gegeben. Aus diesem Grund ist eine Verallgemeinerung nicht möglich. Es sollten also die jeweiligen Akteur*innen und Dynamiken sowie die räumlichen Kontextfaktoren berücksichtigt werden, um spezifische Handlungsempfehlungen ableiten zu können.

Ferner wurden vor allem Zusammenschlüsse untersucht, die erfolgreich handeln und in ihrer Konstellation funktionieren. In der Regel treten diese stärker in der Öffentlichkeit zu Tage und sind besser vernetzt, was den Zugang im Rahmen der Rekrutierung erleichtert. Es wurde kein Zugang zu zivilgesellschaftlichem Engagement gefunden, das nicht vernetzt bzw. öffentlich bekannt ist oder inzwischen eingestellt wurde. Daher muss davon ausgegangen werden, dass nicht alle Herausforderungen beleuchtet werden konnten.

Zuverlässigkeit (Dependability) beschreibt die Reliabilität, also Reproduzierbarkeit der Studie (ebd., S. 109). Diesem Kriterium wurde Sorge getragen, indem Überlegungen und Entscheidungen in einem Forschungstagebuch sowie in Memos festgehalten wurden. Ein Inter- bzw. Intracoderprozess ist aufgrund des Rahmens einer studentischen Arbeit nicht realistisch.

Bestätigbarkeit (Confirmability) meint die Objektivität, also Freiheit von persönlicher Meinung und Vorurteilen (ebd., S. 110). Es wurde versucht, dieses Kriterium durch die Selbstreflexion in 3.2 sowie Diskussion des Vorgehens in der Thesis-Werkstatt, mit einer Kommilitonin und dem Erstprüfer zu erfüllen. Die Durchführung eines Forschungsaudits kann im Rahmen einer studentischen Arbeit nicht umgesetzt werden.

6 Fazit und Ausblick

Ziel der Arbeit war es, zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus in ländlichen Räumen zu untersuchen und Herausforderungen aus der Perspektive der Engagierten zu benennen. Ins Sampling aufgenommen wurden Personen, die sich in kollektiven Zusammenschlüssen gegen ein lokales Phänomen des Rechtsextremismus engagieren. Diese sollte in ländlichen Räumen stattfinden, welche anhand der Thünen-Typisierung definiert und in der Fallauswahl auf Kreisregionen des Ländlichkeitstyps *sehr ländlich* begrenzt wurden. Insgesamt wurden sechs halb-strukturierte Leitfadenterviews geführt und mittels inhaltlich strukturierender Inhaltsanalyse ausgewertet.

Es konnte festgestellt werden, dass die rechtsextremen Strategien in ländlichen Räumen weiterhin erfolgreich umgesetzt werden. So erlangen Rechtsextreme Anerkennung, indem sie sich lokal engagieren. Gleichzeitig fühlen sie sich in der Abgeschiedenheit unbeobachtet und nutzen gut abschirmbare Immobilien für überregionale Zusammenkünfte. Eine zusätzliche Herausforderung für das zivilgesellschaftliche Engagement stellen die Bedrohung und Gewalt dar, die von Rechtsextremen ausgehen.

In der Betrachtung des zivilgesellschaftlichen Engagements zeigte sich, dass die Zusammenschlüsse zwei Oberziele verfolgen, nämlich die *Einflussnahme auf den öffentlichen Diskurs* sowie die *Begrenzung rechtsextremer Akteur*innen und Aktivitäten*. Dabei tragen Beständigkeit und Abwechslungsreichtum zum Erfolg der vielfältigen Mittel bei. Diese Intensität und Langfristigkeit des Engagements ist jedoch kräftezehrend. Zusätzlich gefährden rechtsextreme Bedrohung und Angriffe die Sicherheit der Engagierten. Persönliche Einschränkungen werden als Vorkehrungsmaßnahmen in Kauf genommen. Diese Faktoren steigern in der Summe das Risiko eines Burnouts, was den Ausfall der betroffenen Person sowie Wissens- und Strukturverlust innerhalb der Zusammenschlüsse bedeuten. Ferner wird dem Engagement durch die Menschen vor Ort, aber auch Politik und Polizei zunächst mit Skepsis begegnet und der Verdacht der Radikalität erhoben. Eine nachrangige Hürde stellt schließlich die Finanzierung der Aktivitäten dar. Hinsichtlich der Rahmenbedingungen wurde deutlich, dass fehlendes Problembewusstsein bzw. die Verharmlosung von Rechtsextremismus zivilgesellschaftliches Engagement erschwert. Diese Faktoren finden sich sowohl bei den Bürger*innen als auch in der Politik. Insofern stellen die unzureichende politische Stellungnahme und Unterstützung eine weitere Herausforderung für das zivilgesellschaftliche Engagement dar. Beratungs- und Vernetzungsstrukturen werden als förderlich empfunden. Deren fehlende Verstärkung sind daher weitere kritische Aspekte.

Es kann angenommen werden, dass diese Punkte gleichermaßen auf nicht-ländliche Räume zutreffen. Ein faktischer Zusammenhang mit ländlichen Räumen ist bei den folgenden Herausforderungen gegeben. Erstens führen Nähe und das besondere soziale Gefüge ländlicher Räume, wie in der Literatur beschrieben, zur Vermeidung politischer Stellungnahme. Dahinter steht das Bedürfnis der Konfliktvermeidung. Zweitens wurde in der Literatur ebenfalls festgestellt, dass das Engagement teilweise als Störung des Miteinanders wahrgenommen wird. Aus der Erhebung geht zusätzlich hervor, dass sie in diesem Fall die Gefahr der Ausgrenzung aus der dörflichen Gemeinschaft besteht. Drittens führt die Unmittelbarkeit ländlicher Räume dazu, dass persönliche Daten voneinander allgemein bekannt sind und Engagierte und Rechtsextreme eher in eine direkte Konfrontation kommen können. Abschließend wurde festgestellt, dass es nur wenige

Menschen gibt, die sich engagieren (können). Gründe sind die Angst vor möglichen Folgen, die Abwanderung potenziell engagementbereiter Personen sowie fehlende Kapazitäten.

Die Limitationen der Untersuchung sind ein kleines Sampling sowie die Rekrutierung von vornehmlich erfolgreichen und funktionierenden Initiativen und Bündnissen. Herausforderungen aus der Perspektive von ineffektiven Zusammenschlüssen wurden nicht erfasst. Darüber hinaus herrscht ein diffuses Verständnis der Leitbegriffe, was deren Abgrenzung erschwerte. Die interne Validität ist dadurch gemindert. Schließlich ist die Übertragbarkeit insofern eingeschränkt, als dass die Konstellationen der jeweiligen ländlichen Räume, zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüsse und rechtsextremen Phänomene einzigartig sind. Um spezifische Handlungsempfehlungen auszusprechen, muss immer der individuelle Kontext betrachtet werden.

Im Rahmen zukünftiger Forschung kann eine Kartografie des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus erstellt werden. Diese würde Aufschluss über das Ausmaß der Zusammenschlüsse und Aktivitäten geben und eine Grundlage für zukünftige Förderung darstellen. Eine quantitative Studie könnte die Gewichtung der in dieser Arbeit erkannten Herausforderungen überprüfen. Darüber hinaus ist eine Untersuchung der Merkmale der Engagierten interessant. Ausgehend von den Profilen der Engagierten könnten mögliche Teilhabeschranken aufgezeigt und Maßnahmen zur breiteren Mobilisierung entwickelt werden. Außerdem sollten die Genese und das Ausmaß der rechtsextremen Bedrohung und Gewalt betrachtet werden. Dies dient dem besseren Verständnis der Gefahrenlage und der Entwicklung entsprechenden Schutzmaßnahmen.

Die gewonnenen Erkenntnisse bestätigen die besondere Anfälligkeit ländlicher Räume für Rechtsextremismus und fügen sich in bisheriges Wissen über die Ausgestaltung zivilgesellschaftlichen Engagements ein. Während es sich bei den Herausforderungen bisher weitestgehend um Erfahrungswissen handelt, wurden diese nun empirisch belegt.

Außerdem wurde die Anstrengung zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus und die Rolle der ländlichen Räume durch diese Untersuchung deutlich. Das Engagement fordert die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen sowie Zeit und Energie einzubringen. Und doch ist es kein Engagement wie jedes andere. Die Engagierten sind Bedrohung und Gewalt ausgesetzt und riskieren ihre persönliche Sicherheit. Nicht selten sind sie auf sich allein gestellt: Die Menschen in ländlichen Räumen schrecken vor einer Stellungnahme zurück, um Konflikte zu vermeiden und das Miteinander zu wahren. Politische Vertreter*innen verhalten sich zögerlich und die notwendige Unterstützung wird nicht geleistet. All dies trägt zur Normalisierung der Ideologie bei.

Angesichts dieser Umstände sind Förder- und Vernetzungsstrukturen von hoher Bedeutung. Sie sollten in der Gesetzgebung nachhaltig gesichert werden. Vertreter*innen der Kommunal-, aber auch Landes- und Bundespolitik müssen sich klar positionieren und das zivilgesellschaftliche Engagement unterstützen. Die Engagierten selbst sind angehalten, durch Selbstfürsorge und entsprechende Strukturen einem Burnout vorzubeugen. Darüber hinaus sollten sie überörtliche Unterstützung stärker einzubinden, um den Mangel an Engagierten in ländlichen Räumen auszugleichen. Schließlich sollten sie im Rahmen der Aufklärungsarbeit die sie oder den Ort betreffende rechtsextreme Gewalt transparent machen, um fehlendem Problembewusstsein und Verharmlosung entgegenzutreten und die Menschen vor Ort zu mobilisieren.

Die Gefahr durch Rechtsextremismus wird nach wie vor gesamtgesellschaftlich unterschätzt. Zivilgesellschaftliches Engagement kann als Vorbild dienen und andere Personen oder Gruppierungen inspirieren, selbst aktiv zu werden. Es darf jedoch keinesfalls allein in die Verantwortung genommen werden, die Demokratie zu bewahren. Angesichts der zunehmenden Erwartungshaltung und Idealisierung müssen die Grenzen zivilgesellschaftlichen Engagements neu ausgehandelt werden. Staat und Gesetzgeber dürfen sich nicht entziehen, sondern müssen stark in Erscheinung treten. Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und anderen demokratiefeindlichen Phänomenen ist nur in Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Bereiche zu leisten.

Literaturverzeichnis

- Adam, B. & Pütz, T. (2023). *Post-Corona: Wo liegen neue Sehnsuchtsorte?* (BBSR-Analysen kompakt 06/2023). Bonn: Eigenverlag.
- Akademie für Sozialpädagogik und Sozialarbeit e.V. & Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (Hrsg.). (2015). *Gemeinsam handeln: für Demokratie in unserem Gemeinwesen! Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Rechtsextremismus im ländlichen Raum* (2., akt. Aufl.). Halle / Saale: Eigenverlag. Verfügbar unter: <https://www.beratungsnetzwerk-sachsen-anhalt.de/images/docs/Publikationen/handreichung-gemeinsam-handeln.pdf>
- Albrecht, U., Didas, J. & Groß, M. (2017). Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen des Saarlandes. In Bund der Deutschen Landjugend e.V. (Hrsg.), *Schweigen heißt Zustimmung. Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen. Aktualisierte Arbeitshilfe* (S. 128–133). Berlin: Eigenverlag.
- Alscher, M., Priller, E. & Burkhardt, L. (2021). Zivilgesellschaftliches Engagement. In *Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland* (S. 399–407). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Amadeu Antonio Stiftung. (2020). *Land unter? Handlungsempfehlungen zum Umgang mit völkischen Siedler*innen*. Berlin: Eigenverlag.
- Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.). (2021). *Unverpixelter Hass. Toxische und rechtsextreme Gaming-Communitys*. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung. Verfügbar unter: https://www.vielfalt-mediathek.de/wp-content/uploads/2022/10/Rechtsextremismus_unverpixelter-hass.pdf
- Backes, U. (2003). „Rechtsextremismus“. Konzeptionen und Kontroversen. In U. Backes (Hrsg.), *Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart* (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 23, S. 15–52). Köln: Böhlau.
- Becker, R. (2017). Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen Hessens. In Bund der Deutschen Landjugend e.V. (Hrsg.), *Schweigen heißt Zustimmung. Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen. Aktualisierte Arbeitshilfe* (S. 96–100). Berlin: Eigenverlag.
- Becker, R. & Hafenegger, B. (2012). Rechtsextremismus im ländlichen Raum – im Spannungsfeld von politischer Bildung, Beratung und pädagogischer Arbeit mit rechten Jugendlichen. In S. Debiel, A. Engel, I. Hermann-Stietz, G. Litges, S. Penke & L. Wagner (Hrsg.), *Soziale Arbeit in ländlichen Räumen* (S. 147–160). Wiesbaden: Springer VS.

- Begrich, D. (2017). Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen Sachsen-Anhalts. In Bund der Deutschen Landjugend e.V. (Hrsg.), *Schweigen heißt Zustimmung. Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen. Aktualisierte Arbeitshilfe* (S. 137–141). Berlin: Eigenverlag.
- Ben Slama, B. & Kemmesies, U. E. (Hrsg.). (2020). *Handbuch Extremismusprävention. Gesamtgesellschaftlich. Phänomenübergreifend*. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Benning, L., Gerber, L., Krimmer, H., Schubert, P. & Tahmaz, B. *Zivilgesellschaftliches Engagement im Jahr 2031*. Berlin: Eigenverlag. Verfügbar unter: https://www.ziviz.de/sites/ziv/files/zivilgesellschaftliches_engagement_im_jahr_2031.pdf
- BeratungsNetzwerk hessen & Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus (Hrsg.). (2009). „Das ist Vielen gar nicht bewusst“. *Regionalanalyse zu rechtsextremen Einstellungen, Strukturen und demokratischen Potentialen im Schwalm-Eder-Kreis*. Wiesbaden: Eigenverlag.
- Borstel, D. (2003). Auseinandersetzung mit rechtsextremen Phänomenen im ländlichen Raum - ein Diskussionsbeitrag. In Zentrum Demokratische Kultur (Hrsg.), *Gegen Rechtsextremismus hilft mehr Demokratie. Community Coaching - Kommunalanalyse und Demokratieentwicklung im Gemeinwesen* (S. 30–35). Leipzig/Berlin: Klett Schulbuchverlag.
- Borstel, D. (2010). Zivilgesellschaft in dörflichen Kontexten - eine ostdeutsche Perspektive. In E. Becker, E. Gualini, C. Runkel & R. Strachwitz (Hrsg.), *Stadtentwicklung, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement* (Maecenata Schriften, Bd. 6, S. 85–98). Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg.
- Borstel, D. & Luzar, C. (2016). Geländegewinne – Update einer Zwischenbilanz rechtsextremer Erfolge und Misserfolge. In S. Braun, A. Geisler & M. Gerster (Hrsg.), *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe - Analysen - Antworten* (2., akt. u. erw. Aufl., S. 39–54). Wiesbaden: Springer VS.
- Braun, H. (2021). Herausforderungen bei der Umsetzung von außerschulischer politischer Jugendbildung in ländlichen Räumen. *deutsche jugend*, (12), S. 513–521. <https://doi.org/10.3262/DJ2112513>
- Bressau, G. (2017). Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen Baden-Württembergs. In Bund der Deutschen Landjugend e.V. (Hrsg.), *Schweigen heißt Zustimmung. Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen. Aktualisierte Arbeitshilfe* (S. 79–85). Berlin: Eigenverlag.
- Breuer, F. (2019). Wissenschaftstheoretische Grundlagen qualitativer Methodik in der Psychologie. In G. Mey & K. Mruck (Hrsg.), *Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie* (S. 1–22). Wiesbaden: Springer Fachmedien.

- Buchstein, H. & Heinrich, G. (Hrsg.). (2010). *Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Bund der Deutschen Landjugend (Hrsg.). (2009). *Es wächst nicht einfach Gras drüber. Rechtsextremismus in ländlichen Räumen*. Berlin: Eigenverlag.
- Bund der Deutschen Landjugend e.V. (Hrsg.). (2017). *Schweigen heißt Zustimmung. Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen. Aktualisierte Arbeitshilfe*. Berlin: Eigenverlag.
- Bundesamt für Verfassungsschutz. (2022, 8. März). *Bundesamt für Verfassungsschutz obsiegt vor Verwaltungsgericht Köln gegen die AfD (Alternative für Deutschland)*. Zugriff am: 20.05.2023. Verfügbar unter: <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2022/pressemitteilung-2022-1-afd.html>
- Bundesamt für Verfassungsschutz. (2023, 24. Juni). *Bundesamt für Verfassungsschutz stuft „Institut für Staatspolitik“, „Ein Prozent e.V.“ und „Junge Alternative“ als gesichert rechtsextremistische Bestrebungen ein*. Zugriff am: 20.05.2023. Verfügbar unter: <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2023/pressemitteilung-2023-2-ifs-ein-prozent-ja.html>
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung. (o. J.a). *Laufende Raumbearbeitung - Raumabgrenzung. Strukturelle Kreistypen*. Zugriff am: 15.05.2023. Verfügbar unter: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumbearbeitung/Raumabgrenzungen/deutschland/kreise/siedlungsstrukturelle-kreistypen/kreistypen.html>
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung. (o. J.b). *Laufende Raumbearbeitung - Raumabgrenzungen. Raumtypen 2010*. Zugriff am: 15.05.2023. Verfügbar unter: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumbearbeitung/Raumabgrenzungen/deutschland/gemeinden/Raumtypen2010_vbg/Raumtypen2010_LageSied.html;jsessionid=A3D696261017F338E27296CEDE9B38AC.live21323
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. (2020). *Das Land lebt! Dritter Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung der ländlichen Räume*. Berlin.
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. (2021, 29. April). *Forschungsprojekte zu ehrenamtlichem Engagement*. Zugriff am: 07.06.2023. Verfügbar unter: <https://www.bmel.de/DE/themen/laendliche-regionen/ehrenamt/forschung-ehrenamt.html>
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2020). *Abschlussbericht Bundesprogramm Demokratie leben! Erste Förderperiode (2015 bis 2019)*. Berlin. Verfügbar unter: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Publikationen/Abschlussbericht_Demokratie_leben_2015_-_2019.pdf

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2021). *Landes-Demokratiezentren*. Zugriff am: 07.06.2023. Verfügbar unter: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Publikationen/Broschuere_Landes-Demokratiezentren.pdf
- Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement. (2015). *Demokratiestärkung im ländlichen Raum. Vorab-Version als Arbeitspapier für den Europäischen Fachworkshop „Demokratiestärkung im ländlichen Raum“ am 02. November 2015 im dbb-Forum Berlin*. Berlin. Verfügbar unter: <https://www.vielfalt-mediathek.de/wp-content/uploads/2020/12/bberecherchedemokratiestaerkungimlaendlichenraum.pdf>
- Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement. (2018, 15. Februar). *Leitbild*. Verfügbar unter: https://www.b-b-e.de/fileadmin/Redaktion/01_Uber_Uns/01_Aufgaben_Ziele/bbe-leitbild.pdf
- Bundesverband Mobile Beratung. (o. J.). *Förderung*. Zugriff am: 14.06.2023. Verfügbar unter: <https://bundesverband-mobile-beratung.de/bundesverband/#F%C3%B6rderung>
- Bundesverband Mobile Beratung (Hrsg.). (2019). *Was blüht dem Dorf? Demokratieentwicklung auf dem Land*. Dresden: Eigenverlag.
- Bundeszentrale für politische Bildung. (2022). *Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“. Daten und Fakten*. Zugriff am: 09.06.2023. Verfügbar unter: https://www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de/system/files/dokument_pdf/Daten_Fakten_Jan_2022.pdf
- Burschel, F. (Hrsg.). (2010). *Stadt - Land - Rechts. Brauner Alltag in der deutschen Provinz*. Berlin: Dietz.
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Brähler, E. (Hrsg.). (2022a). *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen - alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Brähler, E. (2022b). Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen - alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022* (S. 11–30). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Schuler, J. (2022). Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen - alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022* (S. 31–90). Gießen: Psychosozial-Verlag.

- Dembowski, G. & Scheidle, J. (Hrsg.). (2002). *Tatort Stadion. Rassismus, Antisemitismus und Sexismus im Fußball*. Köln: PapyRossa-Verl.
- Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt. (o. J.). *Unser Arbeitsprogramm 2023*. Zugriff am: 07.06.2023. Verfügbar unter: <https://www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/aktuelles/arbeitsprogramm-2023/>
- Deutscher Bundestag. (2002). *Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“*. *Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft* (Drucksache 14/8900). Verfügbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/14/089/1408900.pdf>
- Deutscher Bundestag. (2023, 15. März). „*Bürgerschaftliches Engagement*“ zwischen *Gesellschaft und Staat*. *Bürgerschaftliches Engagement*. Zugriff am: 03.06.2023. Verfügbar unter: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw11-pa-buergerschaftl-engagement-fachgesprach-937380>
- Deycke, A. & Isele, S. (2018). Kein ruhiges Hinterland? Autonomer Antifaschismus in der Provinz. *Demokratie Dialog*, (3), S. 20–29. Verfügbar unter: <https://www.fodex-online.de/demokratie-dialog-artikel/autonomer-antifaschismus-in-der-provinz/>
- Dolls, M. & Mehles, J.-C. (2021). Wie beeinflusst die Corona-Pandemie die Wohnortpräferenz? Evidenz aus einer großangelegten Umfrage in Deutschland. *ifo Schnelldienst*, 74(08), S. 27–31.
- Döring, N. & Bortz, J. (2016a). Empirische Sozialforschung im Überblick. In N. Döring & J. Bortz (Hrsg.), *Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und Humanwissenschaften* (5. Aufl., S. 3–30). Berlin, Heidelberg: Springer.
- Döring, N. & Bortz, J. (2016b). Forschungs- und Wissenschaftsethik. In N. Döring & J. Bortz (Hrsg.), *Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und Humanwissenschaften* (5. Aufl., S. 121–142). Berlin, Heidelberg: Springer.
- Döring, N. & Bortz, J. (2016c). Qualitätskriterien in der empirischen Sozialforschung. In N. Döring & J. Bortz (Hrsg.), *Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und Humanwissenschaften* (5. Aufl., S. 81–119). Berlin, Heidelberg: Springer.
- Döring, N. & Bortz, J. (2016d). Wissenschaftstheoretische Grundlagen der empirischen Sozialforschung. In N. Döring & J. Bortz (Hrsg.), *Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und Humanwissenschaften* (5. Aufl., S. 31–80). Berlin, Heidelberg: Springer.
- Dresing, T. & Pehl, T. (2018). *Praxisbuch Transkription. Regelsysteme, Software und praktische Anleitungen für qualitative ForscherInnen* (8. Aufl.). Marburg: Eigenverlag.
- Dröge, K. (2020). *Qualitative Interviews am Telefon oder online durchführen*. QUASUS. *Qualitatives Methodenportal zur Qualitativen Sozial-, Unterrichts- und*

- Schulforschung*. Verfügbar unter: <https://www.ph-freiburg.de/quasus/was-muss-ich-wissen/daten-erheben/interviews/qualitative-interviews-online-oder-am-telefon-durchfuehren.html>
- Ebert, O. (2018). *Engagiert für Demokratie – Herausforderung und Perspektiven in Ostdeutschland* (BBE Newsletter Nr. 24). Verfügbar unter: <https://www.freiwilligen-agentur.de/wp-content/uploads/2018/11/newsletter-24-ebert-1.pdf>
- Eckes, C., Piening, M.-T. & Dieckmann, J. (2019). *Literaturanalyse zum Themendreieck ‚Engagementförderung – Demokratiestärkung – Ländlicher Raum‘* (Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Hrsg.). Berlin: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Verfügbar unter: https://www.laendlicher-raum.info/w/files/laendlicher-raum/materialien/idz_bbe_literaturanalyse.pdf
- Eitel, F. & Knieper, R. (2017). Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen von Rheinland-Pfalz. In Bund der Deutschen Landjugend e.V. (Hrsg.), *Schweigen heißt Zustimmung. Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen. Aktualisierte Arbeitshilfe* (S. 122–128). Berlin: Eigenverlag.
- Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (Hrsg.). (2022). *Grünes Blatt auf braunem Boden. Rechte Ideologien in der Landwirtschaft*. Berlin: Eigenverlag. Verfügbar unter: https://www.vielfalt-mediathek.de/wp-content/uploads/2023/01/Rechtsextremismus_Gruenes-Blatt-auf-braunem-Boden.pdf
- Geisler, A., Braun, S. & Gerster, M. (2016). Strategien der extremen Rechten – Einleitende Betrachtungen. In S. Braun, A. Geisler & M. Gerster (Hrsg.), *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe - Analysen - Antworten* (2., akt. u. erw. Aufl., S. 11–38). Wiesbaden: Springer VS.
- Gille, C., Jagusch, B. & Chehata, Y. (Hrsg.). (2022). *Die extreme Rechte in der Sozialen Arbeit. Grundlagen – Arbeitsfelder – Handlungsmöglichkeiten*. Weinheim: Beltz.
- Glaser, M. (2012). *Rechtsextremismus – eine Begriffsdiskussion*. Berlin: Kontaktstelle BIKnetz – Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus.
- Glaser, S. & Pfeiffer, T. (2017). Einleitung. In S. Glaser & T. Pfeiffer (Hrsg.), *Erlebniswelt Rechtsextremismus. Modern - subversiv - hasserfüllt. Hintergründe und Methoden für die Praxis der Prävention* (5. Aufl., S. 13–20). Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Gorski, P. C. & Erakat, N. (2019). Racism, whiteness, and burnout in antiracism movements: How white racial justice activists elevate burnout in racial justice activists of color in the United States. *Ethnicities*, 19(5), S. 784–808. <https://doi.org/10.1177/1468796819833871>
- Götzenbrucker, G., Griesbeck, M. & Preibisch, K. (2022). Qualitative Interviewforschung mit vulnerablen Gruppen: methodologische Reflexionen zum Einsatz von Präsenz-,

- Telefon- und Videotelefonie-Interviews in einem Forschungsprojekt zu Angst und Mobilität. *Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research*, 23(3), Art. 5.
- Grumke, T. (2017). Rechtsextremismus in Deutschland. Begriff - Ideologie - Struktur. In S. Glaser & T. Pfeiffer (Hrsg.), *Erlebniswelt Rechtsextremismus. Modern - subversiv - hasserfüllt. Hintergründe und Methoden für die Praxis der Prävention* (5. Aufl., S. 21–40). Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Hafeneger, B. & Becker, R. (2008). Die extreme Rechte als dörfliches Alltagsphänomen. Das Beispiel Hessen. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 21(4), S. 39–44.
- Hartnuß, B., Olk, T. & Klein, A. (2011). Engagementpolitik. In T. Olk & B. Hartnuß (Hrsg.), *Handbuch Bürgerschaftliches Engagement* (S. 761–776). Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Heitmeyer, W. (2002). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände. Folge 1* (S. 15–34). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W. (2021). Kampf um Räume. Ein Geleitwort zum Band. In L. Berg & J. Üblacker (Hrsg.), *Rechtes Denken, rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte* (S. 7–8). Bielefeld: transcript.
- Held, J., Bibouche, S., Dinger, G., Merkle, G., Schork, C. & Wilms, L. (2008). *Rechtsextremismus und sein Umfeld. Eine Regionalstudie und die Folgen für die Praxis*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Helfferich, C. (2011). *Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews* (4. Aufl.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hieke, N. (2017). Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und (Alltags-)Rassismus in den ländlichen Räumen Bayerns. In Bund der Deutschen Landjugend e.V. (Hrsg.), *Schweigen heißt Zustimmung. Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen. Aktualisierte Arbeitshilfe* (S. 86–90). Berlin: Eigenverlag.
- Hüpping, S. & Reinecke, J. (2007). Abwärtsdriftende Regionen. Die Bedeutung sozio-ökonomischer Entwicklungen für Orientierungslosigkeit und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände. Folge 5* (S. 77–101). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (Hrsg.). (2018). *Die extreme Rechte und Kampfsport*. Düsseldorf: Eigenverlag. Verfügbar unter: https://www.vielfalt-mediathek.de/wp-content/uploads/2020/12/expertise_rex_und_kampfsport_vielfalt_mediathek_1.pdf

- Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (Hrsg.). (2019). *Rechtsextremismus im Natur- und Umweltschutz*. Düsseldorf: Eigenverlag. Verfügbar unter: https://www.vielfalt-mediathek.de/wp-content/uploads/2020/12/expertise_passeick_farn_rechtsextremismus_und_naturschutz_vielfalt_mediathek_1.pdf
- Jesse, E. (2003). Extremismus. In U. Andersen & W. Woyke (Hrsg.), *Handwörterbuch des Politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland* (S. 178–181). Opladen: Leske + Budrich.
- Johann Heinrich von Thünen-Institut. (o. J.). *Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen*. Zugriff am: 06.06.2023. Verfügbar unter: <https://www.thuenen.de/de/fachinstitute/laendliche-raeume/projekte/buergerschaftliches-engagement-in-laendlichen-raeumen>
- Kausmann, C., Burkhardt, L., Rump, B., Kelle, N., Simonson, J. & Tesch-Römer, C. (2019). Zivilgesellschaftliches Engagement. In H. Krimmer (Hrsg.), *Datenreport Zivilgesellschaft* (S. 55–92). Wiesbaden: Springer VS.
- Kausmann, C. & Hagen, C. (2022). Gesellschaftliche Bereiche des freiwilligen Engagements. In J. Simonson, N. Kelle, C. Kausmann & C. Tesch-Römer (Hrsg.), *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019* (S. 95–124). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Kellershohn, H., Haarfeldt, M., Lausberg, M., Dietzsch, M. & Suermann, L. (2014). Völkischer Nationalismus und Rechtspopulismus. *DISS-Journal*, (28), S. 25–26.
- Kessl, F. (2018). Zivilgesellschaft. In H.-U. Otto, H. Thiersch, R. Treptow & H. Ziegler (Hrsg.), *Handbuch Soziale Arbeit. Grundlagen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik* (6., überarbeitete Auflage, S. 1863–1872). München: Ernst Reinhardt Verlag.
- Klare, H. & Becker, R. (2018). Mobile Beratungen - Entwicklung, Grundlagen und Spannungsfelder. In R. Becker & S. Schmitt (Hrsg.), *Beratung im Kontext Rechtsextremismus. Felder, Methoden, Positionen* (S. 21–58). Frankfurt am Main, Schwalbach (Taunus): Wochenschau Verlag.
- Klare, H. & Sturm, M. (2016). Aktionsformen und Handlungsangebote der extremen Rechten. In F. Virchow, M. Langebach & A. Häusler (Hrsg.), *Handbuch Rechtsextremismus* (S. 181–204). Wiesbaden: Springer VS.
- Kleiner, T.-M. & Burkhardt, L. (2021). Ehrenamtliches Engagement: Soziale Gruppen insbesondere in sehr ländlichen Räumen unterschiedlich stark beteiligt. *DIW Wochenbericht*, 85(35), S. 572–579. Verfügbar unter: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.824070.de/21-35-1.pdf

- Kleiner, T.-M. & Klärner, A. (2019). *Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen. Politische Hoffnungen, empirische Befunde und Forschungsbedarf*. Thünen Working Paper 129. Braunschweig.
- Koch, R. (2017). Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen Niedersachsens. In Bund der Deutschen Landjugend e.V. (Hrsg.), *Schweigen heißt Zustimmung. Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen. Aktualisierte Arbeitshilfe* (S. 107–112). Berlin: Eigenverlag.
- Kröhnert, S. (2020). Ländliche Räume und demografische Entwicklung. In S. Kröhnert, R. Ningel & P. Thomé (Hrsg.), *Ortsentwicklung in ländlichen Räumen. Ein Handbuch für planende und soziale Berufe* (S. 35–49). Bern: Haupt Verlag.
- Kruse, J. (2015). *Qualitative Interviewforschung. Ein integrativer Ansatz* (2., überarb. u. erg. Aufl.). Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Kuckartz, U. & Rädiker, S. (2022). *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. Grundlagentexte Methoden* (5. Aufl.). Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Kulturbüro Sachsen e.V. & Courage – Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V. (Hrsg.). (2018). *Auch das noch?! Informationen zum Umgang mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Rassismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit an Schulen*. Dresden: Eigenverlag. Verfügbar unter: https://www.vielfalt-mediathek.de/wp-content/uploads/2020/12/kulturbro_sachsen_auch_das_noch_vielfalt_mediathek.pdf
- Küpper, B., Berghan, W., Zick, A. & Rump, M. (2021). Volkes Stimme – antidemokratische und populistische Einstellungen. In A. Zick & B. Küpper (Hrsg.), *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21* (S. 43–74). Bonn: Dietz.
- Küpper, B., Zick, A. & Rump, M. (2021). Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte 2020/21. In A. Zick & B. Küpper (Hrsg.), *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21* (S. 75–111). Bonn: Dietz.
- Küpper, P. (2016). *Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume*. Thünen Working Paper 68. Braunschweig.
- Küpper, P. (2020). Was sind eigentlich ländliche Räume? In Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Ländliche Räume* (S. 4–7). Berlin.
- Labinjo, T. (2021). The use of Zoom Videoconferencing for Qualitative Data Generation: A reflective account of a research study. *Open Access Journal of Biogenic Science and Research*, 10(2). <https://doi.org/10.46718/JBGSR.2021.10.000238>

- Langebach, M. & Raabe, J. (2016). Zwischen Freizeit, Politik und Partei: RechtsRock. In S. Braun, A. Geisler & M. Gerster (Hrsg.), *Strategien der extremen Rechten. Hintergründe - Analysen - Antworten* (2., akt. u. erw. Aufl., S. 377–424). Wiesbaden: Springer VS.
- Liebscher, D. & Schmidt, C. (BT-Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Hrsg.). (2007). *Grenzen lokaler Demokratie. Zivilgesellschaftliche Strukturen gegen Nazis im ländlichen Raum*.
- Lincoln, Y. S. & Guba, E. G. (1985). *Naturalistic inquiry*. Newbury Park: Sage.
- Macha, K. & Adelmann, G. (2022). Activist Burnout. A movement and a planet burning out. In K. van Bronswijk & C. M. Hausmann (Hrsg.), *Climate Emotions. Klimakrise und psychische Gesundheit* (S. 185–208). Gießen: Psychosozial Verlag.
- Meyermann, A. & Porzelt, M. (2014). *Hinweise zur Anonymisierung von qualitativen Daten* (forschungsdaten bildung informiert, Bd. 1). Frankfurt am Main: DIPF.
- Misoch, S. (2019). *Qualitative Interviews* (2., erw. u. akt. Aufl.). Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg.
- Mobile Beratung Niedersachsen gegen Rechtsextremismus für Demokratie (Hrsg.). (2020). *Völkische Siedlungen. Rechtsextreme Rückzugs- und Aktionsräume im ländlichen Raum Niedersachsens*. Verden (Aller): Eigenverlag. Verfügbar unter: https://mbt-niedersachsen.de/wp-content/uploads/2022/03/mbt_broschuere_voelkisch_v8a_einzelseiten_ansicht.pdf
- Mobiles Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus - für demokratische Kultur in Hessen (Hrsg.). (2022). *Erscheinungsformen der extremen Rechten zwischen Ökologie & Esoterik. Ein Einblick in ländliche Räume Nordhessens*. Kassel: Eigenverlag.
- Möller, K. (2017). Entwicklung und Ausmaß gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. In A. Scherr, A. El-Mafaalani & G. Yüksel (Hrsg.), *Handbuch Diskriminierung* (S. 425–447). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Mose, I. (2018). Ländliche Räume. In *Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung* (Ausgabe 2018, S. 1323–1334). Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung.
- Ningel, R. (2020). Der Umgang mit dem ländlichen Raum als gesellschaftliche Herausforderung – Kongruente Beziehungsgestaltung als «Conditio sine qua non». In S. Kröhnert, R. Ningel & P. Thomé (Hrsg.), *Ortsentwicklung in ländlichen Räumen. Ein Handbuch für planende und soziale Berufe* (S. 17–34). Bern: Haupt Verlag.

- Olk, T. & Hartnuß, B. (2011a). Bürgerschaftliches Engagement. In T. Olk & B. Hartnuß (Hrsg.), *Handbuch Bürgerschaftliches Engagement* (S. 145–161). Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Olk, T. & Hartnuß, B. (Hrsg.). (2011b). *Handbuch Bürgerschaftliches Engagement*. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Palloks, K. & Steil, A. (2008). *Von Blockaden und Bündnissen. Praxismaterialien zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Gemeinwesen*. Weinheim, München: Juventa.
- Penke, S. (2012). Ländliche Räume und Strukturen – mehr als eine „Restkategorie“ mit Defiziten. In S. Debiel, A. Engel, I. Hermann-Stietz, G. Litges, S. Penke & L. Wagner (Hrsg.), *Soziale Arbeit in ländlichen Räumen* (S. 17–28). Wiesbaden: Springer VS.
- Priester, K. (2016). Rechtspopulismus – ein umstrittenes theoretisches und politisches Phänomen. In F. Virchow, M. Langebach & A. Häusler (Hrsg.), *Handbuch Rechtsextremismus* (S. 533–560). Wiesbaden: Springer VS.
- Quent, M. & Diedrich, M. (2016). *Rechtsextremismus und zivilgesellschaftliches Engagement in der Krise? Kurzfassung der Situations- und Ressourcenanalyse für den Saale-Holzland-Kreis*. Verfügbar unter: https://www.vielfalt-mediathek.de/wp-content/uploads/2020/12/shk_rechtsextremismus__und_zivilgesellschaftliches_engagement_in_der_krise_vielfalt_mediathek.pdf
- Quent, M. & Schulz, P. (2015). *Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien* (Edition Rechtsextremismus). Wiesbaden: Springer VS.
- Rafael, S. (2017, 9. November). *Hass im Netz - Rechtsextreme Onlinestrategien*. Zugriff am: 08.06.2023. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/259259/hass-im-netz-rechtsextreme-onlinestrategien/>
- Reichertz, J. (2014). Empirische Sozialforschung und soziologische Theorie. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung* (S. 65–80). Wiesbaden: Springer VS.
- Röpke, A. (2005). *"Wir erobern die Städte vom Land aus!". Schwerpunktaktivitäten der NPD und Kameradschaftsszene in Niedersachsen*. Braunschweig: Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen-Ost Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt.
- Röpke, A. & Speit, A. (2019). *Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos*. Berlin: Christoph Links Verlag.

- Roth, R. (2010). *Demokratie braucht Qualität! Beispiele guter Praxis und Handlungsempfehlungen für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Rühmling, M. (2023). *Bleiben in ländlichen Räumen. Wohnbiographien und Bleibenslebensweisen von Frauen aus Mecklenburg-Vorpommern* (Rurale Topografien, Band 18). Bielefeld: transcript.
- Schulz, P. (2020). Rückzugsräume, Stützpunkte, Hoffnungsorte. Die Rolle völkischer Siedler:innen für die rechtsextreme Szene. In Mobile Beratung Niedersachsen gegen Rechtsextremismus für Demokratie (Hrsg.), *Völkische Siedlungen. Rechtsextreme Rückzugs- und Aktionsräume im ländlichen Raum Niedersachsens* (S. 12–15). Verden (Aller): Eigenverlag.
- Simon, T. (2021). Rechtsextreme und rechtspopulistische Vormachtstellungen in prekären ländlichen Räumen. In L. Berg & J. Üblacker (Hrsg.), *Rechtes Denken, rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte* (S. 155–176). Bielefeld: transcript.
- Simonson, J., Kelle, N., Kausmann, C. & Tesch-Römer, C. (2022a). Freiwilliges Engagement im Zeitvergleich. In J. Simonson, N. Kelle, C. Kausmann & C. Tesch-Römer (Hrsg.), *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019* (S. 53–66). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Simonson, J., Kelle, N., Kausmann, C. & Tesch-Römer, C. (2022b). Unterschiede und Ungleichheiten im freiwilligen Engagement. In J. Simonson, N. Kelle, C. Kausmann & C. Tesch-Römer (Hrsg.), *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019* (S. 67–94). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Sixtus, F., Beck, L., Nice, T. & Hinz, C. (2022). *Landlust neu vermessen. Wie sich das Wandlungsgeschehen in Deutschland gewandelt hat*. Berlin, Ludwigsburg: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung; Wüstenrot Stiftung.
- Statistisches Bundesamt. (2023, 24. Februar). *Erwerbstätige im Inland nach Wirtschaftssektoren. Konjunkturindikatoren*. Zugriff am: 15.05.2023. Verfügbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Konjunkturindikatoren/Lange-Reihen/Arbeitsmarkt/lrerw13a.html>
- Stimpel, T. & Olk, T. (2012). Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus in ländlichen Räumen. Probleme und Handlungsstrategien. *GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik.*, 61(1), S. 35–44.
- Sturm, M. (2017). Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen Nordrhein-Westfalens. In Bund der Deutschen Landjugend e.V. (Hrsg.), *Schweigen heißt Zustimmung. Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen. Aktualisierte Arbeitshilfe* (S. 112–121). Berlin: Eigenverlag.

- Transit Magazin. (2018, 22. März). *"Antifa heißt Landarbeit"*. Interview mit der Gruppe *Antifa06*. Zugriff am: 05.12.2022. Verfügbar unter: <https://transit-magazin.de/2018/03/antifa-heisst-landarbeit/>
- Unger, H. von (2014). Forschungsethik in der qualitativen Forschung: Grundsätze, Debatten und offene Fragen. In H. von Unger, P. Narimani & R. M'Bayo (Hrsg.), *Forschungsethik in der qualitativen Forschung. Reflexivität, Perspektiven, Positionen* (S. 15–40). Wiesbaden: Springer VS.
- Universität Paderborn. (2021). *Zoom - Verschlüsselung (Ende-zu-Ende) nutzen*. Zugriff am: 06.05.2023. Verfügbar unter: [https://hilfe.uni-paderborn.de/Zoom_-_Verschlues-selung_\(Ende-zu-Ende\)_nutzen](https://hilfe.uni-paderborn.de/Zoom_-_Verschlues-selung_(Ende-zu-Ende)_nutzen)
- Virchow, F. (2016). ›Rechtsextremismus‹: Begriffe – Forschungsfelder – Kontroversen. In F. Virchow, M. Langebach & A. Häusler (Hrsg.), *Handbuch Rechtsextremismus* (S. 5–42). Wiesbaden: Springer VS.
- Virchow, F. & Häusler, A. (2022). Begriffliche Einordnung. Rechtsextremismus – Rechtsradikalismus – extreme Rechte – Faschismus – Neonazismus – Neue Rechte – Rechtspopulismus. In C. Gille, B. Jagusch & Y. Chehata (Hrsg.), *Die extreme Rechte in der Sozialen Arbeit. Grundlagen – Arbeitsfelder – Handlungsmöglichkeiten* (S. 38–48). Weinheim: Beltz.
- Wenzler, N., Broden, A. & Alla, Y. (2019). *Gesellschaftliche Bedrohung von Rechts. Analyse der Beratungsanfragen an die Mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus NRW*. Düsseldorf: Eigenverlag.
- Zick, A. & Küpper, B. (2016). Rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen. In F. Virchow, M. Langebach & A. Häusler (Hrsg.), *Handbuch Rechtsextremismus* (S. 83–114). Wiesbaden: Springer VS.
- Zick, A. & Küpper, B. (Hrsg.). (2021). *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*. Bonn: Dietz.

Anhang

Anhangsverzeichnis des gedruckten Anhangs

Anhang A	Informationsblatt.....	94
Anhang B	Leitfaden	97
Anhang C	Vorlage Interviewanfrage	100
Anhang D	Kategoriensystem inkl. Codehäufigkeiten.....	101

Anhangsverzeichnis des elektronischen Anhangs

Anhang 1	Codebuch inkl. Memos	1
Anhang 2	Transkript Interview B1	12
Anhang 3	Transkript Interview B2	40
Anhang 4	Transkript Interview B3	55
Anhang 5	Transkript Interview B4	69
Anhang 6	Transkript Interview B5	83
Anhang 7	Transkript Interview B6	99

Anhang A Informationsblatt

Informationsblatt zum Verbleib bei den Interviewpartner*innen

Projekttitlel:

Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus in ländlichen Räumen

Verantwortliche für dieses Forschungsprojekt:

Hanna Braun, //@gmail.com

Herzlichen Dank für Ihr Interesse und Ihre Bereitschaft, am Interview teilzunehmen.

Das Interview wird im Rahmen meiner Masterthesis an der Hochschule Düsseldorf (HSD) im Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften zur Datenerhebung eingesetzt und dient allein wissenschaftlichen Zwecken. Im Folgenden erhalten Sie weitere Informationen über mein Forschungsprojekt, den Ablauf des Interviews, zur Freiwilligkeit Ihrer Teilnahme, sowie datenschutzrechtliche Informationen.

Hintergrund und Ziele des Forschungsprojekts

Mein Forschungsprojekt beschäftigt sich mit Herausforderungen zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus in ländlichen Räumen. Befragt werden Menschen, die sich kollektiv im sehr ländlichen Raum gegen ein Phänomen des Rechtsextremismus engagieren. Ziel der Arbeit ist es, die o.g. Herausforderungen genauer zu beschreiben und entsprechende Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Durchführung des Interviews

Das Interview wird mittels der Videotelefonie-Software *Zoom* durchgeführt. Den Einladungslink stelle ich rechtzeitig per E-Mail zur Verfügung. Um die bestmögliche Gesprächsqualität zu erreichen, bitte ich Sie, sich für das Gespräch in einem geschlossenen Raum ohne Hintergrundgeräusche aufzuhalten, in dem Sie frei sprechen können. Verwenden Sie gern ein Headset, falls Sie eines besitzen.

Ablauf des Interviews

Nach einer Einleitung werde ich Sie um Ihr Einverständnis bitten, die Audio-Aufzeichnung zu beginnen. Anschließend kommen wir ins Gespräch über Ihr Engagement, indem ich Ihnen unterschiedliche Leit- und Nachfragen stelle. Die Fragen sind sehr offen formuliert, damit Sie frei erzählen können, was Ihnen wichtig ist. Dabei gibt es keine „richtigen“ oder „falschen“ Antworten. Das Interview wird ca. 60 Minuten dauern.

Freiwilligkeit und Anonymität

Die Teilnahme an dem Interview ist freiwillig und anonym. Sie können (auch einzelne) Fragen auslassen und nicht beantworten. Die Einwilligung ist freiwillig und kann jederzeit von Ihnen widerrufen werden. Auch die Löschung des Interviews kann von Ihnen verlangt werden, solange das Interview noch nicht vollständig anonymisiert ist. Des Weiteren wird die Veröffentlichung der Ergebnisse der Studie im Rahmen der Thesis in anonymisierter Form erfolgen, d. h. ohne dass Ihre Daten Ihrer Person zugeordnet werden können.

Da es sich um Forschung im Rahmen meiner Abschlussarbeit handelt, ist es mir nicht möglich, eine Aufwandsentschädigung zu zahlen.

Datenschutz

Ihnen wird folgendes Verfahren zugesichert, damit Ihre Angaben nicht mit Ihrer Person in Verbindung gebracht werden können:

- Für das Meetings auf *Zoom* wird die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung aktiviert sein, sodass nicht auf die Inhalte der Kommunikation zugegriffen werden kann und die Vertraulichkeit gewährleistet ist.
- Das Gespräch wird auf Band aufgezeichnet. Diese wird abgetippt und anschließend gelöscht. Solange die Interviews noch nicht vollständig anonymisiert worden sind, kann Ihnen die Abschrift auf Anfrage ausgehändigt werden (Auskunftsrecht nach Art. 15 DSGVO).
- Alle Personen-, Orts-, Straßennamen werden anonymisiert, d.h. verändert. Alle Altersangaben werden Altersgruppen zugeordnet (z.B. „Anfang 30“). Berufe werden ebenfalls Berufsgruppen zugeordnet (z.B. kaufmännischer Beruf). Alle Ereignisse werden verallgemeinert (z.B. Immobilienkauf).
- Ihr Name und Ihre Telefonnummer, E-Mail-Adresse, etc. werden am Ende des Projektes in den Unterlagen gelöscht.
- Die Abschrift wird nicht veröffentlicht und wird nur für die Auswertung sowie hochschulinterne Bewertung verwendet. Die anonymisierte Abschrift kann von mir und meinen Prüfer*innen gelesen werden und ist Teil der Thesis.
- Sofern nicht anders gewünscht, stimmen Sie mit Ihrem Einverständnis zu, dass ggf. einzelne Zitate, die aus dem Zusammenhang genommen werden und somit nicht mit Ihnen in Verbindung gebracht werden können, als Material für wissenschaftliche Zwecke verwendet werden.

Solange die Daten nicht vollständig anonymisiert sind, haben Sie folgende Rechte: Auskunft über die von Ihnen gespeicherten Daten, Berichtigung unrichtiger Daten, Löschung von Daten, die nicht mehr erforderlich sind oder zu deren Nutzung Sie Ihre Einwilligung widerrufen haben. In bestimmten Fällen haben Sie gem. Art. 18 der EU Datenschutz-Grundverordnung das Recht die Verarbeitung der von Ihnen gespeicherten Daten zu beschränken.

Sie können mit dem Datenschutzbeauftragten der Hochschule Düsseldorf Kontakt aufnehmen über datenschutzbeauftragter@hs-duesseldorf.de. Sie haben auch das Recht sich mit einer Beschwerde an die datenschutzrechtliche Aufsichtsbehörde sowohl in Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts als auch beim Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen (www.lidi.nrw.de) als datenschutzrechtliche Aufsichtsbehörde der Hochschule Düsseldorf zu wenden.

Ich bedanke mich für Ihre Bereitschaft, mir Auskunft zu geben!

Einwilligungserklärung

Ich bin über das Vorgehen bei der Auswertung der Interviews mit einem Handzettel informiert worden (Inhalt u.a.: die Abschrift gelangt nicht an die Öffentlichkeit, Anonymisierung bei der Abschrift, Löschung des Bandes, Löschung von Namen und Telefonnummer, Aufbewahrung der Einwilligungserklärung nicht zusammenführbar mit dem Interview).

Ich bin damit einverstanden, dass einzelne Sätze, die aus dem Zusammenhang genommen werden und somit nicht mit meiner Person in Verbindung gebracht werden können, als Material für wissenschaftliche Zwecke in der Thesis von Hanna Braun genutzt werden können.

Unter diesen Bedingungen erkläre ich mich bereit, das Interview zu geben und bin damit einverstanden, dass es auf Band aufgenommen, abgetippt, anonymisiert und ausgewertet wird.

....., den

(Ort) (Datum)

.....
Unterschrift

THESIS AM
FACHBEREICH SOZIAL- UND
KULTURWISSENSCHAFTEN
DER HOCHSCHULE DÜSSELDORF

Anhang B Leitfaden

Themenbereich	Leitfrage/Stimuli/Erzählaufforderung		
Einführung	<p>Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit für dieses Interview nehmen!</p> <p>Mein Name ist Hanna Braun und ich studiere den Master Empowerment Studies an der Hochschule Düsseldorf. Im Rahmen der Masterarbeit soll es um zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus in ländlichen Räumen gehen. Mein Ziel ist es, die Herausforderungen des Engagements genauer zu beschreiben und daraus Handlungsempfehlungen abzuleiten.</p>		
Einverständnis	<p>Sie haben vorab von mir ein Informationsblatt erhalten, in dem mein Forschungsprojekt beschrieben wurde und Hinweise zu Freiwilligkeit, Anonymität und zum Datenschutz enthalten sind. Wichtig ist, dass Sie das Interview jederzeit beenden können. Sie haben außerdem die Möglichkeit, Ihr Einverständnis im Nachhinein zurückzunehmen. Das erhobene Material werde ich dann löschen und nicht verwenden. Für die Dauer der Verschriftlichung des Interviews werde ich die Aufnahme lokal auf einem USB-Stick speichern und anschließend löschen. Alle Daten werden nur anonymisiert verwendet. Haben Sie Fragen dazu?</p> <p>Ist es in Ordnung, wenn ich nun gern die Aufnahme beginne?</p>		
Einstiegsfrage	<p>Bitte erzählen Sie mir zu Beginn von der Initiative, in der Sie sich engagieren. Was genau machen Sie? Können Sie mir ein Beispiel geben? Und gegen welches Phänomen von Rechtsextremismus sind Sie aktiv?</p>		
Wahrnehmung der rechten Akteure	Was ist mit Blick auf Auftreten und Handeln dieser Personen besonders erwähnenswert?		
	Inhaltliche Aspekte	Konkrete Nachfragen	Aufrechterhaltungsfragen
	Image	Welche Rolle nehmen sie vor Ort ein? Wie treten sie auf?	Was meinen Sie damit?
	Lokale Aktivitäten vs. „von außen“	Welchen Unterschied macht es, ob die Rechten Menschen von hier oder zugezogen sind?	Können Sie eine Situation schildern?
	Gegenreaktionen	Welche Gegenreaktionen sind auf Ihr Engagement erfolgt?	Was ist dann passiert?
	Sicherheit der Engagierten	Inwiefern ist die Sicherheit der Engagierten gefährdet?	

Besonderheiten ländlicher Räume	Welche Bedeutung haben die Gegebenheiten auf dem Land für Ihr Engagement?		
	Lokale Kultur (GMF, Tradition) als Resonanzboden	Würden Sie sagen, der ländliche Raum ist für rechte Akteure besonders anschlussfähig? Wenn ja: Was glauben Sie, warum?	Können Sie mir das genauer beschreiben? Können Sie mir ein Beispiel geben? Welche Erfahrung haben Sie diesbezüglich gemacht?
	Strukturschwäche, Deprivation		
	Abwanderung, Alterung		
	Verharmlosung und Externalisierung des Problems	Wie würden Sie das Problembewusstsein im Ort beschreiben?	Welchen Eindruck haben Sie davon?
	Wahrnehmung als „Störenfriede“	Wie wird Ihr Engagement von den Menschen im Ort gesehen?	
	Enge Beziehungsgeflechte, Konformitätsdruck	Häufig ist es <u>ja so</u> , dass man sich untereinander kennt. Wie wirkt sich diese Nähe aus?	Welche Rolle spielt ...?
	Fehlende Konfliktbereitschaft, nachbarschaftliche Loyalität	Würden Sie sagen, die Menschen im Ort sind bereit, Konflikte öffentlich auszutragen?	
	Auswirkungen auf Engagement	Welche Konsequenz hat das für Ihr Handeln? Wie gehen Sie damit um?	
Mobilisierung und Aufrechterhaltung des Engagements	Wie gewinnen Sie andere Menschen für das Engagement?		
	Auslöser	Was ist ein Auslöser, aufgrund dessen sich Leute engagieren?	Wie kam es, dass ...? Wenn ich Sie richtig verstanden habe... Können Sie vielleicht ein Beispiel nennen?
	Engagierter Personenkreis	1) Wer <u>sind</u> die Personen, die sich engagieren? 2) Was hindert Menschen daran, sich gegen Rechtsextremismus einzusetzen?	
	Aufrechterhaltung	Was hilft dabei, dass Sie sich engagieren?	
	Anerkennung, Wertschätzung	In welcher Form erhalten Sie Anerkennung und Wertschätzung für Ihr Engagement? Welche Rolle spielt das?	
	Strategie und Ziele	Haben Sie sich gemeinsam auf Strategie und Ziele verständigt?	
	Beratung	Haben Sie mal externe Beratung in Anspruch genommen? Ja → Wie kam das zustande? Nein → Warum nicht?	

Politik und Verwaltung	Welche Rolle spielen kommunale Politik und Verwaltung im Rahmen Ihres Engagements?		
	Verharmlosung und fehlende Problematisierung	Wie wird der Thematik begegnet?	Verstehe ich Sie richtig, wenn...
	Übernahme von Verantwortung	Inwiefern übernehmen kommunale Politik und Verwaltung Verantwortung in dieser Sache?	Mich würde noch interessieren, ob...
	Strategie	Wird nach einer bestimmten Strategie gehandelt? Wie schätzen Sie diese ein?	Welche Rolle spielt ...?
	Machtlosigkeit der gewählten Repräsentant*innen	Welche Macht haben gewählte Repräsentant*innen in Ihrem Ort/Ihrer Kommune?	
	Weitere deutungsmächtige Akteur*innen	Neben Vertreter*innen der Kommune, wen würden Sie im örtlichen Geschehen als besonders relevant erachten? Warum?	<i>#Entpolitisierung</i>
Gelingensbedingungen	Lassen Sie uns zum Schluss noch einmal insgesamt auf Ihre Initiative schauen. Was ist Ihnen Ihrer Meinung nach besonders gut gelungen? Was hat dazu beigetragen?		
		Wenn Sie sich wünschen dürften, dass sich etwas ändert, was wäre das?	
		Was würden Sie Menschen mitgeben, die in ihrer eigenen Region aktiv werden möchten?	
Ende einleiten	Wir kommen nun zum Ende des Interviews. Gibt es etwas, das Sie ergänzen möchten, was bisher nicht zur Sprache gekommen ist?		
Abschluss und Dank	Wie war das Interview für Sie? Was hat Sie bewogen, am Interview teilzunehmen?		
	Vielen Dank für das Interview!		

Anhang C Vorlage Interviewanfrage



Interviewgesuch: Engagement gegen Rechtsextremismus in ländlichen Räumen

Entwurf

Hallo [NAME],

Ich suche Menschen aus ländlichen Räumen, die sich dort gegen Rechtsextremismus engagieren und bereit sind, mir davon in einem Interview zu berichten. [plus Hinweis, woher Hinweis auf Initiative/Bündnis stammt]

Im Rahmen meiner Masterarbeit im Studiengang *Empowerment Studies* an der Hochschule Düsseldorf möchte ich mit einer qualitativen Studie zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus in ländlichen Räumen untersuchen. Ein Schreiben meines Professors finden Sie anbei.

Die Interviews werden digital über *Zoom* durchgeführt, dauern ca. eine Stunde und können ab sofort stattfinden. Selbstverständlich werden jegliche Informationen ausschließlich anonymisiert verwendet und der Schutz Ihrer Daten sichergestellt.

Falls Sie oder eine Person aus Ihrem Zusammenschluss Interesse haben, an meiner Studie teilzunehmen, melden Sie sich gern unter //////////@gmail.com. Gern können wir weitere Fragen und die Terminfindung in einem telefonischen Gespräch klären.

Ich freue mich auf Ihre Rückmeldung. Bei Fragen stehe ich unter o.g. Mailadresse gern zur Verfügung!

Viele Grüße
Hanna Braun

THE
FACHBEREICH
KULTURWISSENSCHAFT
DER HOCHSCHULE DÜSSELDORF

Anhang D Kategoriensystem inkl. Codehäufigkeiten

OBERCODE	CODE	CODE-SEGMENTE	% CODE-SEGMENTE	DOKUMENTE
LÄNDLICHE RÄUME	Demografische Merkmale	5	0,57	4
	Infrastruktur und Lage	14	1,60	5
	Persönliche Bekanntheit	12	1,37	5
	Unterschied Stadt vs Land	16	1,82	6
> HALTUNG DRITTER ZUM ENGAGEMENT	E Indifferenz	3	0,34	2
	E Anerkennung	11	1,25	3
	E Ablehnung	17	1,94	5
	E Unterstützung, Auszeichnung	19	2,17	5
	E Varianz	6	0,68	3
> HALTUNG DRITTER ZUR EXTREMEN RECHTEN	R Ablehnung	7	0,80	2
	R Unterstützung	7	0,80	5
	R Indifferenz, Nichtwissen	26	2,96	6
RECHTE AKTEURE	R Beschreibung	53	6,04	6
	Strategien	14	1,60	5
	Aktivitäten	49	5,59	6
	Orte	14	1,60	4
	Reaktionen auf Engagement	31	3,53	6
BESCHREIBUNG DES ENGAGEMENTS	Selbstwahrnehmung und Motivation	54	6,16	6
	Organisation und Finanzierung	39	4,45	6
	Strategie und Ziele	46	5,25	6
	Aktivitäten	104	11,86	6

	Aufrechterhaltung	39	4,45	6
	Erweiterung, Nachwuchs	16	1,82	6
	Hinderungsgründe	24	2,74	6
	Konflikte	12	1,37	3
	Sicherheit	21	2,39	6
	Vernetzung	33	3,76	6
POLITIK UND VERWALTUNG	Kommune	58	6,61	6
	Land/Bund	8	0,91	5
	Parteien	18	2,05	5
INSTITUTIONEN	Medien	26	2,96	5
	Vereine	20	2,28	4
	Polizei	18	2,05	5
	Unternehmen	4	0,46	3
	Kirche	3	0,34	2
> BERATUNG	Zusammenarbeit	23	2,62	6
	Zustandekommen	7	0,80	3

FACHBEREICH SOZIAL- UND
KULTURWISSENSCHAFTEN
DER HOCHSCHULE DÜSSELDORF

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit versichere ich, dass ich meine Masterthesis zum Thema

Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus in ländlichen Räumen

selbstständig verfasst und keine anderen Hilfsmittel, als die angegebenen benutzt habe. Alle Stellen, die von Autoren*innen wörtlich oder sinngemäß übernommen sind, habe ich durch Angaben von Quellen als Zitat kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde bisher weder in Teilen noch insgesamt einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht. Ich bin damit einverstanden, dass ein Exemplar meiner Masterthesis zur Einsicht ausgelegt wird.

_____, 26.06.2023

Ort, Datum

Unterschrift

THESIS AM
FACHBEREICH SOZIAL- UND
KULTURWISSENSCHAFTEN
DER HOCHSCHULE DÜSSELDORF